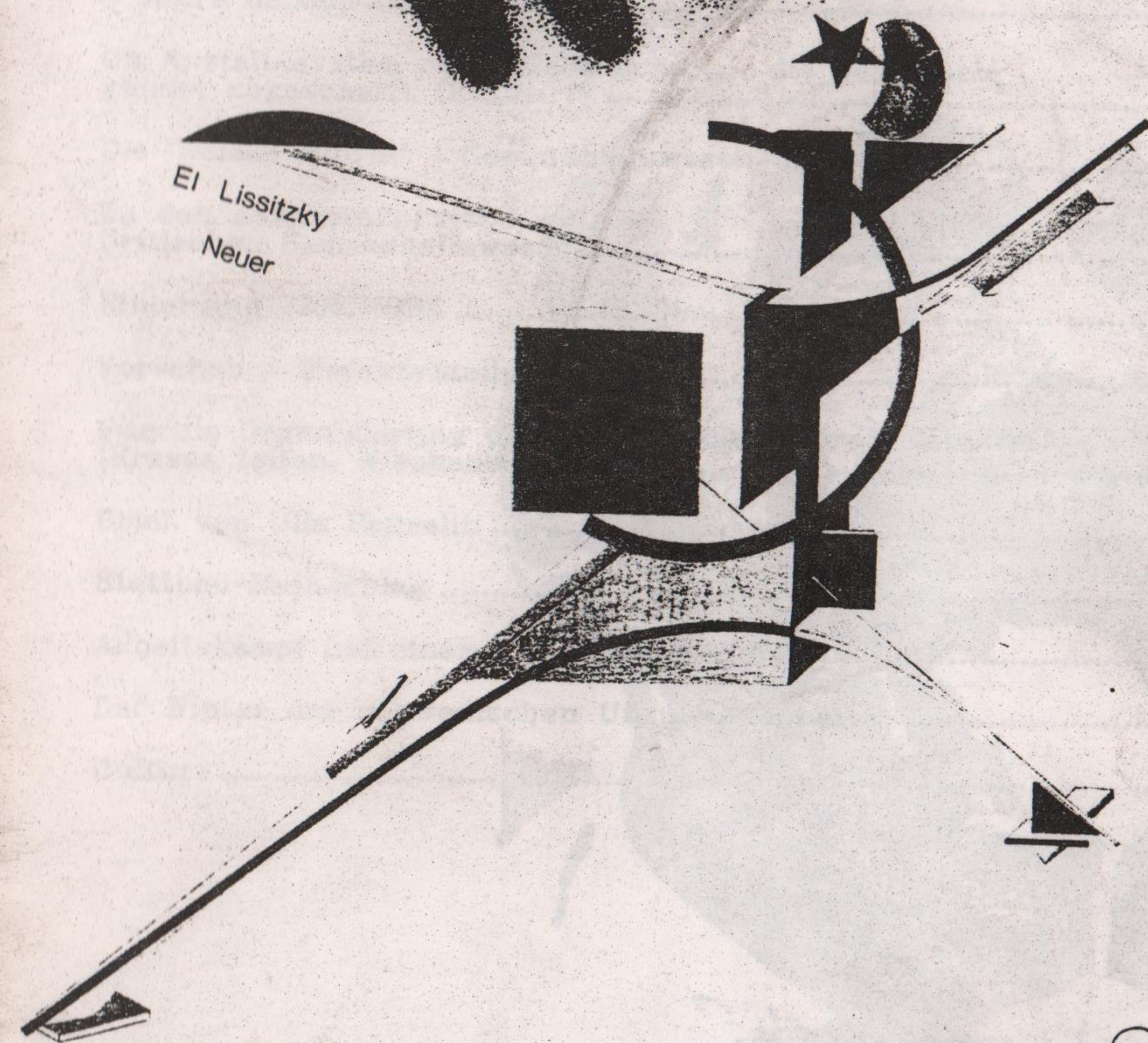


Anh 3464

Wlad



El Lissitzky
Neuer

INFO 20
MÄRZ 88

Das Info kommt deswegen früher, weil ein Teil der Beiträge, die wir hier veröffentlichen, Vorbereitungspapiere für das Zeitungstreffen Anfang März sind.

INFO
Postfach 35 31
3300 Braunschweig

Bankverbindung:
J. Kuri
Konto-Nr. 1 263 882 01
Dresdner Bank Braunschweig
Bankleitzahl 270 800 60



Langsam kommen wir uns ja doof vor - aber wir müssen es bei den Sachen, die hier teilweise eintrudeln, nochmal betonen: wir drucken keine Sachen mehr ab, die nicht mit pechschwarzem Farbband und 2 cm Rand oben, unten, links und rechts getippt sind! Der schlechte Druck bei einigen Sachen liegt oft an den Vorlagen, und wir finden es selbst eine Zumutung, wie schlecht manche Sachen dann zu lesen sind. Wir haben aber keine Lust, diese Beiträge alle neu zu tippen, denn wenn das Info monatliche erscheinen soll, wären wir nur damit beschäftigt. Also, wie gesagt...

INHALT

Multinationale Ausbeutung, Proletarische Wanderungsbewegungen, Revolutionäre Horizonte (Vorschlag für ein Projekt)	Seite 4
Arbeiterinnenbewegung in Südkorea (Vortrag von einer Südkoreanerin)	Seite 7
Die Schlacht von Euskalduna- 3 Jahre danach	Seite 9
Ob Anstaltssystem oder Wissenschaft - die Psychiatrie gehört abgeschafft (Entwurf)	Seite 25
Die 'weisse Fabrik' - Gesundheitswesen in den USA	Seite 35
Zu den Auseinandersetzungen im britischen Gesundheitswesen	Seite 37
Einleitung ZEROWORK	Seite 41
Vorschau / Buchvorstellung	Seite 46
Für die Organisation der sozialrevolutionären Debatte (Krasse Zeiten, Wiesbaden)	Seite 51
Brief von Ulla Penselin	Seite 57
Stattbau-Nachschlag	Seite 59
Arbeitskampf bei einem Bergbau-Zulieferer	Seite 64
Der Winter der schwedischen Unzufriedenheit	Seite 65
Culture	Seite 66

MULTINATIONALE AUSBEUTUNG, PROLETARISCHE WANDERUNGSBEWEGUNGEN, REVOLUTIONÄRE HORIZONTE

Vorschlag für ein Projekt

Proletarische Wanderungsbewegungen bilden in der gesamten Geschichte des Kapitalismus einen Motor der Neuzusammensetzung der Klasse und damit auch den Hintergrund neuer Formen von Kampf und proletarischer Initiative im Kapitalverhältnis. Einige Beispiele sind der Aufbau der Ruhrgebietsbergwerke im 19. Jahrhundert mit osteuropäischen Auswanderern, die Industrialisierung Nordamerikas, aber auch die Geschichte der BRD: "Ost-Aus-siedler" in den 50ern, Italiener in den 60ern, Türken in den 70ern - das waren immer wieder Millionen neuer Arbeitskräfte.

Wanderungsbewegungen finden immer statt im Widerspruch zwischen Einkommensansprüchen der Proletarisierten (also eigener Bewegung) und Rekrutierungsstrategien des multinationalen Kapitals. Und gerade so sind auch ihre Wirkungen auf die politischen Neuzusammensetzungsprozesse der Klasse widersprüchlich: von der weitgehenden Pazifizierungs- und Spaltungsfunktion, die etwa die "Ostauswanderer" für das deutsche Wirtschaftswunder in den 50er Jahren gespielt haben, zur Rolle der Italiener, die kaum in der BRD angekommen, 1962 bei VW die ersten "wilden Streiks" organisierten. Tatsache ist aber, daß die offizielle Arbeiterbewegung solche Zuwanderer immer erstmal als Gefahr sieht, als Lohndrücker, als "unordentliche Elemente", die sich ihrem Kontrollanspruch widersetzen usw. Das läßt sich zum Beispiel an der Geschichte der Wobblies in den USA ganz gut verfolgen.

Ein weiterer Aspekt solcher Wanderungsbewegungen ist die Tatsache, daß sie in ihren Ursprungsländern als Ventil in angespannten Klassensituationen funktionieren; so erreichte die deutsche Auswanderung nach Übersee in der nachrevolutionären Phase Mitte des vorigen Jahrhunderts ihren Höhepunkt und war Bedingung für das Abebben einer revolutionären Klassenbewegung in diesen Jahren (das gleiche gilt für Italien in den 20er Jahren dieses Jahrhunderts usw.). Daß aber in solchen Phasen gerade die politisch Aktivsten auswanderten, trug natürlich sehr viel zur Ausbreitung revolutionärer Ideen und Klassenbewegungen bei, so läßt sich schon im vorigen Jahrhundert eine ganze Reihe von "internationalen Neuzusammensetzungsprozessen im Klassenkampf" beobachten (etwa gemeinsame Wurzeln der Wobblies und der damaligen IRA, anarchistisches Gedankengut in den USA, Deutschland, Italien). Historisch funktioniert Migration in der ersten Phase daher immer als Zerstörung der alten Klassenzusammensetzung, langfristig sind von ihr manchmal aber auch die entscheidenden Anstöße zu explosiven Neuzusammensetzungsprozessen ausgegangen.

Die internationalen proletarischen Wanderungsbewegungen nehmen seit Jahrzehnten schubweise zu. Sie werden von der Linken in allen möglichen Formen wahrgenommen, in der Regel aber nicht im Zusammenhang der immer stärker multinational organisierten weltweiten Ausbeutungszyklen. Die bürgerlichen Beobachter verzeichnen diese Prozesse als "Flüchtlingsbewegungen", "Hungerwanderungen", "Asylantenströme" und dergleichen; von staatlichen Forschungseinrichtungen und akademischen Projekten werden sie statistisch erfaßt und für den administrativen Zugriff und die ideologischen Regierungskampagnen vor- und zubereitet. Es gibt aber keine revolutionäre Klassenorganisation, die bereit wäre, sich auf diese Prozesse praktisch zu beziehen, oder sie auch nur von unten und innen ernsthaft zu untersuchen.

Da die Migration trotz ihrer Massenhaftigkeit und der informellen Strukturen, über die sie sich "selbst organisiert" natürlich kein kollektiver, politischer Prozeß ist, sondern individuelle Flucht und Suche nach Einkommen, tauchen die Migranten als Vereinzelte hier auf, isolierte Verkäufer der einzigen Ware, die sie besitzen: Arbeitskraft. Aber dennoch (bzw. gerade dadurch) sind sie Teil eines internationalen Proletariats. Sie werden nicht erst hier "proletarisiert": Das Kapital setzt schon die Bereitschaft dieser Menschen voraus, sich als Arbeitskraft zu verkaufen; es greift also auf einen vorhergehenden Prozeß der Trennung von Arbeit und Produktionsmitteln zurück.

Der (imperialistische Sozial-)Staat agiert und reagiert präzise abgestuft auf die potentielle Drohung eines vereint kämpfenden Weltproletariats. Soziale Absicherungen sollen der in diesem Proletariat liegenden revolutionären Drohung die Spitze nehmen. Aber wie in der gesamten Geschichte des Kapitals ist die eigentliche, politische Antwort auf diese Drohung und auf die proletarischen Forderungen nach Einkommen die Verwertung ihrer Arbeitskraft.

Zur Umsetzung:

Die aktuelle Situation ist von dieser Widersprüchlichkeit gekennzeichnet. Darin liegt auch die Schwierigkeit und Chance des vorgeschlagenen Projekts. Es kann nicht die Attraktivität kurzfristiger, aktionsmäßiger Erfolge "anbieten", sondern müßte sich gerade an der langfristigen Hoffnung auf einen revolutionären Auftrieb in der Arbeiterklasse beziehen. Wir könnten uns aber vorstellen, daß sich viele Leute aus themenbezogenen Projekten beteiligen, die erkannt haben, daß die linksradikale und autonome Aufsplitterung auf lauter Themen und Teilbereiche mal wieder total an ihre Grenzen gestoßen ist, daß wir in den verschiedenen Bereichen nur weiterkommen können, wenn wir uns in neuer Weise eben auf die internationalen Neuzusammensetzungsprozesse in der Klasse beziehen.

Zunächst müßten wir in einer gemeinsamen theoretischen Diskussion den Rahmen für eine solche "militante Untersuchung im internationalen Maßstab" herausarbeiten. Für die BRD heißt das zum einen, hinter den komplizierten administrativen Maßnahmen der Einkommensgewährung und des Arbeitszwangs die Konturen der umfassenden Klassenzusammensetzung aufzuspüren. Zum anderen müssen wir die gemeinsame Untersuchung und Initiative in der praktischen Zusammenarbeit mit ImmigrantInnen vorantreiben. (Als Instrument und evtl. zur Koordinierung dieser Arbeit könnte ein Frageschema dienen; damit müßte es uns auch möglich werden, die sehr unterschiedlichen Formen der Verwertung von Immigrantendarbeit in ihrer ganzen Breite mitzukriegen.)

Was die weltweiten Migrantenströme betrifft, wäre ein erster Schritt das systematische Suchen, Auswerten und Zurverfügungstellen von verlässlichem, authentischen Material, das die Zusammenhänge zwischen multinationaler Ausbeutung und massenhaften weiträumigen Wanderungen greifbarer macht. Notwendig wäre dafür ein Kern von Leuten, die bereits vorhandenes Material strukturieren und in den Diskussionsprozeß einbringen, die vor allen Dingen aber untereinander und mit Leuten, die selber in solchen Bewegungen drinstecken, einen kontinuierlichen Diskussionsprozeß aufbauen. Durchzuackern / auszuwerten / zu übersetzen wären zum Bleistift: Veröffentlichungen des UN-Hochkommissariats für Flüchtlingsfragen, etliche Jahrgänge der Zeitschrift "Migration" (Paris), MERIP-Report, palästinensische Veröffentlichungen in arabischer Sprache, Material des Mittelmeerkongresses im Frühjahr 87

Mit diesem Projekt kann es uns keinesfalls drum gehen, den ganzen vorhandenen Projekt ein neues hinzuzufügen und einem breiten Konsumentenkreis buntscheckiges Spielmaterial zuzuwerfen, aus dem sich dann jede/r wieder nach eigenem Gusto Bestätigung für seine Theorien oder Expertengebiete sucht. Und "militante Untersuchung im Weltmaßstab" sollte auch nicht das neueste Schlagwort werden, ein weiteres Überfliegerprojekt, hinter dem wir unsere aktuellen praktischen Schwierigkeiten verstecken. Aber bereits die Wobblies haben gezeigt, welche Sprengkraft ein revolutionäres Projekt entwickeln kann, wenn es sich zwischen den ständig wechselnden Ausgangs- und Zielpunkten der proletarischen Mobilität spannt und in dieser selbst verankert ist. Wenn es den Wobblies beim damaligen Welthandel schon gelungen ist, Ansätze von internationalen Seeleute-Organisationen aufzubauen, dann müßten doch heute noch ganz andere Sachen möglich sein.

Die Wobblies in den 90er Jahren organisieren!

Natürlich wissen wir, daß das nicht mal Größenwahn ist, sondern nach Tagträumerei klingt. Wir sind von diesen proletarischen Situationen so weit entfernt, daß wir nicht mal wissen, ob solche Organisationskeime schon existieren, wie die Bedingungen dafür wachsen usw. usw. Wir brauchen aber ganz dringend eine breite Debatte, die sich von Anfang an auf adäquaten Ebenen bewegt, wenn wir die gegenwärtigen Auflösungsprozesse der "Flüchtlings-Inis", die zurückliegenden Jahre von "militanter Untersuchung" in verschiedenen

Betrieben, die aktuellen Debatten über einen "neuen Internationalismus" usw. zusammenbringen wollen und einmünden lassen in eine Diskussion über revolutionäre Perspektiven hier. Denn obwohl "Organisieren" in diesem Zusammenhang also wieder erstmal Lernen bedeutet und einen Diskussionsprozeß organisieren, so muß doch ein Fixpunkt der praktischen Arbeit von Anfang an ins Auge gefaßt werden: der Zweig der internationalen Ströme, der die BRD passiert, erfaßt, transformiert.

Nur mal als Anregung,
wie wir eine solche Arbeit dann koordinieren könnten:

PROJEKT HANDBUCH ?

Nach beinahe zwei Jahren Pause denken einige jetzt daran, das "Handbuch" endlich anzupacken. Vorstellen tun wir es uns als Zusammenhang (bzw. -band) aus vielen Einzelteilen, die auch "entkoppelt" einzeln für sich stehen können und so einen Sinn ergeben (z.B. bei Streiks weitergegeben werden können, bei Einstellungen, aufm Sozi, in Lagern, auf dem Flughafen von Karatschi verteilt usw.):

zu Arbeitsrecht (neuere Entwicklungen für Befristete, "Geringfügig Beschäftigte", Jobber)

zu den sozialstaatlichen Fallen in der Produktion (Gewerkschaften, Betriebsräte, BetrVG ...)

"Der deutsche Betrieb": Hierarchien mit ihrer jeweiligen Machtbasis, Arbeitsorganisation, Akkord, Lohn

die Steuerseite Steuern zahlen, Steuern sparen (was sind Steuern, MWSt; Abschreibungsmöglichkeiten als Teil des Sozialstaats, 7b usw.) Lohnsteuern zurückholen

krank werden, gesund feiern

indirekter Lohn (Sozi-Knete, ALG, ALHilfe, Wohngeld)

politischer Teil (Lexikon? exemplarische Job-Beschreibungen? ...)

Kampferfahrungen (Job-Berichte aus "exemplarischen Jobs": Fabrik, Klitsche, schwarz, Büro, putzen, Zwangsarbeit ...)

Das ganze bräuchten wir erstmal für drei Sachen: wir selber müssen das formale Terrain neu klären, auf dem wir rumstapfen (die gerade anstehenden Veränderungen des Sozialstaats müssen wir gründlich diskutieren und durcharbeiten: von der Steuerreform über die Sozialversicherungskarte bis zur "Kostendämpfung"; von der Entwicklung und der aktuellen Situation im Arbeitsrecht haben wir höchstens subjektive Ahnungen). Zweitens brauchen wir die kleinen Teile, um uns besser bewegen zu können (das heißt, einzelne Teile sollen in konkreten Situationen schnell verteilt werden können). Drittens hätte es als zusammenhängendes Teil ne Funktion dafür, kleinen Gruppen und einzelnen Leuten zu ermöglichen, sich auf die politischen Schienen der MU zu konzentrieren, anstatt jede/r für sich in technischen Details und Ausarbeitungen rumzubohren und sich damit zu verzetteln: Wir machen keine "Beratung", um damit Leute anzuziehen und dann (am Schluß) zu agitieren; uns geht's von vornerein um politische Organisation.

Sowohl das obige Thesenpapier als auch dieser Vorschlag stehen noch ganz am Anfang. Zum Beispiel ist das ganze noch an der Oberfläche zu stark auf "Migration" ausgerichtet; es geht uns schon um den Zusammenhang der internationalen Ausbeutung. Wir wollten diese Überlegungen jetzt erst mal im Info vorstellen. Davon erhoffen wir uns, daß Ihr Kritik schickt, eigene Überlegungen oder Erfahrungen (eben von MU bis Flüchtlings-Ini), daß auch einige Interesse an Zusammenarbeit an so einem Projekt haben und uns das schreiben. Vorstellen könnten wir uns, falls die Bremer autonomen Internationalismustage stattfinden, daß wir dort eine selbständige Arbeitsgruppe machen, die über die Thesen diskutiert und sich arbeitsteilig an so n Projekt wie das "Handbuch" macht.

Zelle Zankoff

ARBEITERINNENBEWEGUNG IN SÜDKOREA

Vortrag von einer Südkoreanerin an der TU Berlin am 12.2.

Einleitung

Südkorea ist nicht mal halb so groß wie die BRD und nur etwa 24% der Fläche ist landwirtschaftlich nutzbar. Es gibt kaum Bodenschätze und kein Erdöl, aber jede Menge "human resources" (90% der Bevölkerung ist alphabetisiert, was die Schulbildung betrifft, kann Südkorea höchstens mit Taiwan verglichen werden); schon immer arbeitsintensive Kleinlandwirtschaft, die auf gegenseitiger Hilfe beruht.

1910 bis 1945 36jährige japanische Kolonialisierung

Industrialisierung auf Basis der produktiven Kooperation und Reproduktion der Bauernwirtschaft, also "fleißig" ("gebrauchswertorientiert"), niedrige Löhne (billige Lebensmittel).

Das folgende gliedert sich in vier Teile: 1.) die Bedeutung der Exportwirtschaft; 2.) die Entwicklung der Frauenarbeit; 3.) die Bedeutung der Frauenarbeit in der Industrie; 4.) die Arbeiterinnenbewegung.

1.)

Die Exportwirtschaft macht 40-50% des BSP aus. Sie entstand klassisch als Importsubstitution, seit Mitte der 70er Jahre entwickelten sich die Schwer- und Chemie-Industrie (also Entwicklung von der Leichtindustrie zur Schwerindustrie wie Schiffbau). Das war auch nötig geworden durch Importrestriktionen der Metropolenländer und die Konkurrenz auf dem Weltmarkt (China bietet zum Beispiel wesentlich billiger an).

2.)

Mit der (staatlichen) Vernachlässigung der Landwirtschaft setzte eine Abwanderung vom Land in die Stadt ein. 1972 arbeiteten noch 7,5 Mio. in der Landwirtschaft, 1982 waren es noch 4,3 Mio. 1985 lebten nur noch 18% der Bevölkerung auf dem Land. Es kam also zunächst zu einer "Feminisierung" der Landarbeit, dann zu einer Überalterung: 1980 waren 43% der Beschäftigten in der Landwirtschaft Frauen, die Referentin schätzt, daß es heute über 60% sind. Mit dem Aufbau der Leichtindustrie wanderten aber auch die jungen Frauen ab, 1981 waren 37% aller Industriebeschäftigten Frauen. Frauen arbeiten also hauptsächlich in der Landwirtschaft und in den Fabriken. Die Frauenlöhne machen in der Industrie durchschnittlich 84% der Männerlöhne aus. <war leider in der Diskussion nicht möglich, das zu verifizieren, ich fänd das ganz schön hoch!>

3)

Frauenarbeit konzentriert sich auf die Textil- und die Elektronikindustrie. Die meisten arbeiten in Klein- und Mittelbetrieben. Da die Situation und die Kämpfe der Frauen in den größeren Betrieben relativ bekannt sind, konzentriert sich die Referentin auf die Klein- und Mittelbetriebe, sie stützt sich dabei auf eine Untersuchung, die Leute zwischen '83 und '84 sechs Monate lang durchgeführt haben. Die Schulbildung der Frauen in diese Betrieben ist durchschnittlich 8,3 Jahre im Textil- und 10,4 Jahre im Elektroniksektor. Die Frauen machen manuelle, eintönige Arbeit mit geringen Aufstiegschancen. Das Durchschnittsalter ist in beiden Sektoren fast identisch 22 im Textil- 22,3 Jahre im Elektroniksektor; im Textilbereich sind aber 46% bis 19 Jahre alt, im Elektronikbereich sind 49% zwischen 20 und 24, das läßt sich auch am durchschnittlichen Einstellungsalter ablesen: im Textil fangen 68% unter 18 an, in der Elektronik nur 34% unter 18. In beiden Sektoren sind 86% der Frauen unverheiratet und über 60% kommen vom Land. Bei vielen ist ihr Lohn Hauptbestandteil des Familieneinkommens. Die Arbeiterinnen verdienen bei mehr Arbeitsstunden als die Männer durchschnittlich nur 44% der Männer <die Zahl paßt mit den 84% von oben nun wirklich nicht zusammen!>. Gesetzlich ist die 6-Tage-Woche und der 8-Stunden-Tag, oft malochen die Frauen aber bis zu 12 Stunden täglich. Nacharbeit ist für Frauen gesetzlich verboten, wird aber oft übertreten. Den Frauen steht dem Gesetz nach Menstruationsurlaub zu, viele wissen das aber nicht einmal. 94% Der Frauen im Elektro-

niksektor, der für den Inlandsmarkt produziert, haben Stundenverträge; 70% der Frauen im Elektroniksektor, der fürs Ausland produziert, haben Stundenverträge (im Textilsektor sind die entsprechenden Zahlen viel niedriger). Gründe für diese ungarantierten Verhältnisse: 1.) die "familiäre Situation" im Kleinbetrieb; 2.) die starken Schwankungen des Weltmarkts werden von den Unternehmern auf die Arbeiterinnen abgewälzt; 3.) auf die Art sparen sie sich das Weihnachtsgeld ("Bonus") und andere Gratifikationen.

Die Arbeiterinnen wohnen meistens in kleinen Zimmern, in denen vier Betten stehen, die umschichtig vermietet sind. Bei Arbeitsunfällen kriegen sie oft keine Lohnfortzahlung, sondern werden halt weiterbeschäftigt, wenn sie wieder gesund sind.

Fazit:

- * immer mehr Frauen werden Arbeiterinnen; das heißt einerseits Doppelbelastung, andererseits zunehmende Selbständigkeit;
- * ihr Lohn bleibt aber meist eingebunden in die patriarchalen Familienstrukturen, wird oft z.B. für die Ausbildung des Bruders benutzt.

4)

1962 haben sie in Südkorea ein Gewerkschaften aufgebaut, in die nur Firmen, keine Einzelpersonen eintreten konnten. Mit den Notstandsgesetzen von 1971 wurden alle Versammlungen verboten.

Selbstorganisierte Gewerkschaften bildeten sich dann in den 70ern, führten Streiks durch und veranstalteten Abendschulen.

Der Sprung der Arbeiterklasse nach vorne geschah in den exportorientierten Großfabriken: Arbeitermacht der ausgeweiteten Kooperation, so hatten sie z.B. mehr Garantien, konnten nicht so leicht rausgeschmissen werden. Die Arbeiterbewegung der 70er Jahre hatte ihre Basis in der Schwer- und der Chemieindustrie, war also eine Bewegung von männlichen Arbeitern. Die Arbeitermacht seither entwickelte sich vor allem in der Textil- und Elektronikindustrie, die Arbeitermacht der 80er Jahre ist also sehr stark eine Arbeiterinnenmacht. Im Vergleich zu anderen 3. Welt-Ländern ist die Klassenbewegung in Südkorea eine ausgeprägte Arbeiterinnenbewegung. Das hat mehrere Gründe:

- * die Arbeiterinnenlöhne sind oft das Haupteinkommen der Familie;
- * die Arbeiterinnenkonzentration in den Fabriken ist sehr hoch;
- * die Macht der Arbeiterinnen hat auch historische Wurzeln in der Kooperation der Frauen in der Landwirtschaft (was die Basis für ihre wichtige Rolle im Kampf gegen den japanischen Kolonisator war; der Kampf war allerdings national, während der heute revolutionär und Klassenkampf ist);
- * für die Kampfstrukturen spielt eine wichtige Rolle, daß ältere Frauen, die geheiratet und mit der Fabrikarbeit aufgehört haben, Sprecherinnen der Bewegung sind, bei den Kämpfen vorneweg marschieren usw.
- * die Autonomie der Arbeiterinnen <gemeint ist wohl, daß die koreanischen Frauen aus ihrer traditionellen Rolle im Haus ausbrechen und selbständig werden>

Der Höhepunkt aller bisherigen Klassenkämpfe in Südkorea war im Juli '87 mit mehr als 2000 Streiks in einem Monat.

Die Schlacht von Euskalduna - 3 Jahre danach

'Die zwingen uns ja dazu, auf die Straße zu gehn. Tun wir das nicht, hört uns keiner. Eigentlich sind wir ganz friedlich, aber wir haben 1984 und jetzt wieder eines gelernt: beruft du eine Pressekonferenz ein, nachdem du am Tag vorher Barrikaden gebaut oder einen Zug gestoppt hast, dann hast du die ganze Presse da. Sonst kommt keiner!'

Dies ist nicht die Überzeugung einer ^{Klein-}Gruppe von Aktivisten von Euskalduna, sondern spiegelt eine der wichtigsten Erfahrungen der -je nach Aktion 800 - 1400 ArbeiterInnen - wieder, die nach 3 Jahren, seit dem 4. Januar, täglich wieder auf der Straße sind.

Die spanische Regierung (damals noch UCD) legte erstmals 1977 Pläne für die Umstrukturierung der Werftindustrie vor. D.h. im Vergleich zu anderen europäischen Ländern relativ spät. Kurz vorher war sogar noch eine neue Werft, mit modernster Technologie ausgestattet, fertiggestellt worden: Puerto Real. Da diese ersten Umstrukturierungspläne jedoch noch sehr gemäßigt aussahen, riß die Kette der Widerstandsaktionen dagegen zwar im ganzen Land nie ab, sie waren jedoch bis 83 mehrheitlich von den 3 großen reformistischen Gewerkschaften bestimmt: der UGT, die zur 'sozialist. Familie' der PSOE gehört (so nennen sie sich selbst!), den Arbeiterkommissionen, CCOO, die in den 70er Jahren, dem Höhepunkt der spanischen Arbeiterbewegung, bis zum 'Pakt von Moncloa' 1977 so stark waren, daß sie sich gegen die vertikalen Gewerkschaften Francos durchsetzten und sich sehr weitgehend die Arbeitsrechte und Lohnerhöhungen erkämpften. Außer im Baskenland waren die CCOO mehrheitlich von der KP dominiert. Nach Franco schloß der reformistische Flügel fast den gesamten radikalen Flügel aus bzw. ging der Rest von selbst. Und schließlich als 3. Gewerkschaft - dies jedoch nur in Euskadi - der ELA/STV, der Gewerkschaft der baskischen nationalistischen Partei PNV.

Jahrelang sah es so aus, als ob es in Spanien 'nur' eine schrittweise Reduzierung in der Werftindustrie gäbe, die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen wurde versprochen... Obwohl klar war, daß langfristig die Hälfte der insgesamt 150 000 direkten und indirekten Arbeitsplätze vernichtet würden (pro Arbeitsplatz in der Werftindustrie werden 3 indirekte in der Zulieferindustrie gerechnet). So schlugen die Pläne der PSOE-Regierung Anfang 84 ein wie eine Bombe: Reduzierung der Werftindustrie um über die Hälfte innerhalb weniger Jahre (möglichst viele vor dem EG-Beitritt), faktisch bedeutete dies die Schließung der Euskalduna-Werft in Bilbao und von Astano in Ferrol (Galizien), d.h. kurzfristig die Vernichtung von 10 000 Arbeitsplätzen in der Werftindustrie. Von den etwa 8 000 WerftarbeiterInnen, die damals noch auf den beiden größten baskischen Werften beschäftigt waren, Euskalduna (1980: 2 942 Arb.) und La Naval (80: 5 364 Arb.), beide in Bilbao, sollten 3 338 übrigbleiben, d.h. insgesamt 4 737 entlassen werden.

Bereits seit 1983, dem Gründungsjahr der CAT (Collective Autonomo de Trabajadores, hat v.a. in der Werftindustrie Einfluß), hatten sich die kleinen, radikaleren Gewerkschaften LAB, CSI und INTG neu rekonstituiert bzw. an Stärke gewonnen. Nachdem die Verhandlungen Mitte 84 völlig festgefahren waren, fiel deshalb eine kleine Minderheit von CAT- und LAB-Arbeitern auf Euskalduna eine im Nachhinein historische Entscheidung: sie beschlossen, einen Zug anzustechen auf dem an der Werft vorbeiführenden Bahngleis, das die Arbeitervororte auf der linken Flußseite mit Bilbao verbindet, um den Kampf zu radikalisieren und den reformistischen Gewerkschaften nicht die Initiative zu überlassen. Es war jedoch ein Pokerspiel, ob die Mehrheit mitziehen würde. Die Aktion wurde ein voller Erfolg, selbst die reformistischen Gewerkschaften verteidigten die Aktion hinterher vor den Angriffen der Presse, um nicht ins Abseits zu geraten.

Diese Aktion setzte eine Dynamik in Gang, die sich zu einer Schlacht ausweiten sollte, wie die ArbeiterInnen weder während noch nach Franco den Bullen geliefert hatten. Die Arbeiter erfanden die Zwillen für ihre Kämpfe, schweißten sich riesige mobile Tanks mit Gucklöchern zur Verteidigung, spritzten mit Hilfe von Hochdruckschläuchen mit dem dreckigen Wasser des Nervions Bullen von der Deusto-Brücke, bewarfen auf dem Höhepunkt der Kämpfe Bullen und Panzerspähwagen von den Fabrikdächern mit Betonplatten und Mollied (und setzten damit 2 Panzerspähwagen und viele Bullen außer Gefecht). Die Bullen dagegen verschossen an manchen Tagen so viele Gummigeschosse und Tränengas, daß ihnen die Munition ausging (weshalb die Zahl der Verletzten unter den Arbeitern sehr hoch war), bis sie schließlich am 23.11. begannen, scharf zu schießen: sie drangen an diesem Tag auf das Werftgelände ein, einer der Arbeiter, Pablo, starb an einem Herzinfarkt - wegen der Schießerei konnte der Arzt nicht rechtzeitig zu ihm -, Vicente wurde lebensgefährlich angeschossen, überlebte jedoch.

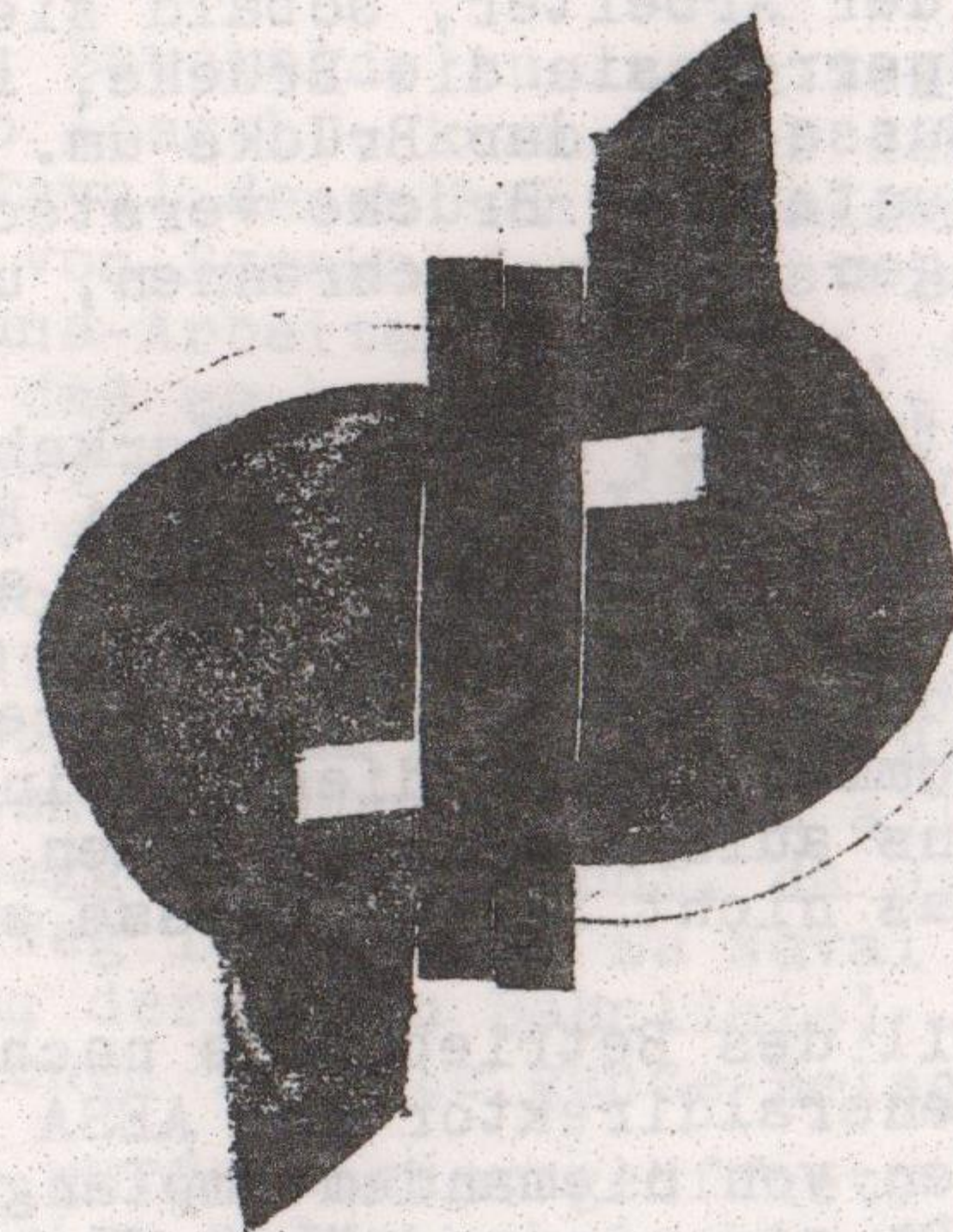
Es fand ein 2-monatiger täglicher Nahkampf mit den Bullen statt, gleichzeitig wurden Rathäuser, Banken, die Börse besetzt. Die Frauen der Arbeiter besetzten die Werft für 1 Tag, organisierten Demos, auf denen sie teilweise übel verdroschen wurden. Schließlich wurde die Schließung der Werft angeordnet. Als spontane Reaktion besetzte daraufhin die gesamte Belegschaft die Werft. Diese Besetzung wurde bis 28.12. aufrechterhalten. Es stellte sich leider heraus, daß diese Besetzung eher demobilisierenden Charakter hatte. Ende Dezember waren nur noch knapp 400 ArbeiterInnen ständig auf der Werft. Sie waren damals jedoch auch am Ende ihrer Kräfte angelangt, von außen kam zudem keine neue Unterstützung dazu. So beschlossen sie, wenigstens gemeinsam den Rückzug anzutreten. Sie beugten sich dem von der UGT (als einziger Gewerkschaft) und 4 Ministerien (Industrie-, Wirtsch.- und Finanz-, Arbeitsministerium, Min. für Transport, Tourismus und Kommunikation) unterzeichneten Vertrag, der ihnen folgendes schriftlich zusicherte:

- innerhalb von 3 Jahren, bis zum 31.12.87, würden mindestens 100 % der zerstörten Arbeitsplätze von der INI (Ind.ministerium) neu geschaffen
- sollte dies nicht passiert sein, könne jede/r der ArbeiterInnen ab 1.1.88 wieder auf Euskalduna arbeiten.

Von den damals 2 500 ArbeiterInnen wurden 400 offiziell weiterbeschäftigt, 2 100 kamen in den sog. 'Beschäftigungsförderungsfonds' FPE. Dies entspricht in etwa den sog. 'Warteschlangen' in der BRD, offiziell sind die Leute noch beschäftigt bei der staatl. Gesellschaft AESA (alle großen Werften in Spanien sind verstaatlicht), faktisch heißt dies Arbeitslosigkeit. Sie bekommen im FPE 80 % des letzten Lohns.

Diese 3 Jahre sind jetzt abgelaufen. Keinem einzigen der ArbeiterInnen wurde währenddessen ein Arbeitsplatz von der INI angeboten. Stattdessen stellte diese ein Ultimatum bis Ende Januar: die ArbeiterInnen sollten sich entscheiden, ob sie eine nochmalige Verlängerung der FPE's um 18 Monate akzeptierten, allerdings mit 2 Verschlechterungen: der Verpflichtung, überall im Land Arbeit anzunehmen, wenn ihnen welche angeboten wird, sonst würde das Geld gestrichen, und die Reduzierung der 80 % auf 50 % in 18 Monaten. Ein weiteres Angebot ist eine Abfindung, die -je nach Alter, nicht nach Arbeitsjahren- 2-3 Jahreslöhnen entspricht. Während der 3 Jahre wurden ihnen Deutsch-, Englisch-, Französisch-, Baskisch-, Informatik- und Elektronikurse angeboten, um sie 'auf eventuelle spätere Berufe vorzubereiten', Teilnahme war Pflicht. Die 400 Weiterbeschäftigten saßen zu 80 % zuhause in der sog. 'Arbeitsregulierung', d.h. waren ebenfalls arbeitslos. So gleicht Euskalduna heute - außer, wenn Versammlungen und Aktionen laufen - einer Geisterstadt. Die 'Weiterbeschäftigten' werden zu Anstreicherarbeiten für Geländer und Rohre eingesetzt, um die 10 Fassade aufrecht zu erhalten, bis hin zum Unkraut jäten. Mehr als

Den ArbeiterInnen ist klar, daß dies ihre letzte Chance ist, sich nochmals gemeinsam gegen die Schließung zu wehren. Da dem aktiveren Teil bereits nach dem Vertragsabschluß klar war, daß sie in 3 Jahren wieder auf die Straße gehen müßten, hielten sie die ganzen Jahre über die Organisationsstruktur aufrecht. Es fanden monatliche VV's auf der Werft statt - kamen einmal weniger Leute, schickten sie jedem einen Brief mit einer Einladung für die nächste VV nach Hause. Der Betriebsrat traf sich weiterhin wöchentlich. Als erste Aktion nach 84 behinderten sie den Abtransport von 2 Schiffen, die nach den damaligen Kämpfen noch auf der Werft waren und vorbeugend auf der benachbarten Werft La Naval fertiggestellt werden sollten, so massiv, daß er sehr teuer kam. Danach nutzten sie mehrmals Besuche von Politikern der Madrider oder der baskischen Regierung in Bilbao, um immer wieder nachzufragen 'Was ist los mit Euskalduna?' - und was regelmäßig in Straßenschlachten endete. 2 Mal in diesen 3 Jahren fanden Wahlen statt, wo sie ebenfalls jedesmal dafür sorgten, daß sie nicht in Vergessenheit gerieten. Seit dem letzten Sommer fanden 2 Mal wöchentlich VV's statt und fast wöchentlich Aktionen als Mobilisierung für den Januar. Von den 2 100 ArbeiterInnen, die 84 in den FPE kamen, sind heute noch 1 600 übrig. Etwa 80 haben bereits letztes Jahr die Entschädigung akzeptiert, einige sind aufgrund von Krankheit ausgeschieden oder haben auf eigene Initiative Arbeit gefunden (die Arbeitslosigkeit liegt in Euskadi nach Angaben einiger der Basken im Europaparlament bei 33-34 % seit der Krise der Werften- und Stahlindustrie). Je nach Aktion sind 800-1400 ArbeiterInnen auf der Straße. Das Paradoxe ist, daß von 24 Betriebsräten nur 2 von CAT, 1 von LAB sind, sie jedoch die Initiative völlig in der Hand haben - besser gesagt mit Unterstützung der 700-800 aktivsten Leute. Im Gegensatz zu La Naval hat die UGT nie ein Bein in Euskalduna 'reingekriegt', die Werft war immer eine Stätte des baskischen Nationalismus, ELA/STV immer die stärkste Gewerkschaft.



Chronik

- 23.12. Die Euskalduna-Arbeiter stoppen einen Zug auf dem an der Werft vorbeiführenden Gleis, das sämtliche Vororte auf der linken Flußseite des Nervions (Barakaldo, Luchana, Cruces, Portugaleta, Santurce) mit Bilbao verbindet, und stecken ihn in Brand.
- 29.12. Etwa 500 ArbeiterInnen fahren nach Vitoria. Sie demonstrieren zum baskischen Parlament mit Transparenten und Sandwichen, für eine Weile blockieren sie die N1 (Nationalstr.)
- 30.12. Barrikadenbau auf der Brücke von Deusto
- Mo, 4.1. Wie angekündigt, werden nach Ablauf der 3 Jahre ab heute die ArbeiterInnen von Euskalduna jeden Morgen um 8 Uhr zur Werft gehn. An diesem Tag bringen sie Notare mit, die den Zustand der Anlagen begutachten, da die AESA verpflichtet ist, alle Anlagen instandzuhalten. Anschließend Demo durch die Innenstadt.
- Di, 5.1. Begehung von La Naval. Die Arbeiter von Euskalduna zerklappen eine riesige Gedenktafel, die neben dem Eingang des Verwaltungsgebäudes von La Naval immer noch 'diejenigen, die für Gott und das Vaterland gefallen sind' im Kampf gegen die Republik 36/37 ehrte.
- Mi, 6.1. Feiertag
- Do, 7.1. Barrikadenbau auf der Brücke von Deusto
- Fr, 8.1. Die ArbeiterInnen versuchen, in die Börse von Bilbao zu kommen, was jedoch nicht klappt. So zerdeppern sie sämtliches Glas der Eingangstüren. Anschließend stellen sie einen Bus quer auf der Brücke von Deusto. Sie schaffen's leider nicht, ihn umzukippen, so wird Feuer in die Fahrerkabine gelegt. Es ist schwierig geworden, einen Bus auf der Brücke zu stoppen. Jeden Morgen, pünktlich ab 8 Uhr, stehn 2 Zivile oben auf der Brücke und verfolgen sämtliche Bewegungen der Arbeiter, sobald sie aus der Versammlung kommen. Sperren sie die Brücke, leiten diese sofort sämtliche Busse vor der Brücke um. So müssen sie sich jetzt immer unter der Brücke verstecken und blitzschnell mit wenigen Leuten hochrennen, um einen Bus zu erwischen.
- Mo, 11.1. Demo durch die Innenstadt mit mehreren Verkehrsblockaden. Obwohl die meisten Auto- und LKW-Fahrer bei Blockaden u. Barrikaden sehr gelassen reagieren (es gibt auch reichlich Leute, die extra spät zur Arbeit kommen mit der Begründung, wegen den Euskalduna-Arbeitern wären sie nicht durch den Verkehr gekommen), haut diesmal ein Autofahrer einem der Arbeiter eins aufs Auge. Sie hauen bewußt nicht zurück, damit das nicht in der Presse ausgeschlachtet wird. Parallel fährt ein Teil des Betriebsrats nach Madrid, wo ein Treffen mit dem Generaldirektor der AESA um 17 Uhr geplant ist. Sie werden von niemandem empfangen, so besetzen sie das Büro. Da sie niemand über Nacht alleine im Büro lassen will, geben sie nach und der Direktor kommt kurz nach 20 Uhr.

Di, 12.1. Barrikadenbau auf der Brücke von Deusto, auf den Bahn-
gleisen und auf dem 'Plaza del Sagrado Corazon' - einem
strategisch wichtigen Platz neben der Einfahrt zum Eus-
kalduna-Verwaltungsgebäude, auf dem ein wichtiger Auto-
bahnzubringer aus den Vorstädten mündet und gleichzei-
die 'Gran Via', die Hauptstraße Bilbaos mit sämtlichen
Regierungs- und Bankgebäuden, beginnt. Arbeiter der 'Te-
lefonica' sind auf dem Platz gerade noch dabei, die von
den Euskalduna-Arbeitern im Oktober zerstörte Telefon-
zentrale, die in einem Schacht unter einem Gulli-Deckel
liegt, zu reparieren. Sie bitten den Arbeiter, der noch
unten ist, doch bitte hochzukommen, sie hätten hier zu
tun. Nach 3 Monaten Reparaturarbeiten tragen's die Tele-
fonica-Leute mit Fassung: es wird reichlich Sprit 'rein-
gekippt in den Gulli, es gibt eine fast 10 m hohe Stich-
flamme. Damit ist eine Seite der Gran Via und der dahin-
terliegende Stadtteil mit 3000 Telefonleitungen totge-
legt.

Mi, 13.1. Begehung von La Naval. Für 1-2 Std. werden die elektri-
schen Hauptleitungen abgeschaltet (außer für die Compu-
terabteilung und den Sani-Posten). Besuch der 3 Hunger-
streikenden und des Direktors. Am Abend verkündet AESA
die vorläufige Schließung von La Naval, da 'keine Garan-
tie für einen geregelten Arbeitsablauf bestünde'.

Do, 14.1. Demo durch die Innenstadt, bei der ein riesiges Transpa-
rent aus dem Arbeitsamt (dem ehemaligen Sitz der verti-
kalen Gewerkschaften) gehängt wird in Solidarität mit
den 106 fristlos entlassenen Arbeitern von Aluminium-
Aluminio in Galizien. Anschließend Demo zur Post, wo ca.
200 der Arbeiter Telegramme an Solchaga (Industriemini-
ster) losschicken. Einige der Texte: 'Solchaga - auf je-
des Schwein wartet einmal sein Schlachttag', 'Verräter -
hoffentlich bist du schon an AIDS erkrankt', 'Stirb, Ar-
beiterverräter'.
Arbeiter von La Naval demonstrieren gegen ihre Schließung
in Sestao.

Fr, 15.1. Demo von Barakaldo aus nach Sestao/La Naval. Kurz, bevor
die Demo losgeht, kommen aus der Gegenrichtung Arbeiter
von La Naval denen von Euskalduna entgegen, da sie zum
Rathaus von Barakaldo demonstrieren. Einige wenige der
Euskalduna-Arbeiter versuchen, die andern davon zu über-
zeugen, daß es besser wäre, mit ihnen gemeinsam die kur-
ze Strecke zu gehn, um gegen den Eindruck der Spaltung,
der auch stets in der Presse erweckt wird, vorzugehen, und
dann anschließend ihre eigene Demo zu machen. Sie bleiben
in der Minderheit. Nach der Demo auf's Werftgelände geht's
wieder zurück zum Bahnhof von Barakaldo.
Bei diesen Begehungen fahren alle mit dem Zug, wie Heringe
in die Waggons gequetscht, da dies der schnellste und ein-
fachste Weg ist, um zu La Naval zu kommen (Beide Werften
liegen an derselben Bahnlinie) - natürlich schwarz. Zwei
Züge reichen für die ganze Belegschaft aus.

Mo, 18.1. La Naval wurde wieder geöffnet.
Zunächst ist alles sehr ruhig (es ist eben Montag), die
Stimmung ist jedoch bedrückt, als wir erfahren, daß die
UGT bereits mit der INI in Madrid am Verhandlungstisch
sitzt. Die Vorbereitungen für Straßburg/Vitoria beginnen,
da es schon spät ist, wird beschlossen, wenigstens noch
zum Sitz der Fondos (FPE) zu gehn. Und hier entlädt sich
die geballte Wut: zunächst wird diskret ein Aschenbecher
auf dem Teppich ausgekippt, der nächste zerfleddert einen

Aktenordner, die Arbeiter fangen an, Sprüche gegen den FPE und die Schließung von Euskalduna zu rufen, hämmern dabei gegen die Scheiben, die die Büros von den Fluren trennt, bis diese zu Bruch gehn, danach werden Schreibtische umgekippt und Aktenschränke, Aktenordner zerfleddert und mitgebrachtes Öl über die Papiere gegossen, sämtliche Flure werden vollgesprüht. Zum Schluß wird die Eingangstüre mit dem Messingschild, das die Aufschrift der 'F.P.E.' s trägt, ausgehängt und unten im Flur unter die Treppen gelegt. Jeder Arbeiter, der die Treppen 'runterkommt, macht mit einem Höllenkrach einen symbolischen Satz auf die Tür. Anschließend Demo zurück zur Werft, Blockade des 'Sagrado Corazon'. Von der deprimierenden Stimmung am Morgen ist nichts mehr übrig.

Di, 19.1. 50 Arbeiter fahren (zusammen mit 8 Presseleuten) nach Straßburg. Über 500 ArbeiterInnen fahren nach Vitoria, um vor dem baskischen Parlament zu demonstrieren. An diesem Tag wird dort das neueste Übereinkommen 'gegen den Terrorismus' und ETA ratifiziert. Es kommt zu kurzen Auseinandersetzungen mit den Bullen, die auf einige der Arbeiter losprügeln.

Mi, 20.1. Mitglieder der Regenbogenfraktion im Europaparlament hatten den Arbeitern zugesagt, daß sie ihnen ermöglichen würden, 'reinzukommen und hatten ihnen eine Pressekonferenz angeboten. Da jeder Parlamentarier 3 Leute mit 'reinen' nehmen kann, hatten sie schließlich eine entsprechende Liste mit deren Unterschriften - jedoch wurden die Basken, die mit Sandwichen, Transparenten und Ikurrinas (bask. Fahnen) vor dem Bau standen, plötzlich zum Sicherheitsrisiko erklärt. Da am Nachmittag auch eine Demo von Palästinensern zum Europaparlament stattfinden sollte, hatten die Bullen bereits am Morgen den Eingang zum Parlament weiträumig mit Absperrgittern dichtgemacht. Zuerst Basken, dann Palästinenser... das war Ausnahmezustand. Das letzte Angebot war, die Euskalduna-Arbeiter mittags kurz für 1/2 Stunde zur Pressekonferenz 'reinzulassen. Das lehnten sie jedoch ab, um nicht die demokratische Fassade aufrechtzuerhalten. So gingen nur 5 Arbeiter vom Betriebsrat 'rein.

Der Grund für diese Reise: den Konflikt 'zu internationalisieren', Druck auf die PSOE auszuüben, die aus EG-Mitteln riesige Beträge für die Umstrukturierung der Werftindustrie bekommt, ohne sich in Spanien dafür legitimieren zu müssen, was sie mit dem Geld macht. Der Grüne F.O. Wolff, zu dem hauptsächlich der Kontakt bestand, sagte ihnen zu, auf der nächsten Sitzung im Februar einen Antrag der Regenbogenfraktion einzubringen, in dem die Forderungen der Euskalduna-Arbeiter unterstützt werden, bzw. eine Resolution, die vermutlich etwas über ein Drittel der Parlamentarier unterschreiben werden (max. 200 der 512). Es wird der Besuch von F.O. Wolff vereinbart für 28.1. auf Euskalduna, den Arbeitern wird eine Rundreise Ende März/Anf. April angeboten durch mehrere Werften in Frankreich/Belgien/Holland/BRD.

Die Euskalduna-ArbeiterInnen in Bilbao gehn erneut nach La Naval, die Werft wird erneut geschlossen, um die ArbeiterInnen gegeneinander auszuspielen. Diesmal wird sie erst am darauffolgenden Mittwoch wieder geöffnet.

Do, 21.1. 1-stündige Blockade der Bahngleise auf dem linken und rechten Flußufer. Anschließend Demo durch die Innenstadt mit Verkehrsblockaden.

Am Abend findet die Demo der La Naval-ArbeiterInnen statt unter dem Motto 'Retten wir La Naval'.

Fr, 22.1. In der Presse steht der neueste Kompromißvorschlag der UGT. Diese ist bereit, die Verlängerung der FPE um 18 Mon. zu akzeptieren, wenn dafür die Klausel gestrichen wird, daß eine Arbeit überall im Land akzeptiert werden muß. Weitere Kernpunkte: Verringerung des Rentenalters auf 52 Jahre, ersetzen aller Arbeiter, die auf Rente gehn, durch einen Arbeiter aus dem FPE, Auszahlung von 100 % des alten Lohnes für berufsranke Arbeiter.

Die CCOO versuchen z.Zt., Zusagen von einzelnen Industriebetrieben in Bilbao zu bekommen, einzelne ArbeiterInnen einzustellen, um dies dann als Lösung präsentieren zu können. Woher ihr Optimismus rührt, ist schwer zu sagen, da mit jedem vernichteten Arbeitsplatz in der Werftindustrie 3 aus der Zulieferindustrie vernichtet wurden. In Bilbao als Zentrum der Schwerindustrie wird seit Jahren umstrukturiert, die Arbeitslosigkeit ist überdurchschnittlich hoch.

Abbruch des Hungerstreiks der 3 Kollegen von La Naval, Besuch von den Euskalduna-ArbeiterInnen, völlig aufgeheizte Stimmung gegen diese (siehe Absatz zu La Naval).

Mo, 25.1. La Naval ist immer noch geschlossen. Abstimmung der Arbeiter dort mit einem Stimmenverhältnis von 9:1, daß sie gegen weitere Begehungen von Euskalduna-Arbeitern sind.

Auf Euskalduna finden an diesem Tag zum ersten Mal keine Aktionen statt. Angesichts der Verhandlungsrunde in Madrid und dem Mißtrauen, wie sich die Betriebsrats-Mitglieder der reformistischen Gewerkschaften verhalten in der nächsten Zeit, wird über mehrere Stunden auf der Versammlung diskutiert. Neben den üblichen Wortführern gehn diesmal sehr viele Arbeiter ans Mikro. Leider keine einzige der Frauen (es sind allerdings immer nur maximal 10 Frauen da). Ein UGT-Betriebsrat versucht, darzustellen, daß sie mit dem Vorschlag der UGT-Zentrale in Madrid nicht einverstanden seien. Er wird ausgepiffen und kommt danach nicht mehr zu Wort. Einhellige Meinung: genau dasselbe haben sie auch 84 erzählt, innerhalb weniger Tage haben sie dann plötzlich 'ihre Meinung geändert'. Einem CCOO-Betriebsrat, der nach ihm reden will, ergeht es nicht besser. Nachdem einer der CAT-Leute interveniert ('hört euch ruhig Mal an, was die zu sagen haben'), kommt er kurz zu Wort. Einer der UGT-Leute versucht's nochmal, er meint, der Vertrag von 84 sei nur deshalb nicht eingehalten worden, weil er einfach zu gut war... Das reicht. Jetzt kommen nur noch unabhängige zu Wort oder Leute von CAT oder LAB, jedenfalls keiner der Funktionäre dieser Gewerkschaften. Die Leute von CAT und LAB (und eine Ausnahme von ELA/STV) reden, wie die Arbeiter reden, sie sprechen ihnen an diesem Morgen aus der Seele. Kommentar eines Arbeiters: die sagen dir wenigstens, 'das ist Wein und das ist Brot'. Die von der UGT und CCOO reden dir ein, das sei Tortilla.

Anschließend wird abgestimmt, wer gegen die Verlängerung der FPE ist und für die Wiedereröffnung von Euskalduna, bzw. wer für den UGT-Kompromiß ist. Von den 6-700 Leuten, die abstimmen, sind weniger als 10 für den UGT-Vorschlag, alle andern stimmen gegen die Verlängerung der FPE's/für die Wiedereröffnung von Euskalduna.

Da für den nächsten Tag Barrikaden geplant sind, muß zum Schluß noch wer gefunden werden, der Reifen organisiert. Einer der Betriebsräte: 'Verdammt, jetzt melde sich endlich wer, der LKW ist schließlich da, das ist kein großer Aufwand. Das Wichtigste ist, daß, wenn euch der Reifenhändler fragt, wofür ihr so viele Reifen braucht, daß ihr dann nicht sagt 'für Euskalduna'.

Di, 26.1. Am Wochenende hatte der 31. Parteitag der PSOE stattgefunden (auf dem nebenbei bemerkt F. Gonzalez versprochen hatte, dieses Jahr täglich 1000 Arbeitsplätze zu schaffen). Deshalb meinten viele der Arbeiter: 'du wirst sehn, das ist wie beim Wahlkampf. Erst halten wie still, dann geht's rund'. Sie sollten recht behalten. Nachdem Barrikaden auf der Brücke von Deusto gebaut wurden, kamen die 'nacionales' an und feuerten einige Gummigeschosse ab, die Arbeiter warfen Steine zurück. Die Bullen zogen sich jedoch sehr bald wieder zurück.

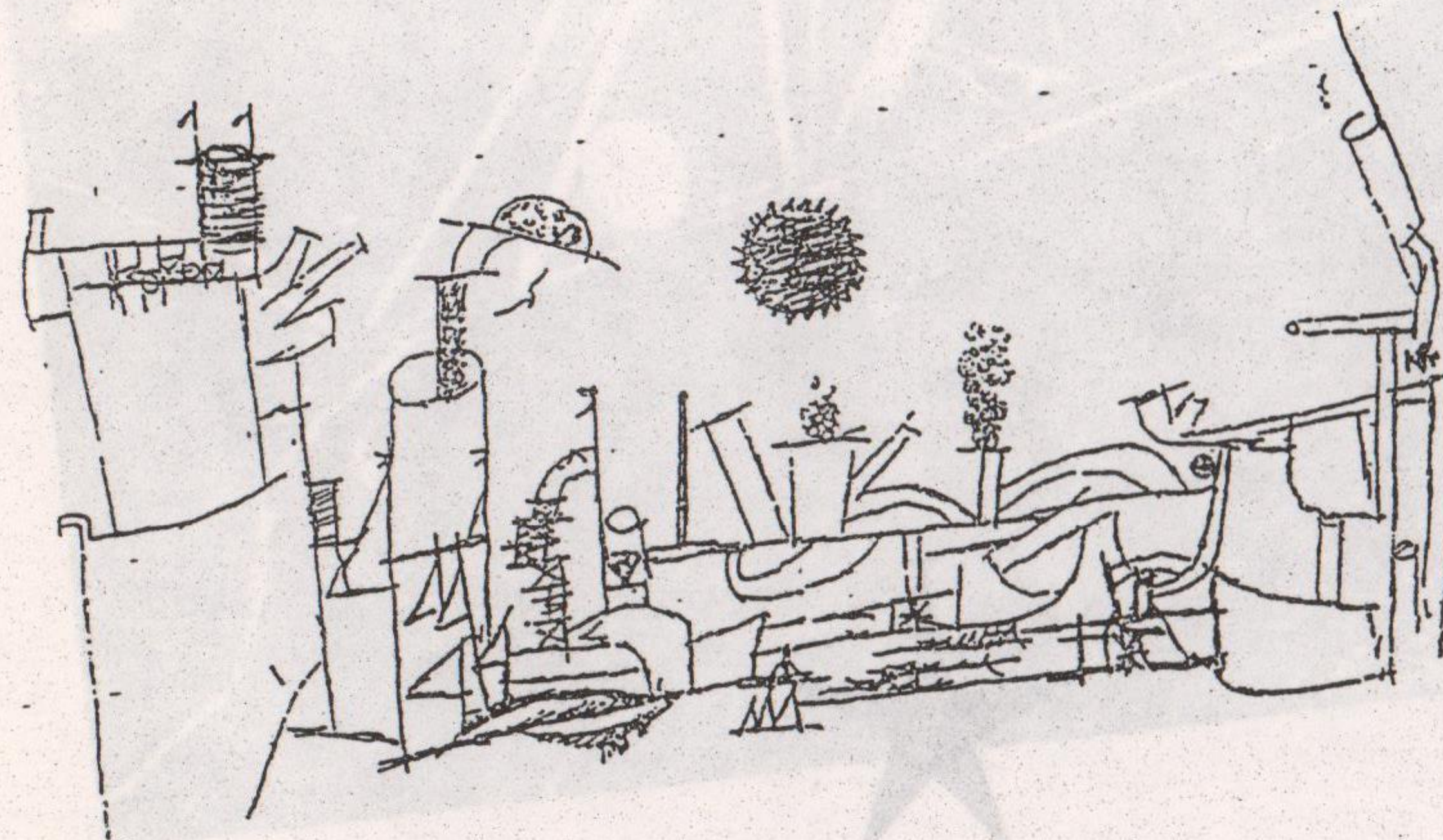
Parallel fand um 11 Uhr eine Pressekonferenz statt, auf der über die Ablehnung des UGT-Vorschlags informiert wurde. Bei Akzeptieren dieses Kompromisses würden alleine auf Euskalduna 5-600 ArbeiterInnen auf der Straße bleiben. Ferner erklärt der Betriebsrat, daß sie die Produktion auf La Naval durch ihre Begehungen in Zukunft nicht mehr behindern würden, um eine weitere Eskalation zwischen den Belegschaften zu vermeiden, daß sie jedoch natürlich weiterhin zu La Naval gingen.

Mi, 27.1. Demonstration zu den Fondos (FPE), da an diesem Tag der Direktor zu Besuch ist. Ein Bullenaufgebot verhindert, daß die Arbeiter 'reinkönnen. Seit dem 'Besuch' am 18.1. werden die Fondos rund um die Uhr von Bullen bewacht. Um 11 Uhr findet ein Prozeß vor dem Arbeitsgericht statt. Die Euskalduna-Arbeiter hatten gegen die Schließung der betriebseigenen Klinik geklagt. Die Demo geht deshalb anschließend dorthin. Den Betriebsräten wird der Eintritt verweigert mit der Begründung, welche von den Arbeitern seien bewaffnet (ein einziger hat einen Holzstock dabei). In dem Moment, als Txomin von der CAT den Lautsprecher nimmt, um über die Situation zu informieren, kommen plötzlich von allen Seiten Bullen und schießen sofort wild mit Gummigeschossen auf die ArbeiterInnen, ohne Rücksicht auf Passanten auf den Bürgersteigen. Diejenigen Arbeiter, die vor dem Gericht standen, sind jetzt die letzten, die wegkommen und werden teilweise übel zusammengeprügelt. Ein Arbeiter, den sie noch am Boden zusammenprügeln, blutet überall am Kopf, ein anderer hat ein Gummigeschoß gegen die Kehle gekriegt, ist ebenfalls blutunterlaufen und kriegt kaum noch Luft. Txomin wird ebenfalls übel verprügelt. An diesem Tag kriegen insgesamt 15 Arbeiter Gummigeschosse oder Prügel ab. Derjenige Arbeiter, der den Stock bei sich hatte, - ich schätze ihn auf 50 - liefert sich einen Nahkampf mit einem prügelnden Bullen, er kriegt keinen einzigen Schlag ab. Es findet ein geschlossener Rückzug statt, auf einer breiten Straße in der Innenstadt wird ein Bus quergestellt, die Zündkabel werden vorsichtshalber unterbrochen. Die Bullen kommen zum zweiten Mal mit Gummigeschossen. Ein geschlossener Rückzug ist jetzt nicht mehr möglich, alle gehen in Gruppen zur Werft. Ohne große Diskussion ist klar, daß etwas passieren muß. Es wird beschlossen, einen Zug zu stoppen. Einige Arbeiter gehn los zu den Bahngleisen. Die beiden Wachposten der Bahn, die extra für Euskalduna abgestellt sind, riechen jedoch den Braten, der Zugverkehr wird von RENFE unterbrochen. Die Aktion wird auf den nächsten Tag

Do, 28.1. Der Zugverkehr ist schon wieder unterbrochen, vorbeugend. Dies, bis die ArbeiterInnen mittags nach Hause gehn. An diesem Tag werden Barrikaden auf der Brücke von Deusto und dem 'Sagrado Corazon' gebaut. Gleichzeitig ist F.O. Wolff von der Regenbogenfraktion gekommen, zur Pressekonferenz erscheint viel Presse. An diesem Tag wird auch zum ersten Mal etwas ausführlicher im Fernseh über die Situation der Euskalduna-ArbeiterInnen berichtet, nicht nur in einem Nebensatz. Es ist schon sehr spät, als die Bullen an diesem Tag doch noch auftauchen. Viele hatten sich mit Zwillen vorbereitet, die Einschätzung vieler war, daß die Bullen deshalb nicht kommen, um die Situation nicht wieder wie 84 zu eskalieren. Nun kamen sie doch. Über 1 Stunde verteidigten die Arbeiter mit Zwillen den Eingang auf dem 'Sagrado Corazon'. Sie hielten damit die Bullen, die von weiter hinten Gummigeschosse und Tränengas auf die Werft schossen, auf Distanz. Als wegen der Mittagszeit sich die Zahl der Arbeiter immer mehr reduzierte - die Siesta ist hier heilig, ebenso wie die Frühstückspause - zogen sie sich nach und nach zurück. Verletzt wurde niemand.

Fr, 29.1. Besuch von La Naval. Jedoch ist weder der Direktor noch sonstwer aus der Verwaltung zu sehen, alle Büros sind leer. Sie hatten rechtzeitig vom Besuch erfahren. Mit dem Kommentar 'die Verwaltung hat das Schiff verlassen' eines Arbeiters am Megaphon gehn alle wieder nach draußen. Es regnet, die Stimmung ist auf Wochenende.

Kein einziger/e hat die Verlängerung der FPE's unterschrieben, das Ultimatum lief bis heute.



Frauen auf der Werft

Von den etwas über 100 Frauen, die bis 84 auf der Werft arbeiteten, haben viele die angebotene Entschädigung angenommen, (da sie verheiratet sind und ihr Mann noch Arbeit hat), einige haben sich auf eigene Initiative neue Arbeit gesucht. Etwas über 20 Frauen haben sich jedoch entschlossen, keinen Kompromiß einzugehen, sondern mit den Männern weiterzukämpfen gegen die Schließung der Werft. Sie lehnen bewußt die angebotene Entschädigung als Einzelfalllösung ab. Etwa 10 der Frauen sind bei den täglichen Aktionen dabei. Wenn an einem Barrikadentag oder, wenn Mal wieder kein Zug fährt, Leute von Euskalduna angemacht werden, sind sie oft die ersten, die sofort dazukommen und den Leuten klarmachen, daß sie ja schließlich auf der Straße stünden und lediglich ihren Arbeitsplatz verteidigten. Eine Organisierung der Frauen der Euskalduna-Arbeiter wie 84 gibt es bislang noch nicht.

Aktueller Stand

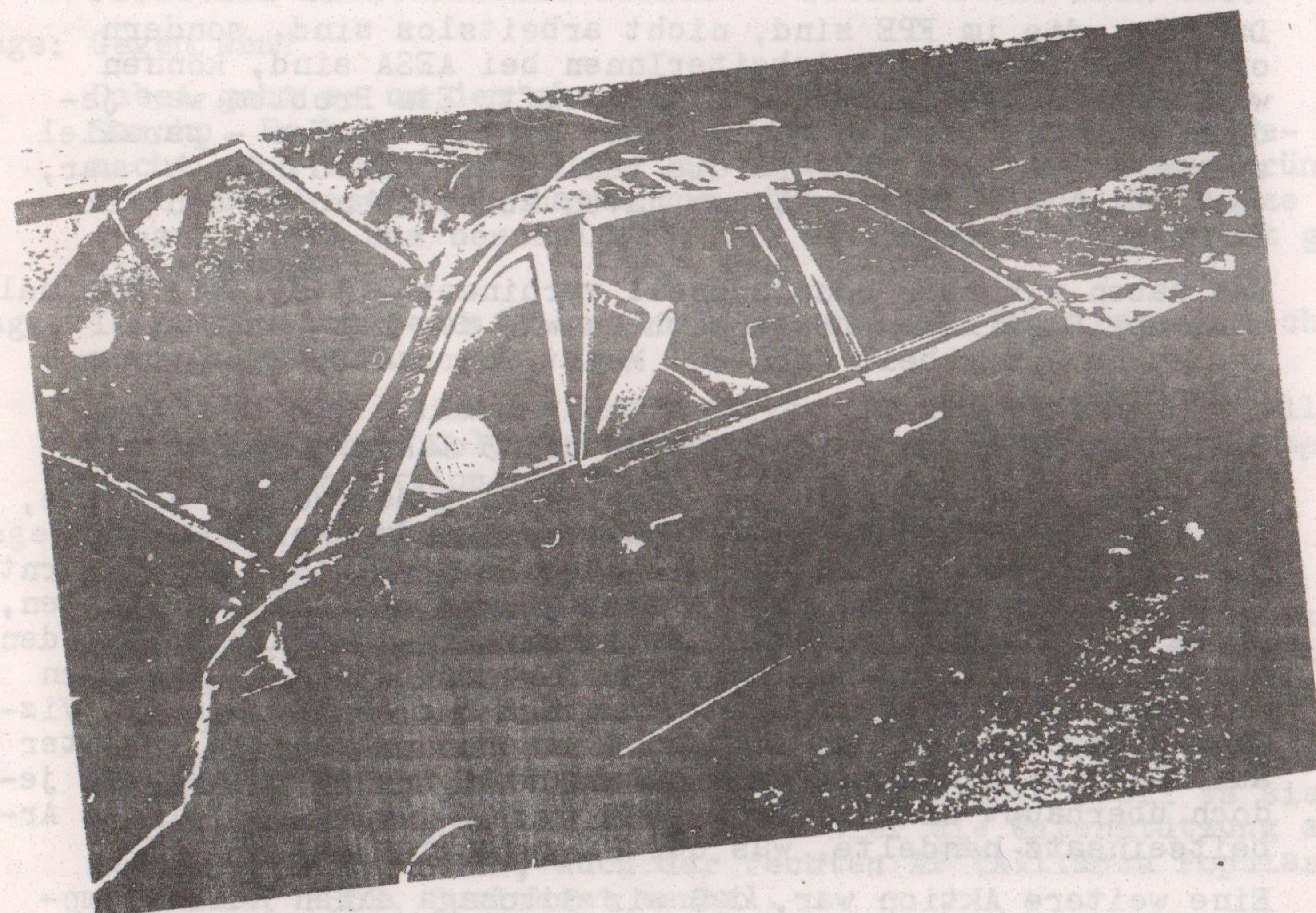
Die Aktionen laufen (Stand: Mitte Febr.) weiterhin täglich weiter. Es ist noch offen, ob sich der Konflikt weiter radikalisiert (die Bullen verhielten sich Anfang Februar wieder sehr zurückhaltend, um dies zu vermeiden), oder ob die reformistischen Gewerkschaften schnell genug einen Kompromißvorschlag zustande kriegen. Nach der UGT legten nun auch die CCOO einen fast identischen Kompromißvorschlag vor, der auf Euskalduna ebenfalls abgelehnt, von den über 2000 ArbeiterInnen von Ferrol jedoch inzwischen angenommen wurde. Damit stehen die Euskalduna-ArbeiterInnen inzwischen völlig alleine da. Die 600 Leute im FPE von La Naval werden diese Tage den UGT-Vorschlag unterschreiben, diese hat die Belegschaft vollkommen in der Hand. So ist der Druck seitens der Presse, der Regierung etc. in den letzten Tagen ungeheuer gewachsen.

Im Gegensatz zu 84, wo teilweise noch koordinierte Aktionen mit ArbeiterInnen von La Naval und Asua (einer Metallgießerei, die früher zu Euskalduna gehörte) liefen, die ebenfalls vom Rausschmiß bedroht waren, gibt es z.Zt. keinen größeren Betrieb in Bilbao in derselben Situation, weshalb es keinerlei praktische Solidarität gibt. Altos Hornos de Vizcaya, Bilbaos größter Industriebetrieb mit knapp 7000

Leuten, steht zwar ebenfalls vor Massenentlassungen, jedoch hüten sich diese, zum jetzigen Zeitpunkt Zahlen zu nennen. Die Linke verhält sich überwiegend ignorant ('die kämpfen ja in erster Linie um ihren Arbeitsplatz, nicht gegen Staat und Kapital', 'viele von denen wählen ja immer noch die PSOE'), wenn auch natürlich militante Aktionen ihre Sympathie haben. Ab und zu kommt es vor, daß eine kleine Gruppe, die gerade Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Bullen mitkriegt, mitmisch, jedoch als Zufallsprodukt. Kontakte bestehen zu den in Vizcaya sehr starken Arbeitslosengruppen. MEK (die baskische Organisation von MC=Movimiento Comunista, etwas mit dem KB vergleichbar), verteilte Anfang Februar im ganzen Baskenland in Fabriken Flugblätter zu Euskalduna, hängten Transparente auf etc.

Eines ist sicher: Die Schließung der Euskalduna-Werft ist eine politische Schließung. Der Kampf dagegen war und ist für eine wachsende Zahl von ArbeiterInnen nicht nur ein Kampf um ihren Arbeitsplatz, sondern ein Kampf gegen die PSOE und die baskische Regierung, gegen die kapitalistische Umstrukturierung.

- * LAB - 'Langile Abertzaleen Batzordeak', gehört zum KAS-Block
- INTG - 'Intersindical nacional trabajadores gallegos' (linke galizische)
- CSI - 'Corriente sindical de Izquierda' (linke asturische Gew.)



Frage: Erzählt Mal, wie es nach der Unterzeichnung des Vertrags Ende 84 weiterging. Ihr hattet gesagt, daß ihr erstmal völlig entmutigt wart.

F: Trotz der Kämpfe, die wir ihnen geliefert hatten, gewann die Regierung schließlich die Schlacht. Das hat uns natürlich erstmal entmutigt. Es war eine kollektive Frustration. Zunächst glaubten tatsächlich viele Kollegen an die Versprechen der Regierung - schließlich hatten 4 Ministerien den Vertrag unterzeichnet - bzw. beruhigten sich selbst mit dem Vertrag, auch wenn sie an ihm zweifelten. Da uns und vielen anderen jedoch klar war, daß wir in spätestens 3 Jahren wieder auf die Straße gehen müßten, damit die Sache mit Euskalduna nicht einfach begraben wird, haben wir von Anfang an versucht, die Organisierung aufrechtzuerhalten. Wir versuchten, die Kollegen davon zu überzeugen, daß es wichtig ist, weiterzukämpfen. So riefen wir durchschnittlich 1 Mal pro Monat die Arbeiter zu Betriebsversammlungen zusammen. Manchmal kamen nur 100 Leute - wenn es so wenige waren, schrieben wir allen einzeln nach Hause mit der Einladung/Informationen für die nächste Versammlung. Da kamen dann auch immer mehr Leute. Durch die Zuspitzung der Situation gab es seit dem letzten Sommer jedoch 2 Mal pro Woche Versammlungen, zu denen auch immer 400-600 Kollegen kamen, je nach den Aktionen auch mehr. Wir im Betriebsrat haben uns weiterhin wöchentlich getroffen.

Frage: Von der Werft aus haben sie euch keine Probleme gemacht, euch zu treffen?

F: Da alle, die im FPE sind, nicht arbeitslos sind, sondern offiziell immer noch ArbeiterInnen bei AESA sind, können wir natürlich jederzeit auf die Werft. Ein Problem war jedoch, daß die Versammlungen immer morgens liefen - parallel zu den Kursen vom FPE. Da die Teilnahme jedoch Pflicht war, versuchten sie, die Kollegen davon abzuhalten, zu den Versammlungen zu gehn.

T: Das haben wir aber dann schnell verhindert. Stell dir das Mal vor, der Strafkodex hörte sich an wie der beim Militär: fehlst du 1 Tag beim Kurs - 1 Monat Sperrzeit, 2 Tage - so undsoviel...

Frage: Welche Aktionen habt ihr während der 3 Jahre gemacht?

F: Das erste war, daß nach den Kämpfen 84 immer noch 2 Schiffe, die wir damals gerade gebaut hatten, auf der Werft waren. Die sollten nun - vorbeugend - nach La Naval (6-8 km entfernt) transportiert werden, um sie fertigzustellen. Wir versuchten, diese Überführung so massiv zu verhindern, daß die Bullen den ganzen Fluß entlang auf beiden Seiten mit einem riesigen Aufgebot den Transport beschützen mußten. Da sie hier in Vizcaya niemanden für den Transport fanden, mußten sie Arbeiter aus Galizien mit Autobussen herschaffen. Denen hatten sie jedoch überhaupt nichts davon gesagt, worum es sich bei dem Arbeitseinsatz handelte, was der Hintergrund war.

T: Eine weitere Aktion war, daß wir Solchaga einen heißen Empfang bereiteten, als er 85 nach Bilbao kam. Dann gab es natürlich viele Demos. In diesen 3 Jahren gab es hier 2 Mal Wahlen. Bei den Demos vor den Wahlen ist nie was passiert - mit mathematischer Genauigkeit jedoch jeweils genau ab dem Tag nach den Wahlen, da haben sie hier sofort wieder losgeballert. Während des Wahlkampfes haben wir die Par-

teien natürlich immer wieder mit dem Thema Euskalduna konfrontiert. Wir haben uns mit Sandwichen vor die Parteilokale gestellt, die Favoriten der Wahllisten bei den Kommunalwahlen luden wir ein zu einer Versammlung auf der Werft. Wir hatten - zumindest verbal - die Unterstützung der Stadtverwaltung und der Regionalregierung von Vizcaya. Ein Beispiel, was damals passierte: der PSOE-Wahlslogan für die Kommunalwahlen war 'recuperar Bilbao' (Bilbao wiederherstellen). Der PSOE-Kandidat für das Bürgermeisteramt sprach im Zusammenhang mit zu erschließendem Gelände von der Euskalduna-Werft als 'Brachland'. Der sah bereits keine Kräne und keine Hallen mehr. Dem haben wir bei der Einladung jedenfalls 'ne Lektion verpaßt, und zwar keine geringe, und haben ihn hinterher gefragt, ob da, wo er uns vorfand, etwa Brachland war.

F: Als Cuadra (Minister der bask. Regierung für die Verwaltung der autonomen Regionen) zur Einweihung des neuen Rathauses nach Portugalete (einer der Arbeiterstadtteile Bilbaos) kam, haben wir ihm ebenfalls eine ordentliche Lektion verpaßt.

T: Was auch noch wichtig ist: nach 84 gab es eine ganze Reihe von Prozessen...

Frage: Wieviele?

T: Insgesamt 11. Jedes Mal haben wir vor den Prozessen Versammlungen einberufen, zu denen auch die meisten Kollegen kamen. So ist kein einziger verurteilt worden. Nur ein einziger bekam eine Geldstrafe, ich glaub', das waren 5 000 Peseten (ca. 80 DM) wegen Körperverletzung von Bullen. Er war angeklagt, daß er insgesamt 11 Bullen gehauen hatte, stell dir vor, ein 19-jähriger Junge. Das war sehr wichtig, daß jeder der Kollegen das Vertrauen haben konnte, daß wir ihn bei den Prozessen nicht alleine lassen. 1 Prozeß steht noch aus.

Frage: Gegen wen?

T: Dabei geht es um den ehemaligen Direktor von AESA, Pedro Sancho. Er hatte uns in einer öffentlichen Erklärung ange-macht, und zwar reichlich. Und da haben wir ihm ebenso gründlich geantwortet. Er hatte uns streitsüchtig und Faulpelze genannt, und uns beschuldigt, daß wir Dinge aus der Werft geklaut hätten.

Frage: Im Moment ist jedenfalls von der damaligen Frustration nichts mehr zu merken...

F: (Lacht) - die Stimmung ist kurz vor dem Höhepunkt. Fast alle der betroffenen Kollegen kommen zu den Versammlungen und machen bei den Aktionen mit.

Frage: Wie sieht es aus mit praktischer Unterstützung?

F: (Verlegenes Grinsen) Na ja, jede Belegschaft hat hier eben ihre eigenen Probleme. Wobei - 84 lief noch mehr zusammen mit La Naval und Asua (einem metallverarbeitenden Betrieb mit damals 400 Leuten, der bis zur Verstaatlichung 69 von Euskalduna zur Werft gehört hatte). Im Moment gibt es hier keine großen Betriebe, außer La Naval, die ähnliche Probleme hätten, * 84 gingen diese beiden auch nur auf die Straße, weil es sie selbst betraf. Ansonsten haben wir hier die Unterstützung aller politischen Parteien, auch der rechten AP (Allianza Popular) - außer der PSOE. Zumindest verbal.

* In 'Altos Hornos de Vizcaya', dem größten Industriebetrieb Bilbaos, (Schwer- und Chemieindustrie), sind z.Zt. noch über 6000 ArbeiterInnen beschäftigt, in den nächsten Jahren sollen mehrere Tausend entlassen werden - genaue Daten gibt es jedoch noch nicht offiziell.

Frage: Weshalb wehrt ihr euch nicht zusammen mit den Kollegen von La Naval?

F: La Naval ist fest unter der Kontrolle der großen Gewerkschaften. Die Arbeiter haben Angst, sich mit uns zu solidarisieren. Wir sind zu konfliktfreudig, deshalb zu gefährlich. Sie lassen sich gegen uns ausspielen. Wir sind die 'fauligen Äpfel'. Das hat vor kurzem einer der AESA-Direktoren über uns gesagt. Er meinte, die Euskalduna-Arbeiter sollten ruhig auf der Brücke von Deusto bleiben, bei der Werft, damit 'die fauligen Äpfel nicht die gesunden anstecken'.

Frage: Weshalb kommen nicht mehr Leute von 'außen', z.B. aus dem Jugendhaus, oder andere aus der Linken, um euch zu unterstützen?

F: Teilweise kommen Jugendliche zu Aktionen. Als wir im Dezember den Zug angesteckt haben, kamen vom Park her aus der andern Richtung Jugendliche auf das Bahngleis zu und haben beim Stoppen mitgeholfen. Oder, vor kurzem war eine große Arbeitslosendemo, wo uns Arbeitslosengruppen gebeten hatten, den Aufruf zu unterzeichnen und hinzukommen. Da waren sehr viele Kollegen da, bzw. kommen welche von denen auch manchmal zu unseren Demos.
(Mehr krieg' ich erstmal nicht 'raus)

Frage: Die Presse berichtet - außer EGIN - nicht allzuviel über eure Aktionen, bzw. teilweise reichlich verfälscht...

T: Die Reaktionen 84 waren viel schärfer. Aber es ist wahr, daß Dinge oft entstellt werden. Das baskische Fernsehen behauptet ständig, unsere Forderung sei 'Arbeit auf Euskalduna oder La Naval', das ist natürlich Quatsch. Vor kurzem haben sie bei einer Barrikade LKW- und Autofahrer interviewt, und, anstatt über die Ursache der Barrikade zu berichten, konnten die Zuschauer schimpfende Autofahrer hören. Wir haben denen aber schon angekündigt, daß wir sie demnächst Mal besuchen werden, wenn sie das noch öfter machen.

Frage: Ihr werdet oft 'Luxusarbeitslose' genannt, weil ihr 80 % eures letzten Lohns bekommt. So wird versucht, Arbeitslose gegen Arbeitslose auszuspielen...

T: Natürlich. Wir sagen jedoch: das ist nicht unsere Schuld, daß wir jetzt im FPE sind, und: jeder sollte das bekommen, was wir kriegen, nicht umgekehrt.

Frage: ...auch Regierungsbeamte reden von 'Privilegien'...

T: ...weist du, das ist kurios. Das sagt dir ein Typ, der mindestens 100 000 DM im Jahr verdient - allein für seine Arbeit im Parlament - das sagt er Arbeitern, die lediglich eins fordern: Arbeit. Einen Arbeitsplatz außerdem, der nach dem Bergbau der härteste ist. Wir hatten in den letzten 20 Jahren im Schnitt 2 Tote pro Jahr und 400 Arbeitsunfälle. Von den Leuten, die in den FPE kamen, waren 500 berufskrank - viele hatten Schäden an der Wirbelsäule, einigen fehlten Finger, einige haben eine Hand verloren - das nennen sie 'Privilegien'. Ein Privileg wäre, in Vitoria zu arbeiten, in einer der größten Fabriken des Landes mit 5000-6000 Leuten, die dort arbeiten oder besser gesagt dort zumindest ihr Geld kassieren - dem Sitz der baskischen Regierung. Die Verwaltung dort wird nie umstrukturiert. Währenddessen beschuldigt uns die Regierung in Vitoria, nicht eine Fabrik oder Arbeitsplätze zu verteidigen, sondern ein Symbol.

In Spanien kriegt man/frau höchstens 2 Jahre ALG (18 Mon. 75 %, 6 Mon. 60 %), Leute, die 'soziale Härtefälle' darstellen, können danach noch maximal 18 Mon. 30 000 Peseten (440 DM) bekommen, danach gibt's keinerlei Unterstützung mehr. Nach off. Angaben bekommen 27 % aller Arbeitslosen in Spanien off. Unterstützung - was noch reichlich über-

La Naval

Die Werft La Naval in Sestao, 6-8 km von der Euskalduna-Werft entfernt, hat heute offiziell noch über 2 700 Beschäftigte. 1100 ArbeiterInnen sind in der Arbeitsregulation, 600 sind seit 15.2. 85 im FPE. Dennoch wehren sie sich nicht gemeinsam mit Euskalduna. Auf mehreren gemeinsamen Betriebsratssitzungen war es nicht möglich, sich auf eine gemeinsame Aktion zu einigen. Einziger Vorschlag des Betriebsrats von La Naval, von dem er nicht abrückte: eine gemeinsame Demo abends um 20 Uhr. Wer den Tagesrhythmus in Spanien kennt, weiß, daß dies ein Witz ist: alle Geschäfte schließen zwischen 19 - 20 Uhr, danach ist auf den Straßen Totentanz, bis dann so gegen 21 - 22 Uhr das Kneipen-Nachtleben beginnt. So blieb es bisher bei getrennten Aktionen. Die Aktionsform der Belegschaft von La Naval: Abgabe von Petitionen bei der Stadtverwaltung, der Provinzregierung von Vizcaya, verbunden mit Demo's dorthin. Diese Aktionen finden im Durchschnitt 1 Mal pro Woche statt. Am 21.1. riefen sie abends zu einer Demo auf unter dem Motto 'Retten wir La Naval', zu der 3 000 Plakate verklebt wurden. Es kamen 3 000 ArbeiterInnen. Von Euskalduna ging keiner hin. Einer Arbeitslosengruppe, die eine Erklärung verlesen wollte, wurde dies verweigert mit der Begründung, es sei nur eine einzige vorbereitete Erklärung geplant. In den Fernsehnachrichten wird ausführlich über ihre Betriebsratssitzungen berichtet, Betriebsräte werden interviewt, über ihre Demo's wird berichtet - über Euskalduna wird im Fernsehen beharrlich geschwiegen, wenn nicht gerade ein Zug in Brand gesteckt wird oder die Arbeiter zum Europaparlament nach Straßburg fahren.

La Naval wird von der UGT regiert. 1600 der ArbeiterInnen sind UGT-Mitglieder, 800 CCOO- und 200 ELA/STV - Mitglieder. Von 27 Betriebsräten sind 10 von der UGT, 9 von den CCOO, 4 von ELA/STV, 3 von CAT und 1 von LAB. Alle Betriebsräte sind von der Arbeit freigestellt. Von 100 Arbeitern, die in den letzten Jahren eingestellt wurden, waren 90 UGT-Mitglieder. So wechselten viele aus Opportunismus zur UGT über.

Ehemalige Genossen, Aktivisten aus der Francozeit, benutzten gewerkschaftliche Kämpfe für ihr eigenes Emporkommen. Auf La Naval wurden Leute groß wie Nicolas Redondo, UGT-Generalsekretär, Tomás Tueros, Ex-Generalsekretär der CCOO in Euskadi, Lalo, PSOE-Vorsitzender von Euskadi und Ex-Schatzmeister der PSOE, Paúl, Parlamentarier in Madrid.

Die reformistischen Gewerkschaften schüren systematisch Unsolidarität und Angst. Bereits 84 wurde der Belegschaft eingeredet, wenn Euskalduna geschlossen würde, blieben für sie wenigstens Aufträge übrig. Entsprechend gering war die Solidarität bereits damals. Viele der Arbeiter, die 84 zusammen mit Kollegen von Euskalduna und Asua (einem Metallverarbeitenden Betrieb mit 400 Leuten, der ursprünglich zu Euskalduna gehörte) auf die Straße gingen, waren für Subunternehmer auf La Naval tätig, nur ein Teil gehörte zur festen Belegschaft.

Im Januar fanden insgesamt 6 Begehungen der Werft La Naval von Euskalduna-Arbeitern statt. Dies, um deutlich zu machen, daß es sich nicht nur um Euskalduna handelt, sondern um 'Astilleros Espanoles', um die Umstrukturierung der gesamten Werftenindustrie. Bei der Begehung am Mi., 13.1., schalteten die Euskalduna-Arbeiter für 1-2 Stunden die elektrischen Hauptleitungen ab, außer dem Strom für die Computerabteilung und den Sanitätsdienst. Am Mittwoch Abend wurde bekanntgegeben, daß La Naval auf unbestimmte Zeit von der AESA geschlossen würde, da der geregelte Arbeitsablauf nicht mehr gewährleistet sei.

Am darauffolgenden Montag wurde wieder geöffnet. Am Mi., 20.1., fand die nächste Begehung statt. Diesmal ohne Stromabschaltung, wieder mit demselben Ergebnis: Schließung auf unbestimmte Zeit. Der Direktor hatte angegeben, er sei bedroht worden. Diesmal wird die Schließung erst nach 4 Arbeitstagen wieder aufgehoben.

Ein Beispiel, das die Stimmung auf der Werft deutlicher darstellt als viele Erklärungen:

Am 5.1. waren 3 Arbeiter von La Naval, die arbeitslos geworden waren, in Hungerstreik getreten, mit der einzigen Forderung: Arbeit. Zwei von ihnen waren von den CCOO, einer unabhängig. Sie hatten keinerlei Unterstützung von keiner Gewerkschaft. Selbst in der CAT unterlag eine knappe Minderheit der Meinung der Mehrheit, erst Mal sollte die eigene Gewerkschaft ihre Leute unterstützen. (CAT ist eben nicht gleich CAT, sie spielt auf verschiedenen Werften eine unterschiedliche Rolle). So wurden die 3 bereits von Anfang an verdonnert alleine gelassen. In den insgesamt 3 Wochen, die der Hungerstreik dann dauerte, kamen nur sehr wenige Kollegen vorbei. Diejenigen, die kamen, waren jedoch fast ausschließlich aus dem FPE, von den arbeitenden Kollegen kamen insgesamt 5 Mal vorbei. Nachdem am 4. Tag ihres Hungerstreiks damals immer noch nichts in der Presse davon gestanden hatte, kamen die Euskalduna-Arbeiter von sich aus mit der Presse vorbei. Leute vom Betriebsrat besuchten sie an festen Tagen 3 Mal in der Woche.

Nach 3 Wochen Hungerstreik bestand für einen von ihnen die akute Gefahr eines Herzinfarktes. So beschlossen sie, ihn gemeinsam am Freitag, dem 22.1., abubrechen. Um dies nicht in aller Stille vor sich gehen zu lassen, baten sie die Euskalduna-Arbeiter, wieder vorbeizukommen und die Presse mitzubringen.

Kurz bevor die Belegschaft von Euskalduna ankam, nahm einer der UGT-Betriebsräte vor den an diesem Morgen von den Leuten aus dem FPE Versammelten das Megaphon und erklärte, sie hätten davon gehört, daß gleich die Euskalduna-Arbeiter hier eintreffen würden - sie kämen, um den Hungerstreik für sich 'zu kapitalisieren'. Er verkündete, daß sich diese die ganze Zeit nicht blicken lassen hätten, sondern, wer stets dagewesen sei, das seien sie und die Leute aus dem FPE gewesen. Sie würden sich schließlich von niemandem sagen lassen, was sie zu tun und zu lassen hätten. Die Stimmung war so aufgeheizt gegen die anrückende Euskalduna-Belegschaft - sie hatten die Zustimmung sämtlicher versammelten Arbeiter, außer den CAT- und LAB-Leuten, die in einer Ecke standen, jedoch nichts laut dagegen sagten - daß es in der Luft knisterte, es war eher verwunderlich, daß es hinterher zu keiner Schlägerei kam.

Am Fr., 22.1., gab die AESA auch eine Erklärung heraus, in der sie die Werftarbeiter von La Naval lobt, daß sie trotz der Schließung jeweils an ihren Arbeitsplatz gingen, 'ein Akt, der den Willen der Arbeiter von Sestao deutlich macht, sich von den Euskalduna-Arbeitern abzugrenzen'. Und: 'Trotz des Versprechens des Betriebsrates von Sestao, daß es zu keinen weiteren Zwischenfällen käme, sieht die Realität leider anders aus, da an diesem Morgen eine Gruppe von 1200 Arbeiter von Euskalduna erneut auf das Gelände der Werft eindringen. So bleibt die Schließung angesichts der Entwicklung vollkommen gerechtfertigt.'

Am darauffolgenden Montag fand auf Antrag einer der CCOO-Betriebsräte eine Abstimmung darüber statt, ob die Arbeiter in Zukunft nochmals eine Begehung von Euskalduna-Arbeitern zulassen wollten oder nicht. Sie gewannen diese Abstimmung im Stimmenverhältnis 9:1 gegen Euskalduna.

ENTWURF

OB ANSTALTS SYSTEM ODER WISSENSCHAFT DIE PSYCHIATRIE GEHÖRT ABGESCHAFFT

1977 gründete der SSK (Sozialistische Selbsthilfe Köln) das erste BESCHWERDE-ZENTRUM, eine "Bürgerinitiative gegen Verbrechen in Landeskrankenhäusern". Zu der Selbsthilfe von obdachlosen Jugendlichen waren im Laufe der Jahre immer mehr Menschen gekommen, denen die Flucht aus den Klapsen gelungen war. Sie berichteten, wie sie in diesen Krankenhäusern mit Dämpfungsmitteln, Fesseln und Schlägen fertiggemacht worden waren, und auch von zahlreichen Todesfällen durch die psychiatrische Behandlung. All dies war damals draußen weitgehend unbekannt. Das BZ machte es sich deshalb zur Aufgabe, die Verhältnisse hinter den Mauern an die Öffentlichkeit zu bringen und die Insassen durch regelmäßige Besuche und Aktionen bei der Durchsetzung ihrer Menschenrechte zu unterstützen.

In den folgenden Jahren entstanden auch in vielen anderen Städten Beschwerde-Zentren. Die Aktionen lösten zum Teil einen enormen Pressewirbel aus. Für die liberale Öffentlichkeit waren die Mißhandlungen und Todesfälle, die durch Stationsbesetzungen u.ä. spektakulär bekannt gemacht wurden, ein Skandal. Die Psychiatrie kam zunehmend ins Gerede. Neben der breiten Empörung über "Mißstände" und Menschenrechtsverletzungen gab es eine Reihe von Gruppen, deren Kritik weiter ging: nicht eine bessere Psychiatrie, sondern ihre Abschaffung war das Ziel. In dieser Frage gab es auch unter den BZs Differenzen. Die Selbsthilfegruppen, in denen ehemalige Anstaltsinsassen mitarbeiteten, waren in Kritik und Aktionsformen meist radikaler als die eher studentischen Gruppen, die mehr über "Alternativen" diskutierten (und zum Teil schon ihre eigene Berufskarriere in der schönen neuen Müslipsychiatrie vorbereiteten). Trotz aller Differenzen sah es aber Anfang der 80er Jahre so aus, als könnte eine stärkere Bewegung gegen die psychiatrische Aussonderung entstehen. 1980 kamen zu einer Demonstration der DGSP (Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie) für die Abschaffung der Großkrankenhäuser 5000 Leute. Da die DGSP absichtlich einen großen Bogen um die Bonner Klappe machte, riefen wir zu einer anschließenden Demonstration dorthin auf. Trotz offizieller Distanzierung auf der Kundgebung schlossen sich noch 400 Leute unserer Demo an.

Selbst an solche (nicht gerade überwältigenden) Mobilisierungen ist heute nicht mehr zu denken. Von der Anti-Psychiatrie-Bewegung ist nur die DGSP als reformistischer Lobbyverband übriggeblieben. Die meisten BZs haben sich wieder aufgelöst; die letzten isolierten Grüppchen sind kaum noch in der Lage, gegen die fortbestehende alte und die verstreute neue Psychiatrie wirksam vorzugehen. Eine Diskussion um die Psychiatrie findet nicht mehr statt, vor allem keine politische. Selbst in der radikalen Linken stößt unsere prinzipielle Ablehnung der Psychiatrie häufig auf Unverständnis. Die Modernisierung der letzten Jahre hat hier ihre Wirkung gehabt. Nachdem die Verantwortlichen durch die breite Empörung über die mittelalterlichen Zustände unter Druck geraten sind, haben sie angefangen, die schlimmsten "Mißstände" in den Anstalten zu beseitigen und mit dem Aufbau von neuen Einrichtungen ihren Einflußbereich noch zu vergrößern. Diese "Alternativen" (Ambulanzen, Tageskliniken, Beratungsstellen usw.) können weit besser als die finsternen Anstaltsgemäuer als Hilfsangebote verkauft werden. Die psychiatrische Gewalt ist weniger sichtbar - die Akzeptanz wieder gestiegen. Wir müssen rückblickend feststellen, daß wir mit unseren Aktionen dem Psychiatriesystem den Tritt gegeben haben, der ihm als Anstoß für die Modernisierung und Ausweitung noch gefehlt hat ...

Wir wollen hier den Kampf der BZ gegen die Psychiatrie, die Stärken und Schwächen in den einzelnen Phasen, darstellen und zunächst nochmal begründen, warum die Psychiatrie als Teil des Repressionsapparates nicht reformiert sondern abgeschafft gehört - auf daß sich demnächst wieder mehr Leute daran beteiligen, den Psychiatern ihr dreckiges Handwerk zu legen.

Der Mythos Geisteskrankheit

Psychiater und Erbbiologen sind seit Generationen auf der Suche nach den erblichen und organischen Ursachen für Ausklinken, Rebellion und Verzweiflung. Sie haben Hirne aufgepumpt, vermessen und zerschnippelt und unzählige andere grausame Menschenversuche gemacht. Gefunden haben sie fast nichts. Nur bei den wenigsten Irren lassen sich Stoffwechselstörungen, Vergiftungen o.ä. als Ursache für das Ausklinken ausmachen. Daß sie keine medizinischen Ursachen gefunden haben und ihre "Geisteskrankheiten" in keiner Weise erklären können,

hat die Psychiater aber nicht daran gehindert, ein Begriffsgebäude aufzubauen, das zumindest beeindruckend wirkt und den Anschein von Wissenschaftlichkeit erweckt. Für jeden, der nicht ruhig und angepasst funktioniert, ist das entsprechende Etikett dabei:

Du verzweifelst an den Verhältnissen? Endogene Depression!

Du kannst trotz allem noch lachen? Endogene Manie!

Oder etwa mal zu fröhlich, mal zu traurig? Manisch-depressiv, zylothyme Schizophrenie!

Nicht lesen und schreiben gelernt? Debilität, Oligophrenie, Hebephrenie!

Angst vor Strahlen, Bullen, Lauschern im Telefon, oder der Sanierungsmafia, die dein Haus abreißen will? Paranoide Schizophrenie!

Aber vielleicht gehörst du auch zu einem anderen schizophrenen Formenkreis oder hast nur ein Borderline-Syndrom...

Für Psychiater ist auch die bewußte Rebellion krankhaft. Daß das Leiden an den Verhältnissen aber oft genug zu einem ungezielten und selbstzerstörerischen Ausklinken führt, macht es ihnen leichter, ihre Ideologie von den "psychischen Krankheiten" zu verbreiten. Fast jeder hat wohl schonmal hilflos vor der Situation gestanden, daß jemand mit seinem Leben hier nicht mehr fertig wird, durch nichts aus der Verzweiflung rauszuholen ist, sich umbringen will oder nicht mehr nachvollziehbare Wahrnehmungen und Gedanken äußert - und war dann vielleicht froh, das Problem als "Krankheit" an die Weißkittel delegieren zu können. Wenn aber die unbewußte Rebellion zur Krankheit erklärt wird, dann werden das Leiden an den Verhältnissen weiter individualisiert und die Ursachen verschleiert. Es braucht dann nicht mehr weiter gefragt zu werden, ob die "Kranken" in Armut und Existenzangst leben mußten, unter welchen Bedingungen sie arbeiten mußten, ob sie aus der Wohnung vertrieben oder von Behörden verfolgt wurden - und warum sie keine anderen Möglichkeiten gesehen haben, sich dagegen zu wehren. Ob jemand für ein besseres Leben kämpft oder vor der unerträglichen Realität in eine eigene Gedankenwelt flüchtet, ob jemand kaputt macht, was ihn kaputt macht, oder sich selbst - das hängt ja in erster Linie davon ab, ob es Möglichkeiten gibt, sich mit anderen gemeinsam zu wehren. Wir haben schon öfters mitbekommen, daß die verrückten Verhaltensweisen und Gedanken von geflohenen Insassen (mit denen wir auch oft schwer klarkommen) mit der Zeit verschwanden, ohne Ärzte oder Medikamente, wenn sie im SSK die Erfahrung machen konnten, daß die Macht von Bürokraten und Weißkitteln ihre Grenze hat, wenn man ihnen nicht alleine gegenübersteht, sondern gemeinsam vorgeht. Und wir kennen das ja auch aus der Scene: in Zeiten von Bewegungsf-laute häufen sich regelmäßig die persönlichen Krisen, die Beziehungskräche und das Ausklinken.

Psychiatrie und Arbeitszwang

Die Psychiatrie war von Anfang an Teil des Repressionsapparates, mit dem der Zwang zur Arbeit durchgesetzt wird. Die meisten deutschen Klappen wurden zwischen 1860 und 1910 gebaut. Infolge der Industrialisierung sammelten sich Massen von Armen in den Städten. Um sie unter Kontrolle zu halten und die Industriearbeit durchzusetzen, wurde ein Teil von ihnen in Arbeits-, Zucht-, Korrektionshäusern und Irrenanstalten eingesperrt. Ziel war dabei die möglichst billige Unterbringung, die Ausbeutung des Restes von Arbeitsfähigkeit und vor allem Abschreckung. Das Elend und die Unterdrückung hinter den Mauern gilt als Warnung an die MalocherInnen draußen: wer Arbeit und Armut nicht stillschweigend erträgt, kommt in Knast oder Klappe und wird dort noch mehr fertiggemacht.

An diesem Prinzip hat sich nichts geändert. Schon kleinen Kindern wird mit der Klappe gedroht, wenn sie nicht "artig" sind. Und das sind keine leeren Drohungen. Kinder, die sich gegen die Schule wehren, landen schnell in der Jugendpsychiatrie. Schon manche Auseinandersetzung mit dem Chef bei der Arbeit hat über Betriebsarzt oder Bullen zu einer Zwangseinweisung geführt. (Solche Fälle gingen letztes Jahr als Skandal durch die Presse: "Praktisch jeder Gesunde kann mit der Diagnose "Schizophrenie" in eine psychiatrische Klinik eingewiesen werden. So sei eine 20jährige Arbeiterin auf Betreiben ihrer Betriebsleitung in eine Klinik eingewiesen worden, weil sie Konflikten mit der Betriebsleitung nicht aus dem Weg gegangen ist." - Es handelt sich hier allerdings um einen Bericht über die Psychiatrie in der Sowjetunion - und da herrscht ja bekanntlich "Mißbrauch"....).

Wer alleine bei einer Behörde Krach schlägt, muß ebenfalls damit rechnen, sich in der Klappe wiederzufinden. Und dazu muß man noch nichtmal einen Schreibtisch abräumen oder sonstwie handgreiflich werden. So heißt es in dem Einwei-

sungsbericht einer Frau, die nach einem Besuch beim Sozialamt verschleppt wurde: "Frau W. wurde von uns lautstark, in unsachlicher Weise diskutierend angetroffen. Es handelt sich bei ihr um eine abnorme Persönlichkeit mit hysterisch-querulatorischen Zügen. Die Einweisung ist unabweislich. Außerhalb einer geschlossenen Abteilung ist mit Wiederholungen ihrer Fehlverhaltensweisen zu rechnen."

Wenn ein Vermieter "unordentliche" Mieter raussetzen will, was auf dem Weg der Räumungsklage nicht gelingen könnte, dann holt er sich eben das Gesundheitsamt: Zwangseinweisung wegen Verwahrlosung (ist rechtlich eigentlich kein Einweisungsgrund, passiert aber ständig). Und auch für viele Familienstreitigkeiten ist die Klappe die ideale Lösung: wenn die Erben schon zu Lebzeiten an Omas Häuschen ranwollen, dann wird sie eben entmündigt und weggesperrt. Wer eine lästige Ehefrau loswerden will, findet bestimmt einen Psychiater, der sie für verrückt erklärt. Wenn Eltern es nicht mehr schaffen, ihre Punkerkinder ans Lernen und Arbeiten zu bringen, dann wird ihnen die Klappe schon dabei helfen (Einweisungsgrund z.B.: "Dissoziales Verhalten und Gefährdung durch Drogenmißbrauch").

Wer nie in einer Klappe war, hat meist das Klischeebild vom Irrenhaus im Kopf: lauter völlig abgedrehte Leute, die nur wirres Zeug erzählen, rumklinken, gefährlich sind... Wer dagegen mit Insassen redet, wird sich wahrscheinlich wundern, wie "normal" dort die meisten sind (und bald kapieren, daß die roboterartigen Bewegungen, der trübe Blick oder die Wutausbrüche gegen sich selbst oder andere nichts anderes sind als eine Folge von Käfighaltung und chemischer Zwangsjacke). Es sind die alltäglichen Probleme des MalocherInnenlebens, die dem Leben als Klappeninsasse vorausgegangen sind: keine Kohle, Haß auf Arbeit, aus Arbeit und Wohnung rausgeflogen, kaputte Ehe usw. Reiche Leute trifft man dagegen fast nie in der Klappe. Die können ihre Verrücktheiten austoben, wie sie wollen, ohne dafür weggesperrt zu werden. In schwachen Minuten geben Klappenpsychiater übrigens manchmal selbst zu, daß sie ja die Hälfte der Verrückten entlassen könnten, wenn sie nur Wohnungen hätten. Der Mythos vom Irrenhaus als Ort des "unheimlichen Wahnsinns" hat aber durchaus seinen Sinn in der Abschreckung. Der Zwang zur Normalität, zum reibungslosen Funktionieren als MalocherIn, wirkt hier diffuser und geht noch weiter als beim Knast. Für Haftstrafen gibt es klare Regeln und Gesetze, bei was man sich erwischen lassen darf, und bei was nicht. Ins Irrenhaus kann man dagegen schon durch kleinste Auffälligkeiten und Störungen von Ruhe und Ordnung geraten, man weiß noch weniger, was einen dort erwartet und wann man wieder rauskommt, und ein amtlich anerkannter Verrückter hat hier noch wesentlich mehr Schwierigkeiten als ein Ex-Gefangener.

Therapieziel: Arbeitsfähig und -willig

So wie die psychiatrische Aussonderung die Funktion hat, die Arbeitswilligkeit draußen aufrechtzuerhalten, wird auch drinnen "therapiert": die Zwangsarbeit heißt heute vornehm Arbeitstherapie. In den rheinischen Irrenanstalten arbeiten 40% der Insassen. Sie machen Auftragsarbeiten für Industriebetriebe oder halten mit Hausarbeit den Anstaltsbetrieb aufrecht.

Im Faschismus war die Arbeitsfähigkeit das Selektionskriterium: "Unheilbar und nicht mehr arbeitsfähig im Sinne produktiver Arbeitsleistung" - diese Diagnose wurde für viele Irre zum Todesurteil. Heute wird die Arbeitsfähigkeit häufig zum Entlassungskriterium gemacht. Wer entlassen werden will, muß sich diese Gnade durch Malocher für Pfennigbeträge verdienen. Die Insassen werden außerdem mit dem Entzug von anstaltsinternen Vergünstigungen zur Arbeit gezwungen. Wer sich weigert, sich dermaßen ausbeuten zu lassen, bekommt zur Strafe mehr Medikamente, Ausgangssperre, Besuchsverbot oder wird auf schlimmere Stationen verlegt. Schließlich wirkt auch der stumme Zwang oft stark genug. Viele machen die Arbeit "freiwillig", weil sie die einzige Möglichkeit ist, dem öden Stationsalltag zu entfliehen und wenigstens ein paar Mark zu verdienen.

Dämpfungsmittel und Arbeit - das sind die wichtigsten Behandlungsmethoden der Psychiater für die angeblich Kranken, die in ihre Fänge geraten sind. Behandlungsziel: die Zurichtung zum willigen Malocher. Dazu heißt es in einem internen Papier des LVR (Landschaftsverband Rheinland, Träger der rheinischen Klappen) von 1985:

"Der steigenden Beachtung und Anerkennung der Arbeitstherapie hat der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung Rechnung getragen durch das Einsetzen einer Expertenkommission, die mit den 'Leitlinien zur Arbeitstherapie in psychiatrischen Krankenhäusern' ein Grundsatzpapier herausgegeben hat. Darin wird festgestellt:

'Arbeitstherapie ist ein wesentliches Element stationärer psychiatrischer Behandlung. Arbeitstherapie trägt dazu bei, die Krankheit zu erkennen, zu heilen, zu lindern oder eine Verschlimmerung zu verhüten.'

Die Behandlungen in dem psychiatrischen Krankenhaus sollen den psychisch Kranken instandsetzen, ein möglichst störungsfreies und wenig beeinträchtigtes Leben als integriertes, akzeptiertes Mitglied der Gesellschaft wieder aufzunehmen.

Indem die Arbeitstherapie möglichst realitätsgetreue Arbeitssituationen darstellt, gibt sie dem Patienten die Gelegenheit, mit den Erfordernissen der Arbeitswelt unter dem Schutz und Betreuung des Therapeuten vertraut zu werden, seine krankheits- bzw. behinderungsbedingten Fähigkeiten wie auch Einschränkungen im Arbeitsbereich einzuschätzen, eine subjektiv und objektiv realistische Selbstwahrnehmung und Berufsperspektive zu entwickeln, wie auch die Teilnahme am Arbeitsleben zu üben. Ein sehr wichtiges therapeutisches Element ist dabei die Entlohnung. Beim Patienten wird dadurch der gesellschaftlich vorgegebene Zusammenhang zwischen erfüllen von Normen des Arbeitslebens und finanzieller Vergütung verdeutlicht."

Eine Krankheit, die durch Arbeit "erkannt und geheilt" werden kann?? Deutlicher kann man wohl nicht sagen, was sich hinter dem Mythos der "Psychischen Krankheit" verbirgt: die fehlende Anpassungsfähigkeit oder -bereitschaft an die Zumutungen des "vorgegebenen Arbeitslebens". Genau diese bewußte oder (meist) unbewußte Rebellion gegen den herrschenden Arbeitszwang soll in der Klappe wegtherapiert werden. Das Arbeitstier wird wieder "instandgesetzt". Dabei gehen die "möglichst realitätsgetreuen Arbeitssituationen" noch um einiges über die Realität der Arbeit draußen hinaus. Für Insassen gilt kein Arbeitsrecht, sie arbeiten für Pfenniglöhne (max. 150 Mark/Monat), und sie sind in unvergleichbar stärkerem Ausmaß von ihrem Ausbeuter, der Anstalt abhängig. Die Bestrafungsmöglichkeiten bei schlechter Arbeit oder Arbeitsverweigerung betreffen nicht nur Arbeitsplatz und Einkommen, sondern das gesamte Leben der Internierten. Diese verschärfte Zwangslage ist tatsächlich dazu geeignet, "Einschränkungen im Arbeitsbereich einzuschätzen" und die gewünschte "realistische Selbstwahrnehmung" zu entwickeln: Daß man als ArbeiterIn nichts zu melden hat, keine Ansprüche stellen darf, besser die Klappe hält und alle Zumutungen stillschweigend malochend erträgt, weil sonst schlimme Strafen drohen, gegen die man sich nicht wehren kann. Und der "Zusammenhang zwischen dem Erfüllen von Normen des Arbeitslebens und finanzieller Vergütung"? Für wenig Geld viel arbeiten müssen, diese Erkenntnis ist hier wohl das Therapieziel. Wer wegen Krach mit dem Chef in die Klappe verfrachtet wurde und dann lange genug dieser Therapie unterworfen war, der wird danach erstmal froh sein, wieder in einem normalen Ausbeutungsverhältnis draußen zu stecken - und sich nicht mehr so schnell über irgendetwas beschweren.

Eine gängige Kritik an der Arbeitstherapie bezieht sich auf die Art der Arbeiten, besonders auf die stumpfsinnigen Industrieaufträge. Hier sind die klassischen Strafarbeiten zu finden, wie sie wohl nur noch in Anstalten und Knästen von Hand gemacht werden: Tüten und Pappe kleben, Wäscheklammern und Kugelschreiber zusammenbauen, Knöpfe, Nadeln und andere Kleinteile in Dosen einzählen usw. Die Kritik, dies wäre nicht "therapeutisch", ist zwar öffentlichkeitswirksam, wenn man die Psychiatrie an ihrem vorgeblichen Anspruch von Hilfe und Persönlichkeitsentwicklung packt, geht aber an der Sache vorbei, denn diese Arbeit ist tatsächlich therapeutisch, Anpassungstherapie im eben beschriebenen Sinn. Und welches andere Therapieziel sollten sie mit Arbeit verfolgen?? Die Psychiatrie geht allerdings auf die öffentliche Kritik ein. Zunehmend werden auch "alternative" Arbeitsfelder erschlossen: biodynamischer Anbau, Biobäckereien, Fahrradwerkstätten usw. Und diese Alternativarbeit wird dann besonders gut funktionieren in Verbindung mit den Industrie- und Hausarbeiten, die dadurch ja nicht abgeschafft werden. So ist der individuelle Aufstieg noch besser in den Therapieplan eingebaut: Wer in der Biobäckerei nicht spurt, wer die alternative Selbstkontrolle noch nicht verinnerlicht hat und sich z.B. zusätzliche Pausen nimmt (Kriterium auf dem Beurteilungsbogen), der wird eben wieder abgeschoben in den Keller, Klammern machen...

Moderne Psychiatrie heute:

Die lautlose Vergiftung im psychiatrischen Spinnennetz

Die öffentliche Kritik gab auch insgesamt den Anstoß, die Modernisierung und Ausweitung der Psychiatrie, wie sie schon seit Mitte der 70er Jahre (Psychiatrie-Enquete der Bundesregierung) geplant war, in Gang zu setzen. Die breite Kritik richtete sich vor allem gegen die mittelalterlichen Zustände und barbarischen

Methoden in den alten Großanstalten, nicht gegen das Psychiatriesystem an sich. Ein guter Anlaß für die Psychiater, Geld für "Alternativeinrichtungen" locker zu machen und ihren Einfluszbereich noch zu vergrößern. Die Sozialpsychiater träumen schon seit langem von einem Netz von Ambulanzen, Tages- und Nachtkliniken, Kleinstheimen, Beratungsstellen und psychiatrisch-alternativen Ausbeutungsklitschen. Die Horrorvision vom totalen psychiatrischen Überwachungsstaat war sicher übertrieben. Es wird nicht hinter jedem von uns ein Blockpsychiater als moderner Blockwart mit der Spritze herlaufen. Gerade in den letzten Jahren wird häufiger wieder zur offenen Methode des Bullenknüppels gegriffen. Sozialtechnologie ist schließlich auch teuer. Dennoch läßt sich eine Ausweitung der Psychiatrie feststellen: mehr Leute kommen in irgendeiner Form mit ihr in Berührung, der Psychopharmakaverbrauch steigt (Jahresumsatz in der BRD rund 1 Milliarde Mark). Schon Schulkinder werden mit Psychopharmaka ruhiggestellt und lernfähig gemacht, danach können sie sie dann gleich weiter schlucken, um die Maloche oder das Hausfrauendasein zu ertragen. In den Tageskliniken, Ambulanzen und Arztpraxen werden sie gut versorgt - die Dealer sitzen überall.

Glaubt man der offiziellen Propaganda, so sieht es zunächst umgekehrt aus: angeblich gibt es weniger Zwangseinweisungen und Anstaltsinsassen. Dies sind jedoch plumpe Taschenspielertricks mit Zahlen und geschicktere Verschleierungen. Im Rheinland wurden z.B. die Zahlen der Anstaltsinsassen dadurch verkleinert, daß die früheren "Behindertenbereiche" in den Klapsen in "Heilpädagogische Heime" umbenannt und verwaltungstechnisch ausgegliedert wurden. Dieselben Insassen sitzen in denselben Gebäuden - zählen aber nicht mehr mit. Außerdem werden "chronische Fälle" aus den Großanstalten in kleine Heime abgeschoben. Sie werden dort genauso oder sogar noch schlimmer mit Medikamenten vollgepumpt und fertiggemacht - aber sie haben noch weniger Möglichkeiten, sich dagegen zu wehren, Kontakt zu Gruppen draußen aufzunehmen. (Und die Unterbringung ist in beiden Fällen billiger, die Pflegesätze niedriger). Die Zwangseinweisungen wurden dadurch reduziert, daß Eingewiesenen häufiger Formulare vorgelegt werden, in denen sie sich mit ihrer freiwilligen Aufnahme einverstanden erklären - selbstverständlich unter der Drohung, daß sie sowieso zwangseingewiesen werden, wenn sie nicht unterschreiben.

Schaut man sich genauer an, welche Leute in den sogenannten Alternativeinrichtungen behandelt werden, stellt man fest, daß die meisten von ihrer sozialen Stellung und Lebensbedingungen her besser dastehen als die LKH-Insassen. Die neuen Psychiatrien sind keine "Alternative" für die Anstaltsinsassen sondern größtenteils zusätzliche Einrichtungen für Leute, die ohne dieses "Angebot" ihre Probleme wahrscheinlich auch ohne Psychiater gelöst hätten. Die scheinbare Zwanglosigkeit der netten Therapeuten in der Müslipsychiatrie bricht schnell zusammen, wenn die "Klienten" zu laut und lästig werden und sich nicht an die therapeutischen Anweisungen halten wollen. Tageskliniken und Ambulanzen arbeiten oft eng mit den Klapsen zusammen und betreiben Zwangseinweisungen. Schon mancher, der solche "Hilfe" in Anspruch genommen hat, hat sich plötzlich in der Klappe wiedergefunden oder wurde mit dieser Drohung dazu gezwungen, sich jede Woche mit einer Depotspritze vollknallen zu lassen. Die alten Anstalten werden keinesfalls überflüssig, wie die Wortführer der Reformpsychiatrie früher getönt haben. Sie werden weiter als Drohknüppel gebraucht, um die "freiwilligen Patienten" zum Abholen ihrer gemeindenahen Depotspritze zu nötigen. Wenn hie und da eine Anstalt verkleinert oder geschlossen wird, ist das keine Reduzierung der Psychiatrie, sondern eine Umstellung und Verbilligung: mit demselben Aufwand an Geld und Personal, mit dem hunderttausend Menschen in Anstalten gefangengehalten werden, können gemeindenah Millionen mit der chemischen Zwangsjacke ruhiggestellt werden.

Der Mythos von der Hilfe

Die Psychiater haben schon immer versucht, ihre Foltermethoden als medizinische Hilfe auszugeben. Bei den klassischen Methoden wie Insulin-, Cardiazol- und Elektroschocks oder hirnochirurgischen Verstümmelungen konnte ihnen das noch nicht so recht gelingen. Diese Methoden waren zu offensichtlich barbarisch und zerstörerisch für die "Patienten". Seit der Entwicklung der Psychopharmaka sind sie einen großen Schritt weiter gekommen. Die Gewalt der chemischen Zwangsjacke ist weit weniger sichtbar.

Psychopharmaka sind Gifte. Sie zerstören den ganzen Körper und können tödlich sein (siehe P.Lehmann, Der chemische Knebel). Daß sie die angeblichen Krankheiten nicht heilen können, geben die Hersteller selbst zu. Die Firma Tropon schreibt z.B. über Psychopharmaka: "Die psychiatrischen Erkrankungen sind mit ihrer Hilfe wenn schon nicht heilbar, so aber doch lenkbarer geworden." Das ist genau der Sinn der Sache: Menschen lenkbar, gefügig und willenlos zu machen.

Psychopharmaka sind Mittel der präventiven Aufstandsbekämpfung. Statt gemeinsam gegen diejenigen vorzugehen, die dich zu dem beschissenen Leben hier zwingen und daran verdienen, rennst du vereinzelt zum Psychiater und läßt dich volldröhnen, läßt dir vielleicht noch einreden, du seist krank und müßtest jetzt zuallererst gegen deine eigene Krankheit kämpfen. Das ist die perfekte Art, Ruhe, Ordnung und Arbeit durchzusetzen: sie greifen nicht mehr gegen die Ausgebeuteten und Unterdrückten durch, sondern in sie ein.

BESCHWERDEZENTREN - 10 Jahre gegen die Psychiatrie

Im Laufe der Jahre hat es im BZ verschiedene Schwerpunkte gegeben: Aufdeckung von "Skandalen", Prozesse gegen Psychiater, Unterstützung von Insassen und Agitation gegen Psychopharmaka. Wir stellen diese Punkte hier der Übersichtlichkeit halber getrennt dar. Es sind jedoch keine abgeschlossenen, voneinander getrennten Phasen gewesen: auch heute wird noch ab und zu eine Station oder ein Büro besetzt, um bestimmte Vorfälle bekannt zu machen, und die Unterstützung von Insassen und Psychiatrisierten war von Anfang an eine der wichtigsten Aufgaben. Der Kampf des BZ lebte gerade davon, daß wir immer wieder Insassen getroffen haben, die sich unter härtesten Bedingungen mit unglaublichem Mut und Entschlossenheit gegen ihre Unterdrücker gewehrt haben - und das dann von außen weiter machten, wenn ihnen die Flucht zum SSK geglückt war.

"Menschen wie Vieh gehalten"

Die Skandalpolitik und ihre Grenzen

Die ersten Jahre des BZ waren bestimmt von den "großen Skandalen". 1977-79 wurden immer wieder Todesfälle in den Klapsen aufgedeckt. In Brauweiler waren Insassen mit Psychopharmaka vergiftet worden; in Düren von Pflegern totgeschlagen, in Zellen verbrannt, durch Psychogifte in den Selbstmord getrieben worden; in Bonn waren mehrere Menschen auf Alten- und Behindertenstationen elend verreckt. Auf diese "Mißstände" und die Leichen sprang die Presse gut an. Nach der Stationsbesetzung, mit der die Bonner Todesfälle bekanntgemacht wurden, erschienen bundesweit mehr als 150 Zeitungsartikel. Eine kleine Gruppe konnte so über die Mobilisierung der liberalen Empörung spektakuläre Erfolge erreichen: Das LKH Brauweiler und verschiedene Stationen in anderen LKHs mußten geschlossen werden, Klinikleitungen flogen aus ihren Sesseln, die Verantwortlichen feinen Herren kamen auf öffentlichen Veranstaltungen gegenüber Irren und abgerissenen Gestalten ins Stottern und wußten nicht mehr, wie sie sich rechtfertigen sollten. Ihre Versuche, diese lästige Gruppe mit Hilfe der Justiz mundtot zu machen, scheiterten zunächst kläglich. Den Strafantrag wegen der Bonner Stationsbesetzung zogen sie mitten im Prozeß zurück, weil ihnen die Einlassungen und Beweisanträge der Angeklagten zu gefährlich wurden, weil sie dadurch weitere Skandale befürchten mußten. In einem jahrelangen Rechtsstreit um ein Flugblatt zur Schließung von Brauweiler gingen sie ebenfalls baden. Dort wurde die Schließung als raffinierte Vertuschungsaktion beschrieben: "Die feinen Herren vom Kennedyufer in Köln haben den Skandal gemacht, um die Katastrophe zu vermeiden. Der Skandal ist, daß Menschen wie Vieh gehalten werden können, mit Dämpfungsmitteln vollgestopft. Wer bei diesem Drogenmißbrauch stirbt, wird sang- und klanglos unter die Erde geschafft. Die Katastrophe wäre, wenn die ganze Wahrheit ans Tageslicht käme. Brauweiler ist nicht ein einzelner Mißstand, denn in keinem LKH ist es anders als dort. Dieser Mißstand hat System. Dabei sterben ständig in den LKHs Menschen auf zwielfältige Art und Weise, aber die "Aufsicht" des LVR nimmt diese Toten hin." Der Versuch des LVR, diese Äußerungen verbieten zu lassen, wurde schließlich 1983, 5 Jahre später, vom OLG Köln zunichte gemacht (das Urteil hat uns allerdings auch nicht mehr viel genützt...).

Im BZ wurde die Psychiatrie schon bald als politische Frage diskutiert: Die Verhältnisse sind krank, nicht die Menschen; es geht nicht darum, gegen einzelne Mißstände anzurennen, es geht nicht um bessere oder schlechtere Behandlungsmethoden, es geht gegen das Psychiatriesystem als Repressions- und Aussonderungsapparat. Es war aber höchstens in Ansätzen möglich, diese grundsätzlichere Diskussion zu verbreitern. Häufiger stießen die Abschaffungsforderungen unter den Flugblättern auf Unverständnis. Zartbesaitete Sozialarbeiter und Psychoklempner haben sich immer wieder über diese Forderungen, die drastische Sprache und die "undifferenzierte" Kritik aufgeregt. Trotzdem waren die Erfolge der Anfangszeit dadurch möglich, daß die Aufdeckung und Anprangerung von Skan-

dalen gerade auch von solchen liberalen Kritikern und Reformern unterstützt wurde. Und darin liegt genau die Grenze dieser Politik. Auf der einen Seite erschöpft sich die Empörung über Skandale, wenn sie einmal bekannt sind und sich die Sensationsmeldungen nicht mehr ständig steigern. Wenn wir später mit Presse-Erklärungen zu Vorfällen in der Klappe ankamen, fragten uns die Redakteure enttäuscht, ob denn diesmal keiner daran gestorben wäre - und schrieber nichts mehr darüber. Auf der anderen Seite haben die Betreiber der Psychiatrie die Flucht nach vorn ergriffen. Nachdem die Verhältnisse hinter den Mauern nicht mehr zu vertuschen waren, fingen sie selbst an, von "System" zu reden, um ihre Unschuld zu beweisen, und das Elend öffentlich zu machen, um so mehr Geld für den Ausbau ihres Machtapparats zu bekommen. Zum Beispiel Klaus Dörner, einer der Wortführer der Sozialpsychiatrie: Als der SSK 1979 auf einer Psychiatertagung die Ermordung von zwei Insassen im LKH Düren zur Sprache brachte, konterte er mit der Bemerkung "Ich könnte sie den ganzen Abend und noch eine Nacht lang unterhalten, an wie vielen Todesfällen ich beteiligt war." Er gehört auch zu denjenigen, die in den letzten Jahren gerne Vergangenheitsbewältigung betreiben. In Veranstaltungen zur Psychiatrie im Faschismus beklagen sie die damalige planmäßige Vernichtung der Irren, geben zerknirscht zu, daß sie in dieser Tradition stehen und eine schwere Hypothek zu tragen haben, bekennen sich zur Gewalt, die sie in ihren Anstalten ausüben (garniert mit einigem Psychogefasel über die Gewaltbereitschaft gegenüber unlöslichen Problemen, die in uns allen steckt) - und benutzen das alles als Argument, die Politiker aufzufordern, ihnen noch mehr gemeindenaher Psychiatrie zur Verfügung zu stellen. Letztes Jahr gingen die Klinikchefs von Baden-Württemberg an die Öffentlichkeit. Sie selbst beschreiben jetzt das Elend in ihren Anstalten, die Verwahrung, das Abspritzen und Fesseln. Während die rheinischen Psychiater in den ersten Auseinandersetzungen mit dem SSK noch versuchten, Fesselung als medizinisch notwendige Maßnahme darzustellen, haben diese Psychiater jetzt erkannt, daß die Veröffentlichung der Gewalt ein Weg sein kann, um mehr Geld für Personal und die weitere Zementierung des Anstaltssystems in neuen Beton zu bekommen.

In den ersten Jahren haben wir vielleicht selbst zu oft auf solche internen Erklärungen wie Personalmangel, fehlende Kontrolle usw. zurückgegriffen. Da wir immer wieder mit dem LVR als Träger aller rheinischen Anstalten konfrontiert waren, haben wir uns näher mit dieser merkwürdigen Institution beschäftigt und festgestellt, daß dieses Relikt der preußischen Provinzialverwaltung noch nicht mal den hier gängigen demokratischen Spielregeln entspricht, die fehlende öffentliche Kontrolle noch besser verankert ist als in anderen Bereichen. Die Forderung nach Abschaffung des LVR ist jedoch nichts anderes als die Forderung nach einer besseren, "demokratisch kontrollierten" Psychiatrie - und das war eigentlich nicht gemeint. Ebenso problematisch sind sicher Forderungen nach "Sofortmaßnahmen" oder "Durchsetzung der Menschenrechte in der Psychiatrie". Der Hintergrund war zum einen die Hektik der sich überschlagenden Skandale: um die erfolgsversprechende Mobilisierung der Öffentlichkeit weiter zu treiben, waren immanente und moralische Argumentationen sicher besser geeignet als allgemeine Ausführungen über's System (die zwar auch oft genug gemacht, aber eben nicht weiter beachtet wurden). Außerdem mußten wir unsere Aktionen öfters vor Gericht verteidigen, und auch dort waren konkrete Beweise für Mißhandlungen und konkrete Ziele notwendig, um den LVR zum Rückzieher zu zwingen oder eine Einstellung rauszukriegen. Zum anderen waren die Aktionen gegen die Psychiatrie auch auf unserer Seite von Empörung und Wut getragen; Empörung bei denjenigen, die zum ersten mal erfuhren, welche Gewalt hinter den Mauern herrscht und die Wut der vielen Insassen, die sich von drinnen oder nach gelungener Flucht von draußen beteiligten. Es wurde viel über konkrete Vorfälle, über den Alltag in der Klappe und über die Funktion von bestimmten Maßnahmen und Institutionen diskutiert - um erstmal zu kapieren, wie dieses System im Kleinen funktioniert. Die Wut der Psychiatrisierten auf ganz konkrete Unterdrücker und Unterdrückungsmaßnahmen hat die Stärke in diesem Kampf ausgemacht. Die Aktionen wurden oft sehr schnell und spontan geplant und durchgeführt, mit wesentlich größerer Überzeugung als heute: mit der Hoffnung jetzt endlich mal zurückschlagen und gegen die Macht der Ärzte und Bürokraten wirklich etwas erreichen zu können. (Von diesem Elan ist nicht mehr viel zu spüren, wenn heute Stationsbesetzungen geplant werden. Nicht-aufgeben-wollen statt Aufbruchsstimmung: da wird erstmal lange nach einem Termin gesucht, an dem man diese lästige Pflicht zwischen allen anderen Notwendigkeiten erfüllen kann...).

"Die wahren Schuldigen"

Das BZ versteht sich als Initiative für und von Psychiatrisierten gegen die Psychiatrie. Mitarbeiten kann jeder, der sich auf die Seite der Insassen stellt (anders als z.B. bei der Berliner Irrenoffensive, in der nur Psychiatrisierte Mitglied werden können). Außer den SSK-Gruppen haben sich am BZ vor allem StudentInnen (Sozialarbeit, Psychologie u.ä.) beteiligt, die zum Teil selbst vor hatten, später in der Psychiatrie (bzw. ihren Randbereichen) zu arbeiten. Durch das, was sie im BZ mitbekommen haben, sind viele mit ihren Berufsvorstellungen in ziemliche Widersprüche geraten, und haben sie schließlich aufgegeben - weil sie gesehen haben, daß dieser Repressionsapparat nicht von innen her, aus der Position des Mitarbeiters, abgeschafft werden kann oder weil sie in Praktika und kurzfristigen Jobs die Erfahrung machen mußten, daß sie dort mehr sich selbst verändert haben als die Verhältnisse. (Andere lösten den Widerspruch dadurch, daß sie sich im BZ nicht mehr blicken ließen).

Da die Psychiatrie wie jedes System nur über die Menschen funktioniert, die dort arbeiten und mitspielen, wurden sie vom BZ immer für ihr Handeln verantwortlich gemacht. Ärzte und Pfleger, die sich besonders durch Gewaltmaßnahmen hervortaten, wurden in Flugblättern namentlich angegriffen und angezeigt. Es gab immer auch Mitarbeiter, die die Arbeit des BZ unterstützt haben, indem sie Informationen rausgaben oder den Kontakt zu Insassen ermöglichten. In Einzelfällen haben wir wiederum Mitarbeiter unterstützt, die vom LVR fertiggemacht wurden, weil sie sich für Insassen eingesetzt oder mit uns zusammengearbeitet hatten. Ein gemeinsamer Kampf war jedoch aufgrund der unterschiedlichen Ziele - Reformieren oder Abschaffen - kaum möglich. Mit den Mitarbeiterorganisationen (DGSP und ÖTV) bestanden ständig Differenzen, sowohl über die Ziele als auch über die Frage, wie weit die Menschen in diesem System verantwortlich gemacht werden müssen.

Die ersten Anzeigen wurden gegen besonders brutale Pfleger geschrieben, die Insassen zusammengeschlagen hatten. Schon bald kam dann die Diskussion auf, daß wir damit immer nur die kleinen Unterdrücker am letzten Ende der Hierarchie treffen, die selbst unter miesesten Bedingungen arbeiten (was sie aber nicht aus der Verantwortung entläßt), während die Ärzte und Schreibtischtäter, die sich an den Anstalten eine goldene Nase verdienen, unbehelligt bleiben. Es wurde daraufhin versucht, auch diese "wahren Schuldigen" vor Gericht zu bringen und zur Rechenschaft zu ziehen.

Es ist schon ein ziemlich absurdes Unterfangen, ausgerechnet die Justiz gegen die Psychiatrie zu Hilfe zu rufen. Kein Wunder, daß das BZ in diesen Fällen ständig die Funktion der Staatsanwaltschaft übernehmen und die Ermittlungen selbst führen mußte. Die Justiz stellte die Verfahren immer wieder ein und gab den Verantwortlichen reichlich Gelegenheit, Akten und Beweismittel verschwinden zu lassen oder Zeugen unter Druck zu setzen. Schließlich ist es bei einigen Prügelpflegern und den Ärzten und dem Klinikchef von Brauweiler gelungen, sie auf die Anklagebank zu bringen. Und sie wurden sogar verurteilt. Daß der Chefpsychiater Stockhausen 1981 für Todesfälle in seiner Klinik 2 Jahre (auf Bewährung) bekam, war schon außergewöhnlich. Die Urteile im Brauweiler-Prozeß hatten Signalwirkung und konnten in der Folgezeit von vielen Insassen benutzt werden. Vorher waren Psychiater selbstverständlich davon ausgegangen, daß das Strafrecht für sie nicht gilt, wenn sie Insassen fertig machen. Nachdem nun ihre Kollegen verurteilt worden waren, wurden manche Ärzte vorsichtiger: wenn Insassen ihnen damit drohten, sich ans BZ zu wenden und Anzeigen zu machen, ließen sie öfters von Zwangsmaßnahmen ab. Und mehr als die Eindämmung der schlimmsten Körperverletzungen, die nicht mehr durch Gesetze gedeckt sind, ist mit der Justiz gegen die Psychiatrie auch nicht zu erreichen. Es werden zwar immer noch Anzeigen als Druckmittel geschrieben und ab und zu der Justiz mit Aktionen klargemacht, daß sie solche Anzeigen nicht einfach in der Schublade verschwinden lassen kann. Nach den großen Ärzteprozessen war aber auch klar, daß sich ein solcher Aufwand für uns kein zweites mal lohnt.

Wehrt Euch

Entwaffnet die Psychiater!

Die wichtigste Aufgabe des BZ ist es, Psychiatrisierte zu unterstützen, die sich gegen Gefangenschaft, Psychodrogen, Zwangsmaßnahmen und Ausbeutung wehren. Meistens wenden sich einzelne Insassen aus LKHs oder Heimen ans BZ. Manchmal ist es gelungen, den Widerstand zu verbreitern, sodaß mehrere Insassen gemeinsam vorgehen. Nachdem es mit der "Skandalmobilisierung" vorbei war, haben wir als einzig mögliche Perspektive den Widerstand von drinnen gesehen, in den Anstalten, Heimen und gemeindenahen Einrichtungen und vor allem gegen die här-

teste Waffe der Psychiater, die Psychopharmaka. Von der Patientenfront haben wir die Idee der Nicht-Einverständnis-Erklärung übernommen: die Insassen übergeben dem Arzt eine Erklärung, daß sie mit der Medikamentenbehandlung nicht einverstanden sind und weisen ihn darin darauf hin, daß er sich der Körperverletzung strafbar macht, wenn er ihnen gegen ihren schriftlich erklärten Willen Psychopharmaka gibt. Diese Erklärungen sind zusammen mit Informationen über die Psychogifte häufig in den Klapsen verteilt worden. Viele Insassen haben sie unterschrieben. Zu einem breiteren Medikamentenstreik ist es zwar noch nicht gekommen. Viele konnten sich so aber gegen die Vergiftung durchsetzen oder wurden sogar plötzlich entlassen, weil den Psychiatern diese Verweigerer zu unbequem wurden, weil sie eine Verbreiterung des Widerstands gegen die Dämpfungsmittel befürchteten.

Diese Kampagne hat jedoch auch die Schwäche des BZ gezeigt. Ohne eine breite Mobilisierung im Rücken ist es für eine so kleine Gruppe schwer, Insassen wirksam zu unterstützen oder überhaupt in die Klapsen reinzukommen. Die Besuchs-, Haus-, Stations-, Geländeverbote und Hausfriedensbruchanzeigen können wir inzwischen kaum noch zählen. Überall dort, wo sich Widerstand regt, versuchen sie, den Kontakt nach draußen zu verhindern - um die Internierten dann um so besser fertigmachen zu können. Manche Insassen mußten ihren Widerstand bald wieder aufgeben: weil sie isoliert dastanden und wir nicht mehr in der Lage waren, von außen wirklich Druck zu machen. Die Hausfriedensbruchprozesse sind oft genug Kabarettstücke und enden mit Einstellung oder sogar Freispruch; manche generellen Geländeverbote wurden vom Gericht für unzulässig erklärt. Trotzdem ist es ihnen damit gelungen, die Abschottung wieder dichter zu machen, uns mit nervenden Prozessen beschäftigt zu halten und die Gefangenen wieder mehr zu isolieren. Wenn mal wieder ein Streifenwagen reicht, um uns vom Gelände zu scheuchen, können wir nur davon träumen, mit 3000 Leuten wiederzukommen und die Mauern einzureißen...

Die Modernisierung und Differenzierung der Psychiatrie hat den Widerstand dagegen noch in anderer Hinsicht schwieriger gemacht. Sie haben heute mehr Möglichkeiten als früher, die Ruhe in den Anstalten durch Abschiebung von Einzelnen in andere Einrichtungen aufrechtzuerhalten. Die Abschiebeheime sind noch besser abgeschottet als die Großanstalten. Während man sich in einem LKH-Gelände trotz Hausverbot noch ganz gut bewegen kann, ist es fast unmöglich, Leute in den "Waldesruh-" und "Abendfrieden"-Heimen zu besuchen - man fällt in dieser Friedhofsruhe schon auf, wenn man sich nur auf 100 Meter einem solchen Heim nähert. Außerdem ist es bei der Vereinzelung und den Entfernungen kaum noch möglich, überall die Kontakte zu halten und auch noch Unterstützung zu organisieren.

Mit der neuen verstreuten "Alternativpsychiatrie" haben wir noch wenig Erfahrung, und wenn, dann indirekt: durch Leute, die von dortaus in die Klapse eingewiesen wurden. Es war sicher ein Fehler, diesen Bereich so lange außer Acht zu lassen und sich nur weiter auf die alten Klapsen zu konzentrieren - was jetzt geändert werden soll. Allerdings wird es sicher sehr schwierig sein, dort Widerstand zu organisieren, nicht nur wegen der verstreuten Lage, sondern auch wegen der Situation in den Einrichtungen. "Freiwillige Patienten", die auf die Hilfe ihres Psychiaters schwören, unsichtbarer Zwang oder direkte Gewalt und Zwangseinweisungen gegen die rebellischsten Irren - einheitliche Interessen und gemeinsames Vorgehen sind da noch weniger gegeben als auf einer LKH-Station. Trotzdem ist es gerade in diesen Bereichen notwendig, die Diskussion um die Funktion der Psychiatrie in Gang zu bringen und der massenhaften Ruhigstellung durch Psychodrogen etwas entgegenzusetzen.

Ob das gelingen kann, hängt aber nicht allein vom Willen der übriggebliebenen Anti-Psychiatrie-KämpferInnen ab. Der Kampf gegen Repression steht immer im Zusammenhang mit anderen Bewegungen, mit der Stärke des Klassenkampfes. Die "Demokratische Psychiatrie" in Italien, deren Bewegung in den 70er Jahren zum bewunderten Vorbild wurde, wird von den Reformern hier gerne als Modell mißverstanden. Sie schauen sich an, wie die Einrichtungen dort organisiert sind um Ähnliches aufzubauen und als fortschrittlich zu verkaufen. Das fortschrittliche an dieser Bewegung ist aber nicht das Ergebnis, sind nicht die heutigen Einrichtungen, sondern es war der Kampf selbst, der als antiinstitutioneller Kampf geführt wurde und letztlich die Abschaffung der Psychiatrie zum Ziel hatte. Nicht zufällig entstand diese Bewegung in einer Zeit des starken Klassenkampfes in Italien, in der in den Fabriken und Vierteln gekämpft wurde. Mit dem Niedergang des Klassenkampfes blieb auch die Anti-Psychiatrie-Bewegung stecken und erstarrte in neuen Institutionen.

Wieweit die Macht der Psychiater, die lautlose Aufstandsbekämpfung durch Psychodrogen, bekämpft werden kann, hängt davon ab, wieweit es insgesamt gelingt, die eigenen Interessen wieder in die eigene Hand zu nehmen und durchzusetzen. Dann werden nicht nur weniger Menschen den unerträglichen Verhältnissen durch Pillen entfliehen, sondern es wird auch weniger leicht gelingen, einzelne die sich wehren für verrückt zu erklären und auszusondern. Um bei den obigen Beispielen zu bleiben: Statt zu Zwangseinweisungen hätten die Auseinandersetzungen auf dem Sozialamt und mit dem Chef ja auch dazu führen können, daß alle Sozialhilfeempfänger zusammen dem Sachbearbeiter Druck machen, und daß die ganze Abteilung streikt...

L 455112/1



"Zum zweiten fanden wir interessant, wie das Kapital das Gesundheitswesen zur Fabrik macht und die ArbeiterInnen dann auch entsprechend kämpfen." WC 43
Der weitestgehende Schritt zur Fabrik wurde in den USA 1983 mit der Etablierung der DRG (Diagnosis Related Groups) voll zogen. DRG sind "Fallpauschalen, (Sie) stellen ein Klassifikationssystem dar, das Patienten bei der stationären Aufnahme, je nach Diagnose, in bestimmte Diagnosegruppen einordnet....ein prospektives Vergütungssystem...das eine im vornhinein festgelegte Pauschale pro Diagnosegruppe zusichert."

"Wird der Patient vor Ausschöpfung dieser Summe entlassen, kann das Krankenhaus die Differenz einbehalten." Also auch entsprechend Profit aus dem Verkauf der Ware "Gesundheit" ziehen, denn "dieses System sieht Krankenhäuser als Multiproduktbetriebe deren 'Produktion' die Anzahl und Art der behandelten Patienten ist."

Zudem "zwingt es die Krankenhausleitung sich an marktwirtschaftlichen Prinzipien zu orientieren....Diese Management-Behandlungsstrategie bewirkt sowohl die Verkürzung der Verweildauer als auch den Rückgang der Belegungsrate, erhöht aber die Pflegeintensität." Daher "bedarf es nicht weniger, sondern zumindest einer ähnlichen und unter Umständen sogar einer höheren Anzahl qualifizierter Vollschwester." Aber so einfach gibt's nicht mehr Planstellen oder gar besetzte Planstellen, "aufgrund der reduzierten Belegung ist es für die Krankenhausverwaltung wirtschaftlich gesehen naheliegend den Pflegesektor kritisch zu überprüfen." Nun das Ziel ist die erhöhte Pflegeintensität mit höherer Arbeitsintensität aufzufangen. "Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg des Pflegedienstes ist der rationelle Einsatz von Personen, Zeit und Material."

"Der neue wirtschaftliche Hintergrund bestimmt den temporären Einsatz von Pflegenden auf einer Nachbarstation." Und überhaupt "Dienstpläne werden nach tatsächlichem Bedarf und nicht nach persönlicher Vorliebe erstellt." Und damit's jeder begreift "wird den Pflegenden die wirtschaftliche Bedeutung von Fehlzeiten erläutert." Weil mit Erläuterungen nicht viel zu holen ist, wird das Projekt arbeitswissenschaftlich abgesichert.

Gerade die viel diskutierte Einführung von Pflegeprozeß und Pflegedokumentation kommt hier zu ihrer vollen Entfaltung. "Die Pflegedokumentation bildet die unverzichtbare Datenbasis für eine realistische Pflegeadministration." Denn "auf den aus der Pflegedokumentation gewonnenen Daten basiert der Produktivitäts- und Qualitätsnachweis....Die von der Basis der Pflegearbeit stammenden Daten bilden die Grundlage für die Managemententscheidungen der Pflegedienstleitungen....um den Personal- und Mehraufwand den veränderten Situationen wirtschaftlich effizient angleichen zu können." Und endlich ist es möglich "die Arbeit der Pflege für die Gesamtproduktion des Krankenhauses darzustellen." Aber der Produktivitätsnachweis macht keine Aussage über die Pflegequalität." Schließlich soll nicht nur die Produktivität sondern auch die Qualität kontrolliert werden.

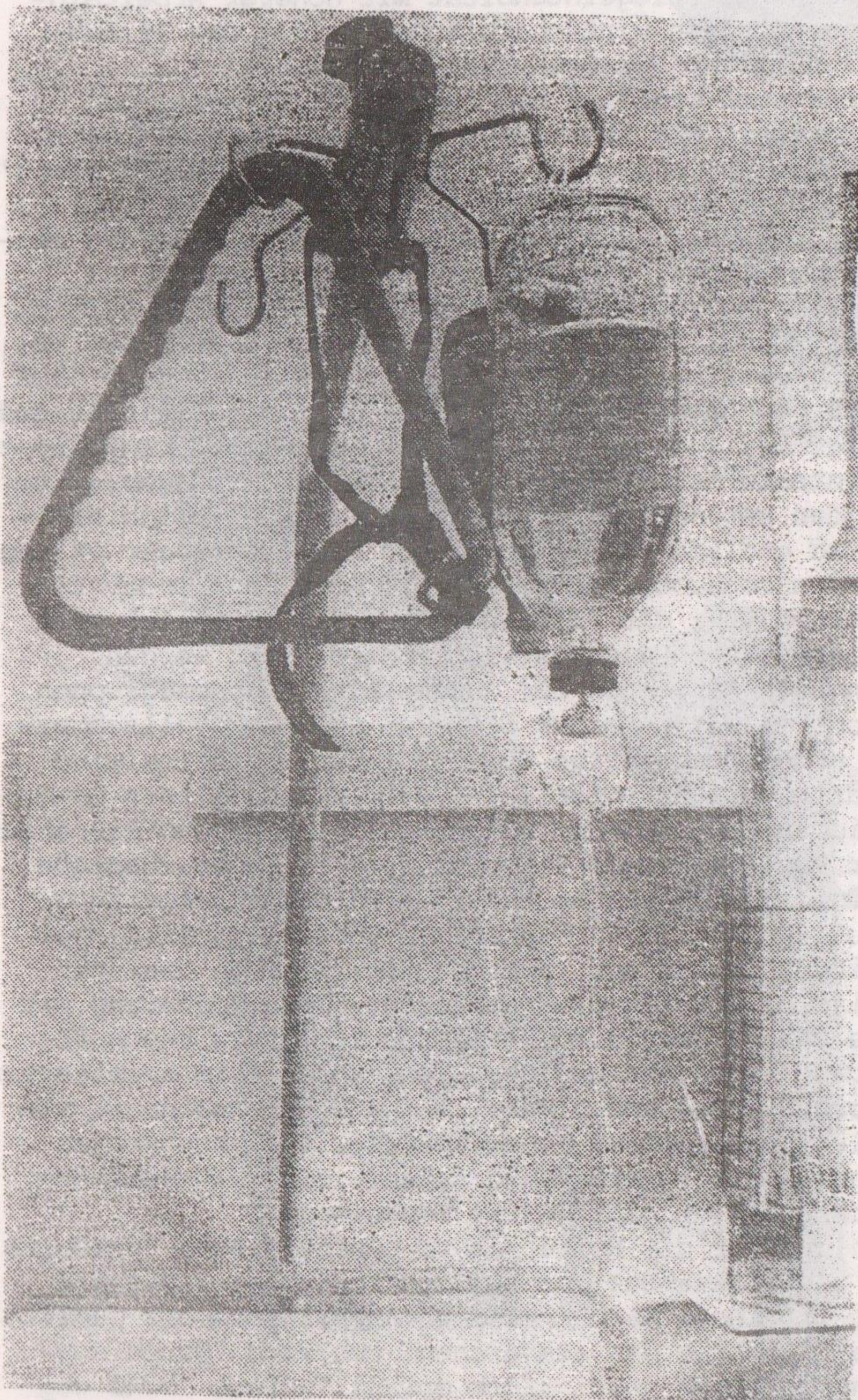
"Allgemein wird nach Entlassung der Patienten für ausgewählte Diagnosegruppen ein Pflege-Audit, eine Pflegekontrolle, von einer dafür delegierten Vollschwestergruppe vorgenommen....Das hundertprozentige Erreichen der Kriterien wird angestrebt. Diejenigen Krankenakten, die darunterliegen, werden detailliert untersucht. Je nach Ursachen der Nichterreichung der Pflegekriterien werden Maßnahmen oder Fortbildungsprogramme zur Mängelbehebung eingeleitet." Eine unverhohlene Drohung. Aber "die vielschichtigen Veränderungen kann die Pflegedienstleitung allein nicht bewältigen. Sie muß daher alle in der Pflege Tätigen mobilisieren und sie durch Aufklärungsarbeit emotional und rational für die neue Realität sensibilisieren." Und "dabei ist es wichtig, die berufliche Herausforderung der einzelnen sowie die kollektive Chance der Pflegenden, produktiv am wirtschaftlichen Erfolg des Pflegedienstes im engeren und des Krankenhauses im erweiterten Sinn mitwirken zu können, hervorzuheben." Und dazu wird "jede Pflegeeinheit von der Verwaltung als Kostenstelle (cost centre) eingerichtet....Leistungserfassungslisten, (die den) Leistungsstand...monetär ausdrücken....sind...unentbehrliche Instrumente für ein wirtschaftlich effizientes Management."

Und auch den Patienten fällt nicht nur die Rolle des zu bearbeitenden 'Produkts' zu, "zufriedene Patienten sind die wirksamste und billigste Werbung." Deshalb sollen die ArbeiterInnen "sich mit ihrem Krankenhaus identifizieren, das Qualität zu bieten und zu vermarkten hat." Ob sie das ausreichend tun, wird "durch Auswertung der Patientenzufriedenheitsbögen statistisch erfaßt." Diese "sind wegweisend für korrigierendes Handeln."

Soweit zu den Auswirkungen der DRG in der Klinik, aber "Folge ist, daß Patienten schneller und kränker als früher entlassen werden. So kommt es relativ häufig vor, daß nach Entlassung aus dem Krankenhaus große Wunden behandelt, multiple Dekubiti versorgt, Ernährung per Magen- oder Gastrotomiesonde fortgeführt, Tracheostomien abgesaugt und Infusionen... überwacht und ausgewechselt werden müssen." Aber damit läßt sich der Profit durch den Patienten nur vergrößern, denn "die Zahl der Hauspflegeagenturen (ist) von 1984 auf 1985 um 25% gestiegen". Die Gruppe der "Proprietary Agenturen, die gewinnstrebt betrieben werden", hat bei 5343 Agenturen 1985 einen Anteil von fast 20%.

Nachdem das DRG-System in den USA die erhofften Profite realisierte, ist der Beitrag aus dem, schon wegen der Sprache, die jeden Mythos des humanen Krankenhauses zerstört, zitiert wurde, nur einer von vielen, die diskutieren, auf welche Weise leistungs- und produktivitätsbezogene Bezahlung in bundesdeutschen Kliniken einzuführen ist. Neben einigen Modellversuchen wird empfohlen das System erst langsam für einige Diagnosen, einige Leistungen, einige Kliniken einzuführen um es so den Erfordernissen anzupassen. Dafür ist mit Sicherheit auch eine Neustrukturierung der Gesundheitsindustrie notwendig, z.B. die Ausweitung der ambulanten Krankenpflege, die in der BRD noch nicht mit der der USA zu vergleichen ist.

(alle Zitate aus "Die Schwester Der Pfleger" 2/88)



ZU DEN AUSEINANDERSETZUNGEN IM BRITISCHEN GESUNDHEITSESEKTOR

Februar '88

Weil es keinen umfassenden Bericht und keine Analyse der Auseinandersetzungen im Gesundheitssektor gibt (trotz breiter Berichterstattung in der Presse) habe ich versucht, hier Fakten und die Ansichten von Krankenschwestern und anderen GesundheitsarbeiterInnen, mit denen ich gesprochen habe, zusammenzufassen. Die derzeitigen Auseinandersetzungen im britischen Gesundheitssektor bewegen sich um zwei Streitfragen: Löhne und Kürzungen. Für die GesundheitsarbeiterInnen sind diese beiden Punkte offensichtlich miteinander verbunden - weniger Geld für den NHS (Staatliche Gesundheitsbehörde) heißt mehr Arbeit und schlechtere Versorgung, weniger ArbeiterInnen. Trotzdem glauben viele, daß das Problem nicht nur darin liegt, daß der NHS mehr Geld braucht, sondern daß auch sein Management völlig umorganisiert werden muß, um die Ausgaben neu zu bestimmen. Die Regierung ließ schon vor ein paar Jahren eine Studie zur Managementstruktur des NHS anfertigen, hat aber keine der damaligen Empfehlungen tatsächlich umgesetzt. Viele Leute glauben, daß "mehr Geld für den NHS" gleichbedeutend ist mit "mehr Geld für die Ärzte" und nicht mehr Geld für die Versorgung der Mehrheit der Patienten, von denen die meisten ambulant versorgt werden.

Derzeit gehen 70% des Gesundheits-Budgets an die Krankenhäuser, die 3% der Versorgung der Patienten leisten. Die ambulante ärztliche Versorgung in den Gemeinden ("community care") bekommt etwa 25% des Budgets, obwohl sie den größten Teil der Gesundheitsversorgung abwickelt, Gesundheitsvorsorge (health promotion) bekommt 0,04%. Die Ärzte sind die Mächtigen im Gesundheitssektor und sie kriegen das Geld. Der größte Teil der 25% für die ambulante ärztliche Versorgung geht an die Praktischen Ärzte, die das Geld für jeden verbuchten Patienten bekommen; und ein großer Anteil des Budgets geht für teure Hi-Tech Prestige-Operationen drauf. Nicht für normale Operationen, wie sie viele Leute bräuchten. Ein kürzlich erstellter Ärztebericht zeigte, daß Ärzte tatsächlich mit Patienten experimentiert haben, die schon bevor sie in den OP kamen, keine Chance zu überleben hatten. Derselbe Bericht deckte auf, daß im letzten Jahr 1000 Leute wegen nachlässiger Versorgung gestorben sind - wo sonst könnten 1000 umgebracht werden, ohne daß eine Untersuchung durchgeführt würde?

Der Gesundheitserziehungsrat (health education council), der unabhängig und damit in der Lage war, kritische Berichte zu veröffentlichen, wurde aufgelöst und durch eine Gesundheitserziehungsbehörde (health education authority) ersetzt, die direkt der Regierung unterstellt ist. Ein kritischer Bericht zu den Ernährungsgewohnheiten der Briten durfte nicht veröffentlicht werden.

Die GesundheitsarbeiterInnen brauchen nicht nur Lohnerhöhungen, sie brauchen eine bessere Lohnstruktur - derzeit bekommen sie ihr Gehalt nicht entsprechend ihrer Qualifikation (obwohl sie alle drei Jahre dem U.K. Central Council gegenüber nachweisen müssen, daß sie ihr Wissen ständig auf dem neuesten Stand halten, um weiterhin als Krankenschwester zugelassen zu bleiben) und sie können ihre Bezahlung nicht über die einer Stationschwester verbessern, ohne ins Management aufzusteigen. Viele GesundheitsarbeiterInnen sind von Leiharbeitsfirmen angestellt (wie auch Träger und Reinigungspersonal) diese ArbeiterInnen verdienen weniger als die direkt Angestellten (wenn man dazurechnet, daß sie weniger Kranken- noch Urlaubsgeld bekommen), aber sie flexible Arbeitszeiten, was vielen Arbeiterinnen mit Kindern entgegenkommt - der NHS sollte Verträge mit flexiblen Arbeitszeiten. In vielen Krankenhäusern kommt schon die Mehrheit der ArbeiterInnen von Leiharbeitsfirmen. Sie können jede Schicht auf einer anderen Station eingesetzt werden, so daß "Unregelmäßigkeiten" auftauchen, weil die Instrumente von einer Woche zur anderen nicht geprüft und saubergemacht worden sind. Es gibt keine regelmäßige Versorgung der Patienten.

Fünf Gewerkschaften sind an der derzeitigen Auseinandersetzung beteiligt. Die größte ist die "Royal College of Nursing" (RCN) mit 268 000 Mitgliedern; sie hat ein Übereinkommen unterschrieben, in der sie auf Streik verzichtet - in einer Abstimmung vor vier Jahren unterstützten 90% ihrer Mitglieder diese Politik. Es gibt Stimmen, die eine neue Abstimmung fordern, aber es ist unwahrscheinlich, daß damit das Übereinkommen niedergestimmt würde. Denn die Mehrheit der RCN-Mitglieder arbeitet nicht in London, der Hochburg der Militanz (die Regierung weigert sich, das Fünfeinhalb-Prozent-Angebot für die Londonzulage (London Weighting) aufzustocken - diese Zulage zum Ausgleich der höheren Lebenshaltungskosten in London macht nur lächerliche 70 Pence pro Woche aus).

Die RCN hat den Ruf, ihre Mitglieder in beruflichen Fragen sehr gut zu betreuen, anders als die anderen beiden wichtigen Gewerkschaften National Union of Public Employees (NUPE) und Confederation of Public Health Service Employees (COHSE), die mehr daran interessiert sind, die Fahne der Labour Party zu schwenken und die Politik der konservativen Regierung zu kritisieren, als die Interessen der GesundheitsarbeiterInnen zu vertreten. COHSE ist mit 120 000 Mitgliedern die zweitgrößte der in dieser Auseinandersetzung engagierten Gewerkschaften, NUPE die drittgrößte. Die letzten beiden Gewerkschaften sind die Royal College of Midwives (RCM) und die Health Visitors Association (HVA), die beide bisher öffentlich nicht groß in Erscheinung getreten sind. Die RCM hat ebenfalls ein Streikverzichts-Übereinkommen.

Der RCN geht es in dieser Auseinandersetzung hauptsächlich um Löhne, weniger um den Kampf gegen die "Kürzungen". COHSE und NUPE nutzen die Sympathien in der Öffentlichkeit, die die GesundheitsarbeiterInnen wegen ihrer niedrigen Löhne haben, und stellen das Image der Krankenschwestern als "Engel" und "Heilige" heraus, keine normalen ArbeiterInnen. Damit wollen sie Unterstützung für ihre Kampagne gegen die Regierung gewinnen. Viele GesundheitsarbeiterInnen sind darüber wütend und glauben, daß sie größere Chancen auf höhere Löhne hätten, wenn sie einen reinen Lohnkampf führen würden, wie es zum Beispiel die Feuerwehrleute 1978 erfolgreich taten. Sie glauben, daß die Frage der Kürzungen die Kampagne konfus macht und daß ihre Darstellung als Engel sie bevormundet. Derzeit verdient ein Krankenschwester 5 100 Pfund im Jahr (ca. 15 000 DM). Eine Stationsschwester 9 500 Pfund (ca. 27 000 DM). Deswegen müssen viele GesundheitsarbeiterInnen nebenbei schwarz arbeiten, um einen vernünftigen Lebensstandard halten zu können. Praktische Ärzte verdienen ungefähr 33 000 Pfund (ca. 95 000 DM), was allerdings nur ein Drittel des Einkommens eines Arztes in den Vereinigten Staaten darstellt.

Ziel der Regierung ist es, den "alten" Gewerkschaftstypus von NUPE und COHSE zu beseitigen und einen neuen, pragmatischeren Typus zu schaffen, der den ganzen Sektor umspannt (Übersetzung unklar), und auf der RCN mit ihrem Streikverzichts-Abkommen aufbaut. Aber wenn schon der TUC (Gewerkschaftsdachverband) einen Bericht veröffentlicht, der sich für Aktienbesitz und Privatisierungsprogramme für die britische Industrie (er nennt es "soziales Eigentum") ausspricht, scheint dies nicht mehr notwendig zu sein - auch wenn es dazu dienen würde, die GesundheitsarbeiterInnen weiter von den ArbeiterInnen in den anderen Industrien zu isolieren. Viele GesundheitsarbeiterInnen sind nicht bereit zu streiken, weil sie wissen, daß die Gesundheitsversorgung ohne sie nicht aufrechterhalten werden könnte und die Patienten darunter leiden würden. Die Regierung könnte wohl kaum die Armee einsetzen, wie während des Bergarbeiter- und Feuerwehrleute-Streiks. Die GesundheitsarbeiterInnen werden damit erpreßt, daß sie sich persönlich für die Versorgung der Patienten verantwortlich fühlen, aber gerade weil sie sich verantwortlich fühlen, sind viele jetzt bereit zu streiken. Die RCN hat sich oft gegen Streik ausgesprochen und zum Beispiel darauf hingewiesen, wie viele Patienten als Ergebnis eines GesundheitsarbeiterInnen-Streiks in Belgien starben (der erfolgreich war und eine erhebliche Lohnsteigerung durchsetzte). Mensch fragt sich bloß, wie viele Patienten in Zukunft sterben werden, weil GesundheitsarbeiterInnen ihren Beruf wegen skandalös niedrigen Löhnen und unflexiblen Arbeitsbedingungen aufgeben müssen, die nicht ersetzt werden können, weil außerdem die Anwerbungsraten bei PflegeschülerInnen dramatisch sinkt. Die RCN hat ihre Mitglieder angewiesen, Streikposten zu passieren und während der Serie von 24-Stunden-Streiks, die im ganzen Land geplant waren, normal zu arbeiten. Einige GesundheitsarbeiterInnen sind

zu anderen Gewerkschaften übergelaufen, und einige haben das Streikverbot mißachtet und damit riskiert, daß sie aus dem Krankenschwester-Register gestrichen werden.

Am 3. Februar, dem Londoner Aktionstag, behauptete Trevor Clay, Generalsekretär der RCN, daß nur 200 ausgebildete Krankenschwestern beteiligt gewesen wären, während sich die Schätzungen von NUPE auf 2500 Streikende und 6000 anderweitig Beteiligte beliefen. Alles zusammen waren allein in London 42 Krankenhäuser vom Streik betroffen. John Moore, der Minister für Soziales, behauptete daß es überhaupt keine Streikaktionen gegeben hätte. Es gibt kaum Informationen darüber, was der Streik außerhalb Londons bewirkt hat, aber in J im Nordwesten Englands ist ein 24-stündiger Streik für den 17. Februar geplant, die schottischen Gewerkschaften rufen zu einem 24-stündigen Streik für den 24. Februar auf.

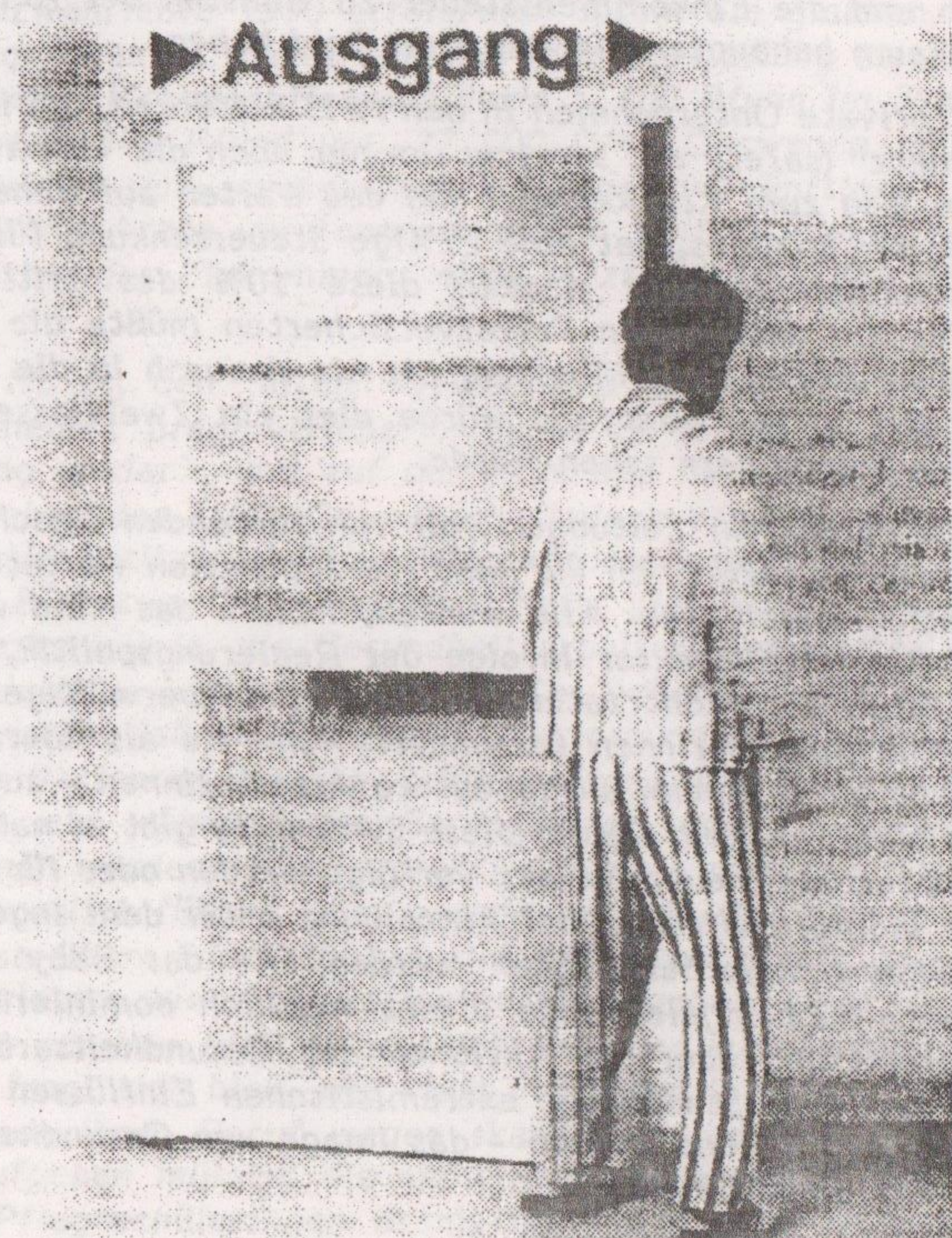
Höchstwahrscheinlich wird die Regierung die Lohnerhöhung für die GesundheitsarbeiterInnen auf 3% beschränken (was gerade die Inflation ausgleichen würde), obwohl sie wiederholt betont hat, daß sie den Empfehlungen des "Pay Review Body" (eine Institution, die statistisch die verschiedenen Lohnhöhen erfaßt) folgen würde - im Zusammenhang mit den GesundheitsarbeiterInnen hat die Regierung bisher noch nie die Empfehlungen des "Pay Review Body" verwirklicht. Alle weiteren Lohnerhöhungen werden aus dem allgemeinen NHS-Budget bezahlt werden müssen. Die Regierung plant nicht, dem NHS im nächsten Haushalt mehr Mittel zukommen zu lassen. Um weiter funktionieren zu können, muß der NHS weiterhin Ausgaben kürzen. Der Unterschied zwischen den bisherigen und den zukünftigen Kürzungen ist der, daß es bei Belegschaftsgröße, Bettenanzahl und Ausrüstung nichts mehr zu kürzen gibt, was nicht den NHS an sich infragestellen würde. Die Regierung will mehr Anreize für private "Gesundheitsunternehmen" schaffen, damit sie sich am NHS beteiligen. Sie überlegt auch, die Krankenhauskosten nach einem "Hotelsystem" abzurechnen, und alle Überschüsse einer noch zu schaffenden Nationalen Lotterie dem NHS zukommen zu lassen. Wenn mensch überlegt, daß sie gerade für 700 Mio. Pfund neue Panzer für die Armee kaufen und die Einkommenssteuer zu Gunsten der Reichen erheblich senken wollen, können sie kaum behaupten, daß sie kein Geld haben.

Die Regierung will mehr private Unternehmen in den NHS einführen, um ihn letztendlich auf ein "Grundversorgungsnetz" (safety net service; um nur noch die verzweifelten Härtefälle rauszupicken, die den Weg zum Krankenhaus und das Warten auf Behandlung überleben). John Moore, Minister für Soziales, hat eine 27%ige Steuersenkung für private Krankenversicherungen vorgeschlagen (derzeit decken diese 10% des britischen Gesundheitsmarktes ab). Nur für die derzeitigen Privatversicherten müßte die Regierung 150 Mio. Pfund zahlen - nicht gerechnet all diejenigen, die sie dadurch in die privaten Krankenversicherungen zu bringen hofft. Jedenfalls würde dies ein Zweiklassen-Gesundheitsystem schaffen, was die Regierung gern sehen würde.

In letzter Zeit waren die britischen Zeitungen voll von rührenden Geschichten wie die über das Baby, das starb, weil es vergeblich auf eine Herzoperation wartete. Geschichten, die an die Gefühle der Nation appellieren. Alle wußten, warum das Kind warten mußte - wegen der Kürzungen im Gesundheitssektor infolge der Regierungspolitik, nicht weil die GesundheitsarbeiterInnen ihren Job nicht taten. Es gibt eine überwältigende öffentliche Sympathie für die GesundheitsarbeiterInnen (besonders wenn sie als überarbeitete Engel dargestellt werden und nicht als wütende, ausgebeutete ArbeiterInnen - zuguterletzt müssen Engel nicht essen und brauchen kein Geld). Diese Sympathie gibt es natürlich nicht für Schwule und Lesben, die unter dem neuen Gesetz verfolgt werden oder für die Frauen, die gegen die Begrenzung der Indikationsfristen bei Abtreibung unter dem sogenannten "Alton Gesetz" kämpfen. Die GesundheitsarbeiterInnen werden wie das Baby als unschuldige Opfer gezeigt, das Florence-Nightingale-Image dieses weiblich dominierten Berufs wird durch die Medienberichterstattung über die Aktionen der GesundheitsarbeiterInnen aufrechterhalten - die Militanz wird Studenten, extremistischen Einflüssen von außen und "machtbesessenen Anarchisten" (!) zugeschoben - das Image von GesundheitsarbeiterInnen und Anarchisten ist hier völlig unvereinbar.

Alle Leute in Britannien benutzen das Gesundheitssystem irgendwann einmal - wir haben gelernt, uns darauf zu verlassen, wir haben ebenfalls gelernt, lange Wartelisten, schlechte Behandlung, freie zahnärztliche und augenärztliche Untersuchungen, freie Rezepte zu akzeptieren. Die Schließungen von "Familienplanungs-Kliniken" <zur Abtreibung?> und Betten für langfristige psychiatrische Unterbringung war lange Zeit Gegenstand örtlicher Skandale und kleinerer Kampagnen, selten aber in den überregionalen Nachrichten oder Gegenstand des nationalen Protestes. Angesichts der Demontage des Gesundheitssystems sind nun die Ärzte endlich aufgewacht. Es gibt nicht nur zu wenig Betten, ganze Stationen und sogar Krankenhäuser werden geschlossen. Ihre feinen Praktiken im neuen privaten Gesundheitswesen werden nur mit der Unterstützung durch den NHS funktionieren. Es wird keine Forschungsabteilungen geben, ungenügende Ausrüstungen und keine Nachsorge-Einrichtungen. Zuguterletzt ist der NHS Grundlage für fast die gesamte klinische Praxis und wissenschaftliche Medizin. Jetzt haben sich die Fachleute <professionals>, die der Pharmaindustrie und den Herstellern medizinischer Ausrüstung am nächsten stehen, gegen Kürzungen im Gesundheitssektor gewandt.

Zur Zeit werden wir Zeuge der Demontage von Versorgungsleistungen, auf die wir uns verlassen - öffentlicher Wohnungsbau, öffentlicher Transport, Sozialleistungen und Bildungssektor - der NHS ist ein weiterer Teil der britischen Nachkriegsgesellschaft, der ins Gras beißen soll mit dem Ziel, einer ungleiche Versorgung für ungleiche Menschen.



(Dies ist die Einleitung von ZEROWORK Nr. 2, einer amerikanischen Zeitschrift, von der insgesamt nur zwei Ausgaben erschienen - 1975 und 1977. Da sie Beiträge zum Klassenkampf in den USA und im internationalen Rahmen enthalten, die für die heutige Diskussion wichtig sind, haben wir sie vollständig übersetzt und werden sie im März herausbringen.)

EINLEITUNG

Mit der ersten Ausgabe von ZEROWORK, die letztes Jahr herauskam, sollte die Analyse der gegenwärtigen Krise vom Klassenstandpunkt aus begonnen werden. Die Krise - so behaupteten wir - wurde durch einen Kampfzyklus der Arbeiterklasse hervorgerufen, in dem die keynesianistische Strategie der Entwicklungsplanung untergraben wurde, die das Kapital nach dem Krieg entwickelt hatte. Diese Kämpfe tauchten in der ganzen Welt auf, aber wir beschrieben sie zunächst an Nordamerika und Westeuropa. Ausgehend von einem erweiterten Begriff der Arbeiterklasse, der sowohl die Unentlohten wie die Entlohten einschloß, machten wir uns daran, die neuen Formen ihres Handelns zu untersuchen: im Lohnkampf, im Widerstand gegen Produktivitätssteigerungen, im Kampf um Autonomie gegenüber ihren offiziellen Organisationen, und in den neu geschaffenen Beziehungen zwischen den Beschäftigten und Unbeschäftigten, zwischen den Entlohten und Unentlohten, sowie zwischen den verschiedenen Sektoren in jeder dieser Gruppen. Die Gesamtheit dieser Aktivitäten bezeichneten wir als die Verweigerung der Arbeit. An den Kämpfen der Staatsangestellten, WohlfahrtsempfängerInnen, Automobil- und PostarbeiterInnen, der Bergleute, StudentInnen und Hausfrauen versuchten wir im einzelnen zu zeigen, daß Inhalt, Richtung und Wechselwirkung dieser Aufstände nicht bloß eine weitere zyklische Dysfunktion des Systems sondern eine historische Krise des Kapitals selbst hervorriefen.

In dieser zweiten Ausgabe entwickeln wir die Analyse weiter, wobei wir uns besonders auf den internationalen Charakter konzentrieren, der sowohl den Kampfzyklus wie die kapitalistische Antwort und Gegenoffensive kennzeichnet. Alle Artikel verfolgen das Ziel, die internationale Zusammensetzung der Arbeiterklasse zu bestimmen, die mit der Zirkulation der Kämpfe zwischen verschiedenen Sektoren und Regionen rund um die Welt verbunden ist. Diese Frage bezieht sich nicht einfach auf die Mobilität von Kapital und Arbeit oder die Internationalisierung als solche, sondern es geht um die politische Neuzusammensetzung der weltweiten Arbeiterklasse und die gleichzeitige Restrukturierung des Weltkapitals in der Krise. Wir fragen also danach, wie die ArbeiterInnen überall dem Kapital ihre Bedürfnisse in neuer Weise aufzwingen, und wie das Kapital neue Akkumulationsformen schafft, in denen diese Bedürfnisse entweder integriert oder zerschlagen werden.

Kaum jemand bezweifelt, daß sich die Krise im Weltmaßstab entwickelt hat und daß diese kritische Phase vom Kapital dazu benutzt wird, eine neue internationale "Ordnung" durchzusetzen. Aber ständig wird erklärt, es handele sich dabei um eine Frage der Konflikte und Geschäfte zwischen Ländern oder Ländergruppen, die den internationalen Kredit, die terms of trade, Auslandshilfe usw. betreffen - seien diese Länder nun industriell "fortgeschritten", "entwickelnd", "unterentwickelt" oder "sozialistisch". Dies ist der Ausgangspunkt aller Imperialismustheorien gewesen, ob liberal, radikal oder "marxistisch". Daher besteht die Tendenz, den wirklichen Klassenkampf heute in den hauptsächlich diplomatischen Anstrengungen der progressiven Dritte-Welt-Regierungen (und nun der Vierten Welt usw.) auszumachen, eine Neue Weltwirtschaftsordnung herbeizuführen, in der die Ungerechtigkeiten des Weltmarktes durch Entwicklung korrigiert werden. Das Thema des Imperialismus wird damit auf der einen Seite zur endlosen esoterischen Diskussion über Produktionsweisen und Abhängigkeitsformen und auf der anderen Seite zum Jammern über den Tod (oder wenigstens die Grenzen) des Klassenkampfes in den "fortgeschrittenen" Ländern. In diesen Ländern sei Entwicklung eine Frage der Klassenkollaboration, während die wirklichen Opfer der Ausbeutung - nun gleichgesetzt mit Unterentwicklung - die na-

tionalen Ökonomien der Dritten Welt seien. Im Endeffekt werden die ArbeiterInnen der Dritten Welt zu Partnern des Staates erklärt, was das Problem der nationalen Selbständigkeit betrifft. Ironischerweise wird ihnen damit genau die Position zugewiesen, in der ihre Kollegen im Westen angeblich endeten: Partner des Kapitals bei der wirtschaftlichen Entwicklung. Der Unterschied besteht nur darin, daß in dem einen Fall von weltweiter Kapitalakkumulation, in dem anderen von sozialistischer Akkumulation gesprochen wird. Es ist daher nicht überraschend, daß sich vom liberalen Flügel des westlichen Kapitals bis zu den leidenschaftlichsten Dritte-Welt-Sympathisanten alle über das Rezept zur Heilung der Unterentwicklung einig sind: Förderung von arbeitsintensiver Produktion. Die Menschen sollen also zu produktiver Arbeit angehalten werden - genauso wie im Westen die kapitalistische Krise mit der Vollbeschäftigung gelöst werden soll.

Es ist tatsächlich schwierig, diese Perspektive, die Ideologien der nationalen Befreiung, des ökonomischen Nationalismus und des sozialistischen Aufbaus zu durchbrechen - aber es muß getan werden und diese zweite Ausgabe von ZEROWORK soll dazu beitragen. Wenn wir im Klassenkampf den Dreh- und Angelpunkt der internationalen Kapitaldynamik sehen, dann geraten wir mit der gesamten imperialismus-theoretischen Tradition in Konflikt. Das beginnt bereits bei der Frage nach den Ursprüngen der imperialistischen Expansion. Wir weisen nicht nur die Vorstellung zurück, nach der ihr Ausgangspunkt eine Art von Klassenübereinkunft im Westen gewesen sei. Vielmehr behaupten wir, daß die steigenden Auslandsinvestitionen, insbesondere die der USA in den letzten 30 Jahren, eine direkte Antwort auf die Intensivierung des Klassenkampfes im eigenen Land vor und nach dem II. Weltkrieg waren - vor allem in Sektoren wie Kohle, Gummi und Transport. Nach dem Krieg wurde die Umstellung der US-Wirtschaft auf Zivilproduktion mit der Stabilisierung und Durchdringung von Westeuropa und dem entkolonialisierten Asien und Afrika verknüpft, um auf diese Weise eine internationale Lohnpyramide zu schaffen. Die Macht der ArbeiterInnen sollte damit in allen Regionen der Welt unterlaufen werden und auf dieser Basis liessen sich die stärksten Klassensektoren durch die Kapitalmobilität in Schach halten und die Voraussetzungen für den Eintritt neuer bäuerlicher Gruppen in die multinationale Fabrik besser kontrollieren.

Als der auf dieser Strategie beruhende Wachstumszyklus, von dem Westeuropa und Japan am meisten profitierten, an seine Grenzen stieß, wurde er von einer neuen Entwicklungsdekade in den 60er Jahren abgelöst, die auf Investitionen in produktivitätssteigernde Technologien und ins "Humankapital" basierte. Aber auch diese Strategie wurde von einem Aufschwung des Kampfes gewaltsam blockiert. Guerillabewegungen in der ganzen Welt, vor allem jedoch in Südostasien, bildeten zusammen mit den Aufständen der Unentlohten im Westen (Frauen, Schwarze, StudentInnen usw.) eine massive Verweigerung der angebotenen Entwicklung. Bis zu den 70er Jahren führte diese Situation zu einer tiefgehenden internationalen Krise des Kapitals. Es mußte nach neuen Formen der Repression und der globalen Umstrukturierung suchen, Entwicklung und Unterentwicklung in einer neuen Weise verknüpfen, um die Dritte Welt als solche verschwinden zu lassen.

Als sich die internationale Zirkulation des Klassenkampfes beschleunigte und das Kapital im Gegenzug zu einem zunehmend geplanten und integrierten Weltssystem wurde, ließ sich Unterentwicklung immer weniger an bestimmten geographischen Gebieten festmachen. Die Unterentwicklung war kein durch "Modernisierung" zu überwindender ursprünglicher Zustand und nun war sie auch keine bloße Wechselwirkung zwischen nationalen Ökonomien, zwischen Metropole und Peripherie, mehr. Überall entfernte sich der Klassenkampf von der nationalen Entwicklung - sei sie kapitalistisch oder sozialistisch - und rückte die Verweigerung der Arbeit und die Forderung nach dem gesellschaftlichen Reichtum ins Zentrum. Die Herbeiführung von Entwicklung und Unterentwicklung wurde damit zum strategischen Rahmen und zur Waffe des Kapitals, mit der es die wachsende proletarische Macht zersplitterte und eine neue Geographie der Arbeitskraft und der Ausbeutungsformen schuf. An die Stelle

einer klaren Trennung zwischen einem entwickelten Westen und einer unterentwickelten Dritten Welt trat eine komplizierte Struktur: rapide Akkumulation im Mittleren Osten, ungleichmäßige Entwicklung in Brasilien, Hunger in der Sahel-Zone und eine rapide Investitionsflucht aus Italien, England und der Stadt New York, die zur "Unterentwicklung" der Metropole führt.

Die Internationalisierung des Klassenkampfes wurde zur wachsenden Herausforderung und zwang das Kapital, sowohl seine Kreisläufe wie seine Kontrollinstrumente (vor allem den Staat) mehr und mehr zu internationalisieren. Dadurch wurde klar, daß die wirkliche "Anarchie" des Kapitals nicht in der Konfrontation zwischen "reichen" und "armen" Nationen, auch nicht in den Widersprüchen der internationalen Konkurrenz, sondern in der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Klassen liegt. Letztendlich ist der Klassenkampf das einzige unplanbare und anarchische Element der kapitalistischen Gesellschaft. Das Vorgehen des Kapitals gegen diese international anwachsende Kampfbewegung hat die innerimperialistischen Rivalitäten zweitrangig gemacht, was an folgenden Beispielen deutlich wird: Die USA verkaufen der Sowjetunion Getreide und helfen damit dem Kreml, mit den Kämpfen der russischen LandarbeiterInnen fertig zu werden. Auf dem Höhepunkt der italienischen Arbeiterrevolte investiert Libyen bei Fiat. Nach einem erfolgreichen Kampf um die Nahrungsmittelpreise in Polen wird Osteuropa von westlichen Banken mit Krediten unter Druck gesetzt. China bemüht sich um bessere Beziehungen zu den Regierungen von Malaysia und den Philippinen, während in diesen Ländern aufständische Bewegungen andauern. Und Nordvietnam verschifft während eines Streiks der britischen Bergarbeiter Kohle nach England. All dies weist auf die ansteigende Konzentration und Koordination von multinationaler Staatsmacht und die wachsende Kooperation zwischen kapitalistischen und sozialistischen Staaten hin und zielt darauf, einen allgemeinen Kampf der Arbeiterklasse um die Aneignung des international produzierten Reichtums zu blockieren. "Imperialismus" kann heute nur noch als Dynamik der weltweiten Konfrontation zwischen Kapitalstrategie und Arbeiterkampf verstanden werden.

Die gegenwärtige Phase der Klassenbeziehungen in der internationalen Krise zeigt nicht nur das Ausmaß des kapitalistischen Gegenangriffs - der Einsatz von Entwicklung und Unterentwicklung, die angeblichen Energie- und Nahrungsmittel-Knappheiten, monetäre Nötigung usw. -, sondern macht auch seine Grenzen deutlich. In Ländern wie Chile, Portugal, Afghanistan oder Bangladesch hat die Arbeiterklasse in der Tat schwere Niederlagen erlitten und es ist äußerst wichtig, diese Vorgänge zu verstehen. Aber offensichtlich hatte das Kapital an vielen Orten große Probleme bei der Durchsetzung der Austerität. In Argentinien hat der Militärputsch nicht zu chilenischen Verhältnisse sondern zu einem endemischen Bürgerkrieg geführt. In Italien haben die von den Kommunisten gepredigten Opfer eine fast kriegsähnliche Konfrontation ausgelöst. In Polen und Ägypten machten es massenhafte Krawalle unmöglich, die Nahrungsmittel zu verteuern. Hinter der Verfassungskrise in Kanada, die durch den jüngsten Wahlsieg der Quebec-Separatisten ausgelöst wurde, steht eine Krise der nationalen Wirtschaft, die von unkontrollierbaren Forderungen der Arbeiterklasse hervorgerufen wurde. In Mexiko antworteten LandarbeiterInnen mit weitverbreiteten Landbesetzungen auf das Anti-Inflations-Programm der Regierung. Was die USA betrifft, so wird zwar von einem Trend zu Neuinvestitionen gesprochen, da die Verhältnisse hier im Vergleich zum größten Teil der übrigen Welt relativ stabil seien. Aber der "der Zustand der Nation" wird am besten in den Worten des jüngsten Berichts der "Task Force on Disorders and Terrorism" zusammengefaßt: "Die momentane Ruhe ist trügerisch. Es muß eindringlich vor der Illusion gewarnt werden, daß in den Vereinigten Staaten die Zeit der Unruhe vorbei sei. Viele der klassischen Indikatoren für Unruhen sind eindeutig vorhanden, und es bedarf nur eines geringen Stimulus, um sie zu aktivieren." (Mehr über den Bericht findet sich in der New York Times vom 3. März 1977)

In diesem Kontext und aus dieser Perspektive versuchen die Artikel in der zweiten Ausgabe von ZEROWORK die internationale Krise zu analysieren. Mit ihnen soll ein theoretischer Rahmen entwickelt werden, in dem wir die Entstehung einer Strategie der internationalen Arbeiterklasse begreifen können.

Dieses Heft beginnt mit einem langen Teil von Harry Cleaver, "Nahrung, Hunger und die internationale Krise", das die Nachkriegsetappen des Klassenkampfes bezüglich Nahrungsmittel und Landwirtschaft untersucht. Cleaver zeigt, wie die vielfältigen ländlichen Aufstände zusammen mit den Kämpfen der städtischen ArbeiterInnen um Angebot und Preis der Nahrungsmittel zu einer Abfolge von Entwicklungs-Unterentwicklungs-Strategien geführt haben. Mit diesen Strategien versuchte das Kapital, die Produktion auszuweiten und weltweit zu integrieren: Betonung der Industrie und Ausbeutung der Landwirtschaft nach dem Krieg, Beendigung der Grünen Revolution und der Entwicklungsdekade, und schließlich die Herbeiführung von Nahrungsmittelknappheit und Hungersnot. An diesen Etappen analysiert Cleaver, wie die Kämpfe zwischen Land- und IndustriearbeiterInnen in einzelnen Ländern, zwischen einheimischen und eingewanderten ArbeiterInnen in Regionen, und zwischen ArbeiterInnen in der Ersten, Zweiten und Dritten Welt zirkulierten. Zugespitzt wird dies in einer Diskussion der gegenwärtigen internationalen Klassenauseinandersetzung bezüglich der grundlegenden Existenzmittel.

Philip Matheras Artikel, "Vietnam: Sozialismus und der Kampf gegen die Arbeit", nimmt einige der Themen in Cleavers Teil wieder auf, indem er sich auf die Geschichte des Klassenkampfes in einem Land konzentriert, das eine zentrale Rolle in der Nachkriegsperiode gespielt hat. Die Entwicklung der revolutionären Aktivität gegen Frankreich, Japan und die USA wird von Mathera neu interpretiert: sie zielte nicht bloß auf die Abschaffung der kolonialen und neokolonialen Herrschaft, sondern drückte die Weigerung der vietnamesischen ArbeiterInnen aus, sich an der multinationalen Fabrik zu beteiligen. Die Etablierung des Sozialismus im Norden nach 1946 und im Süden 1975 war nicht der Sieg dieses Kampfes, sondern veränderte nur seine Bedingungen. Der Widerstand der Arbeiterklasse gegen alle Formen der Kapitalakkumulation geriet nun mit den staatlichen Plänen für eine Industrialisierung im sowjetischen Stil in Konflikt. Folglich geht Mathera bei seiner Diskussion des heutigen Vietnams über die aktuelle Debatte unter den Linken hinaus, die sich auf die Menschenrechte und die Verpflichtung der USA zu Wiederaufbauhilfen bezieht. Er will auf den wachsenden Konflikt zwischen den Forderungen der Menschen nach größerem Zugang zum gesellschaftlichen Reichtum und den staatlichen Bemühungen um Vietnams Integration in die Weltwirtschaft aufmerksam machen - eine Situation, die die Krise des "Dritte-Welt-Sozialismus" veranschaulicht und die Frage nach Alternativen zu ihm aufwirft.

Der Artikel von Christian Marazzi, "Das Geld in der Weltkrise", analysiert, wie der Kampfzyklus nach dem Krieg eine immer tiefgreifendere Krise des internationalen Geldsystems erzeugt hat, die mit der allgemeineren Krise des Kapitals verbunden ist. Da die monetäre Instabilität mit der Unruhe in der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion zusammenhängt, entsteht durch die Inkonvertibilitätserklärung der USA von 1971 eine Situation, die eine neue Phase von geplanter Entwicklung und weiterer Vergesellschaftung des Kapitals unmöglich macht. Marazzi zufolge stellt sich daher die gegenwärtige internationale Klassenauseinandersetzung auf der Ebene der monetären Dynamiken als "permanenter Notstand" dar. Dabei wird der monetäre Terrorismus dazu benutzt, den Lohnkampf zu schwächen und die Klasse davon abzuhalten, die Herrschaft des Kapitals grundsätzlich in Frage zu stellen. Mit der zunehmenden Zentralisierung von multinationaler Staatsmacht und der gleichzeitigen Regionalisierung der Austeritätspolitik versucht das Kapital die Unentschiedenheit aufrechtzuerhalten: auf der einen Seite wächst die Macht des Internationalen Währungsfonds und auf der anderen Seite entwickelt sich die Sozialdemokratie zum Vollstrecker der Sozialstaats-Kürzungen.

Donna Demac und Philip Matheras "New York Entwickeln und Unterentwickeln" betrachtet diese monetären Triebkräfte anhand der beispielhaften Kämpfe in der Stadt, die im Zentrum der "Haushaltskrise" stand. Zunächst stellen sie die Kämpfe von WohlfahrtsempfängerInnen, ArbeiterInnen im öffentlichen Dienst und im Privatsektor usw. dar und zeigen, wie die einzigartige Wechselwirkung zwischen diesen Kämpfen in den 60er und frühen 70er Jahren die soziale Ordnung der Stadt aushöhle. Danach beschreiben Demac und Mathera die Formen des kapitalistischen Gegenangriffs in New York. Durch Kürzungen bei den Staats- und Bundeshilfen für die Stadt und durch die Herbeiführung einer Schuldenkrise setzten Geschäftswelt und Regierung massive Haushaltskürzungen durch, entließen Zehntausende der städtischen Arbeiter und ließen sogar die Maske der demokratischen Herrschaft fallen. Mit all diesen Maßnahmen versuchten sie, die arbeitenden Menschen der Stadt wieder unter Kontrolle zu bekommen und damit der Bedeutung von New York für das Weltkapital gerecht zu werden.

Der Artikel über New York schließt diese Ausgabe nicht nur ab. Er bildet zugleich den Ausgangspunkt für einen der Hauptaspekte der Forschung und Analyse, die sich die an ZEROWORK Beteiligten vorgenommen haben. Einige von uns arbeiten bei der weiteren Untersuchung der aktuellen Krise mit einer Gruppe in New York zusammen. Dabei wollen wir beobachten, wie die Austeritätspolitik und die Arbeitsintensivierung in der gesellschaftlichen Fabrik das Leben und die Kämpfe der Menschen in New York berührt haben. An dieser beispielhaften Stadt interessieren uns vor allem die neuen Formen der Klassensegmentation und deren Ausdruck in den verschiedenen Alternativen zur festen Lohnarbeit, die die Menschen gewählt haben oder zu denen sie gezwungen wurden. Dazu gehören das Leben von Arbeitslosenversicherung oder Wohlfahrt, Teilzeit- und Gelegenheitsjobs, Prostitution und Kriminalität. Wir wollen uns damit nicht an der Stadtsoziologie oder Arbeitsmarktforschung beteiligen, sondern herausfinden, wie verschiedene Sektoren der Klasse mit der Austerität fertigwerden und mit welchen Organisationsformen sie die Austerität bekämpfen.

Andere von uns werden die kapitalistische Gegenoffensive an den drei entscheidenden Fronten - Nahrungsmittel, Energie und Geld - weiter untersuchen. Sehr genau werden wir die entstehenden Strategien der Arbeiterklasse zur Verteidigung gegen diese Angriffe studieren und hoffen, dadurch die Mechanismen sowohl der weltkapitalistischen Planung als auch der internationalen Zirkulation des Klassenkampfes aufzuhellen. Schließlich wollen wir die Krise des Sozialismus ausführlicher untersuchen, die in den Artikeln von Cleaver (Osteuropa und Sowjetunion) und Mathera (Vietnam) in dieser Ausgabe angesprochen ist - insbesondere an China.

Wieder andere von uns sind an einer laufenden Forschung zur Geschichte der Arbeiterklasse beteiligt. Insgesamt sind wir ein Netz von Militanten, das gegenwärtig in New York City, Rochester, Texas und Montreal über Zentren verfügt und dem Kollektive in England und Italien angeschlossen sind. Wir haben keine Ambitionen, irgendeine Art von Partei zu bilden, sondern bemühen uns um einen umfangreicheren neuen Beitrag zur internationalen Debatte über die Krise und die Antwort der Arbeiterklasse. Die erste Ausgabe von ZEROWORK begann mit der Feststellung: "Die gegenwärtige kapitalistische Krise hat das Problem der revolutionären Organisation der Arbeiterklasse dringender gemacht." Dieses Problem bleibt natürlich wichtig und das grundlegende Anliegen von ZEROWORK. In den kommenden Ausgaben soll es ausdrücklicher angesprochen werden, da wir uns mit der Entwicklung und Verbreitung von organisatorischen Strategien beschäftigen, die der Autonomie der Arbeiterklasse nicht widersprechen. Das ist selbstverständlich nicht das Projekt von ZEROWORK alleine, aber wir hoffen, daß ZEROWORK ein Forum werden kann, in dem die grundlegenden Fragen des Kampfes in einer neuen und völlig undogmatischen Weise diskutiert werden. Wir fordern euch zur Beteiligung an diesem Projekt auf.

VORSCHAU

Von der Arbeitermacht der "anderen" Arbeiterbewegung am Beispiel Fiat, über die Frauenbewegung zum gesellschaftlichen Arbeiter und zu einem neuen Anfang. So etwa könnte der Grundgedanke dieser kleinen Anthologie der autonomen Diskussion der 70'er Jahre umschrieben werden. Keiner der Artikel die hier exemplarisch zusammengestellt wurden ist neu oder vollkommen unbekannt, die Auswahl der angeschnittenen Thematiken wird es wohl auch nicht zulassen "endgültige" Thesen zu formulieren, über den Zeitraum den sie umschließen. Aber darum ist es uns auch nicht gegangen! Aus der kaum mehr überschaubaren Menge von Artikel zu den genannten Themen haben wir versucht die verstreuten, oft nicht mehr einer breiten Öffentlichkeit zugänglichen, Diskussionsbeiträge in einem Band zusammenzufassen. Darüber hinaus haben wir Wert darauf gelegt, den theoretischen Hintergrund, den Organisationsansatz, und den Einfluß der verschiedenen sozialen Bewegungen der 70'iger Jahre auf die vielseitigen Bemühungen der Post-Operaistischen-Gruppen sich auf die veränderte Klassenzusammensetzung zu beziehen, sozusagen im "Zeitrafferverfahren" zu dokumentieren.

Die Auswahl (anders ging es nicht), ist nicht immer leicht gefallen, vieles was wichtig wäre ist nicht aufgenommen worden, weil es den uns objektiv gesetzten Rahmen gesprengt hätte. Wir wollten keine "Gesammelte Werke", sondern eine "Kleine Einführung" herausgeben.

Am Anfang standen unsere eigenen Bemühungen, Ende der 70'er und Anfang der 80'er Jahre aus den verschiedenen sozialen Bewegungen heraus, den Kampf gegen die Arbeit zu entwickeln. Natürlich waren wir fasziniert von der italienischen operaistischen Diskussion und deren praktischen Auswirkungen, klar war die "andere" Arbeiterbewegung von K.H. Roth und die Kämpfe des Massenarbeiter für uns wichtig, es war uns auch klar, daß die Frauenbewegung Fragen thematisierte, die von den damaligen linken Gruppen und "Parteien", nicht ohne Grund verdrängt wurden. Folgerichtig machten wir uns daran, die verschiedenen theoretischen Quellen zu diesem Thema zu sichten und uns anzueignen. Schon damals haben wir uns über die Art und Weise geärgert, wie diese Texte von den aus der Studentenbewegung kommenden linken Verlage rezipiert wurden. Sie erschienen oft aus dem Zusammenhang gerissen, in kleiner Auflage und waren nach politischen Richtungswechseln der Verlage überhaupt nicht mehr zu haben. In dieser Situation hat die Wildcat (damals noch Karlsruher Stadtzeitung) die Aufgabe übernommen, wichtige grundlegende Texte sowohl neu herauszugeben, als auch neue Fragen aufzuwerfen. Seit der Zusammenstellung der Texte und ihrem Druck ist viel Zeit vergangen. Der Leser der mit diesen Materialien arbeiten will, wird sich damit trösten müssen, daß die Erscheinungsweise nicht von der Logik von "Jahrestage" bestimmt war.

Zu den Texten:

Das Buch beginnt mit einem Artikel von Ex-Potere Operaio Genossinnen, "von der Krise zur bewaffneten Arbeitermultinationalen" von 1974, der noch sehr von der Diskussion um Potere Operaio geprägt ist, dem Suchen nach adäquaten Organisationsformen, deren Aufgabe von P.O. wie folgt beschrieben wurden: Die "Organisation hat... auf die, von diesem Zyklus des Arbeiterkampfes gestellten Probleme, zu antworten- im Sinne.... die, in den Arbeiterkämpfen aufgetretenen Inhalte zu verallgemeinern und in eine vorausbestimmte revolutionäre Gewalt zu transformieren." (1) In dem Text in diesem Band wird der bewaffnete Kampf nun zur ".....einzig grundsätzlichen strategischen Bedeutung." (S. 28 i.d.B.)

Das wohl nicht ohne Grund: Mit den Tarifverträgen von 1972/73 verliert die zentrale Figur der Kämpfe in den Fabriken- der Fließbandarbeiter, der Massenarbeiter- seine offensive Rolle. "Es beginnt die Neustrukturierung der großen Unternehmen." (S. 141 i.d.B.) Eine neue Arbeiterfigur, die fähig wäre die Kämpfe zu vereinheitlichen, ist noch nicht auf den Plan getreten, woraus die Genossinnen den Schluß ziehen: "Auch der direkte Arbeiterkampf gegen die Arbeit, gegen den Arbeitstag, erhält umstürzlerischen Charakter und seine ganze strategische Fähigkeit zur Führung nur dann, wenn er sich bewußt mit den Kämpfen in anderen proletarischen Sektoren verbindet." (S. 26 i.d.B.) Heute könnte man wohl sagen, daß die Auflösung von Pot. Op. exakt den Punkt bestimmt, an dem die Militanten der 60'er Jahre gescheitert sind, einen Kampfzyklus organisatorisch zu verlängern.

Der Text von Paola Rinaudo versucht daran anschließend an Hand einer Untersuchung über Fiat Turin, die italienischen Arbeiterkämpfe zu interpretieren und zu bewerten und gibt einen ersten Überblick über die damaligen operaistischen Gruppen, die sich parallel zu den Arbeiterkämpfen und den Kämpfen im Terrain konstituieren. Die 1974 eingeführte Cassa Integrazione (Arbeitslosenversicherung) bezeichnet sie einen Wendepunkt der Arbeiterkämpfe hin zu einer Gegenoffensive des Kapitals. "Unter Ausnutzung der Energiekrise reorganisiert die Unternehmensleitung der Fiat-Werke die Produktionsplanung und erwirkt mit Hilfe des Instrumentariums Cassa Integrazione, neuer Technologien und Produktionsverlagerungen binnen weniger Jahre die Stilllegung der größten Zentren des Arbeiterwiderstandes, zugleich eine größere Elastizität des Produktionszyklus." (S. 38) Im Gegensatz zu Theorie, die aus diesen Tatsachen eine strategische Umorientierung auf die "Gesellschaft" ableiten, kommt sie zu dem ebenso einfachen wie umstrittenen Schluß: "Die Fabrik behält ihre Wichtigkeit für den Arbeitsmarkt." (S. 39)

Der Beitrag aus der US-Zeitschrift Zerowork untersucht die Antwort des Kapitals auf die Kämpfe der 60'er und 70'er Jahre, die Energiekrise, etwas genauer. Diese Analyse der Energiekrise vom Arbeiterstandpunkt ist nicht nur von Bedeutung, weil deren Auswirkungen sich bis in die 80'er Jahre hineinziehen, sondern zeigt auch die internationale Dimension des Klassenkampfes: Entwicklung und Unterentwicklung als Strategien des Kapitals für die 3. Welt sind gescheitert, die "Erdölkrise" ist in Wirklichkeit die Energiekrise des Kapitals, welche immer weniger widerstandslos zur Verfügung steht. Die Apokalypse folgt später....(2)

Die traditionellen Vermittlungsorganisationen, Gewerkschaften, politische Parteien und der Reformismus verlieren ihre Bedeutung. "In der Krise stößt die Arbeiterklasse direkt mit dem politischen System als solchem zusammen. Das gesamte politische System von der KP bis zur Armee ist total feindlich, es ist Kapital. Der Kampf geht zwischen dem Zwang zur Arbeit durch das politische System und dem Kampf gegen die Arbeit auf der Seite der Arbeiterklasse." (S. 63)

Sergio Bologna beschreibt in seinem Beitrag die Diskussion parallel zum Operaismus, die "andere" Arbeitergeschichtsschreibung um K.H. Roth und Elisabeth Behrens. Er erklärt Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der italienischen und deutschen Diskussion nicht ohne kritisch festzustellen: "Man hat häufig den Eindruck, daß für sie die "Technologie", in einem sehr weiten Sinn verstanden, nicht nur alle Funktionen und Artikulationen des kapitalistischen Kommandos einschließt, sondern ihr auch die entscheidende Funktion zukommt, die Klassenzusammensetzung bis zu dem Punkt zu determinieren, daß es der Klasse unmöglich wird, sich der unablässigen Rationalisierungsoffensive zu entziehen: die Technologie als totale Einverleibung der politischen Funktion des Kapitals und die Klassenzusammensetzung als totale Einverleibung der Klassenorganisation. Für sie ist die Krise der Partei als Institution eine Gegebenheit, die von der Geschichte bereits überholt ist, und nicht ein Prozeß, in dem sich die Klasse das Problem der Partei ungeachtet der vorausgegangenen Fehlschläge erneut stellt."

Die Theorie der Neuzusammensetzung der Klasse meint, sehr verkürzt gesagt, daß das zentrale Instrument um den Arbeiterwiderstand gegen die Ausbeutungsverhältnisse zu blockieren, in einer Umschichtung innerhalb der Arbeiterklasse selbst besteht, in einer Neuzusammensetzung also, welche die Klasse stets wieder materiell in Gegensatz zueinander bringt. Derartige Neuzusammensetzung des Proletariats läßt die Formbestimmung des Kapitals nicht unberührt. Kapitalistische "Entwicklung" ist also in erster Linie als Resultat des Arbeiterkampfes zu sehen.

Die Formen dieser kapitalistischen Entwicklung der materiellen Basis der Arbeit sind vielfältig, und wie Gisela Bock nachweist - durchaus widersprüchlicher als dies in der ursprünglichen, fabrikbezogenen operaistischen Diskussion behandelt wurde. Von den Veränderungen der Arbeitsplatzsituation durch Rationalisierung, der Aufspaltung des Proletariats über stets veränderte Lohnsysteme, der ethnischen, rassischen und sexuellen Neuzusammensetzung der Klasse durch geschickte Regulation des Arbeitsmarktes bis zur "Taylorisierung der Reproduktion" erstrecken sich Instanzen durch das Leben der Klasse, die immer wieder neue Gegensätze im Gesamtproletariat hervorbringen, aber auch Gemeinsamkeiten.

Es ist ohne Zweifel das Verdienst der Frauenbewegung diese Tatsachen zum Ausgangspunkt ihrer Angriffe gemacht zu haben. Die beiden Artikel in diesem Band (G. Bock, Wir glauben nicht an die Arbeit uns frei macht und M. Prescod-Roberts, Schwarze Frauen, weiße Frauen) gehen das Problem unterschiedlich an, daß Ergebnis bleibt das selbe: Die Kämpfe im Reproduktions-

sektor bringen das Kapital nicht nur erneut in die Krise, sondern macht es auch zwingend notwendig diesen "blinden Fleck" im Klassenverhältnis nun voll in den Produktionszyklus zu integrieren: "Die Hausfrauenrevolte der 60'er Jahre griff an diesem Punkt an. In den zwei Jahrzehnten wachsender Frauenerwerbstätigkeit seit dem zweiten Weltkrieg hatte man wiederum erfahren, daß der zusätzliche Job außer Haus nicht befreite, sondern vielmehr eine Reservearmee von Frauen, die eigenes Geld und einen Ausweg aus der Isolation suchten, doppelte Belastung brachte," (S. 113) Es lag also nahe sich die Hausarbeit in Form von öffentlichen Geldern bezahlen zu lassen, in den USA stieg der Sozialhilfe-Etat zwischen 1960 und 1970 um etwa 200%. "Je greifbarer die Möglichkeit wurde an dieses Geld zu kommen, desto mehr eroberten wir uns, desto größer wurde das Sozialhilfebudget im Regierungshaushalt - und desto weniger Hausarbeit machten wir." (S. 116) Im Gefolge der Frauenbewegung sind die öffentlichen Ausgaben eine unabhängige Variable geworden.

Genau diesen Zustand versuchten Toni Negri u.a. mit dem Terminus des ursprünglich als Arbeitshypothese gedachten "gesellschaftlichen Arbeiter" zu umschreiben: "Die Tatsache, daß die mehrwertproduzierende Arbeit in nicht mehr bedeutendem Ausmaß in den großen Fabriken geleistet wird, daß sich die Produktionsweise gesellschaftlich ausweitete, daß sich die Gesellschaft tatsächlich gleichzeitig mit "Arbeitslosen" und mit einer riesigen Menge mehr oder weniger versteckter produktiver Arbeit aufgefüllt hat, mit Schwarzarbeit, mit dezentralisierter Arbeit, mit Heimarbeit usw. - all das meinten die Gruppen und Gewerkschaften übersehen zu können. Im Gegensatz dazu entdeckt und organisiert die Arbeiterautonomie diese neue gesellschaftliche Basis der produktiven Arbeit im Kampf. Von diesem Standpunkt aus ist sie tatsächlich die "andere" Arbeiterbewegung: sie ist es durch ihre Fähigkeit, die gesamte Kraft des gesellschaftlich verteilten Proletariats, beschäftigt und arbeitslos, männlich und weiblich, jung und alt, Arbeiter und/ oder Studenten gegen die entwickeltesten Momente der kapitalistischen Restrukturierung zu sammeln und zu vereinigen." (3)

Die Einschätzung, daß die mehrwertproduzierende Arbeit in nicht mehr bedeutendem Ausmaß in den großen Fabriken geleistet wird, war jedoch, wie wir bereits angedeutet haben, von Anfang an umstritten. Daß sich die Produktionsweise immer mehr gesellschaftlich ausweitete, diese notwendige Tendenz des Kapitalismus, hat wohl auch kaum zum Verschwinden der großen Fabriken geführt, sondern zu deren Ausdünnung, bestätigt zwar die Notwendigkeit des Kommunismus, aber nicht die Existenz eines neuen sozialen Subjekts. Nach der Explosion von 1977, dem Sturm auf die Scala, dem Mailänder Opernhaus, der Besetzung der Universitäten, der Verjagung des Gewerkschaftsbosses Lama aus der römischen Uni, war dieses neue soziale Subjekt immer mehr zum zentralen Bezugspunkt der Arbeiterautonomie geworden. "Euer Interesse für die "neuaufsteigenden Schichten" (Jugendproletariat, Feministinnen, Homosexuelle) und für neue, begrifflich neugefaßte politische Subjekte (der "gesellschaftliche Arbeiter") ist von uns immer und auch jetzt geteilt worden. Aber gerade die politische, nicht zu leugnende Wichtigkeit dieser Phänomene erfordert eine außerordentliche analytische Schärfe,

große Vorsicht und Behutsamkeit bei den Untersuchungen, eine stark empirische Annäherung (Fakten, Daten, Beobachtungen und nochmal Beobachtungen, Daten, Fakten), mehr als uns einige Artikel in "Rosso" gezeigt haben, in denen man einen überfallartigen journalistischen Stil auffinden konnte, und es fehlten nicht vorschnelle Begrifflichkeiten mit marxistischem Geschmack, Soziologismen weniger edler und weniger origineller Ableitung als die stolze, "wilde" und selbstbefriedigende Terminologie, die zuweilen eingesetzt wurde, glauben machen wollte." (4)

Die Kriminalisierungswelle am 7. April 79 vergrößerte noch einmal die Differenzen innerhalb des autonomen Spektrums. Unter dem Eindruck der Moro-Entführung kam es zu einer Reihe von Sondergesetzgebungen, die Verhaftungen, welche die Autonomia Operaia elementar treffen sollten, waren gestützt auf der Konstruktion einer "bewaffneten Bande", die von Potere Operaio bis zu den Roten Brigaden führen sollte. Als Alisa del Re, Aktivistin der Frauenbewegung und Kollegin Negris am Institut für politische Wissenschaften in Padua, unter dem Vorwand mit den Roten Brigaden zusammengearbeitet zu haben verhaftet wurde, äußerte Maria Rosa Dalla Costa in einem Interview: "Ich kann diese juristische Zusammenarbeit nur als Angriff auf den Feminismus verstehen....Es ist der letzte Akt einer Hexenverbrennung der seit dem 7. April gegen das Institut an dem ich arbeite lanciert wurde, genau wie gegen viele meiner Brüder und Schwestern, als Versuch die Mitwirkung an der wissenschaftlichen Forschung und die politische Debatte zu kriminalisieren. Was mich betrifft ist klar, daß in diesem Augenblick das Ziel heißt, "Lohn für Hausarbeit", all die Strategien inbegriffen, die in Beziehung zu den Kämpfen für Autonomie, mehr Geld und weniger Arbeit standen, die Frauen gemacht haben." (5)

Es ist klar, daß das "durchqueren" der 70'er Jahre, wie wir es in diesem Buch versucht haben, nur einen Sinn hat mit dem Ziel sich Zugang zu verschaffen auf die veränderten Realitäten der 80'er Jahre, auf einen neuen internationalen Kampfzyklus der Arbeiter/innenklasse. Arbeiter/innenmacht gegen die Arbeit: Kein Kampfslogan einer vergangenen Epoche, sondern Kontinuität und Bruch, Aufspaltung und Neuzusammensetzung der Klassenbewegungen, was sich gerade heute auf einem höheren Niveau wieder manifestiert.

Anmerkungen:

- (1) La Classe Nr. 12/1969
- (2) Arbeit, Entropie, Apokalypse. Reagans Gesammelte Alpträume 1982
- (3) Vorwort zu: Negri; Massenautonomie gegen den historischen Kompromiß 1977
- (4) Offener Brief an die Mailänder Redaktion von "Rosso". aus: Rivolta di Classe Nr.1 Okt. 76
- (5) Maria Rosa Dalla Costa; Il Manifesto 13.7.79



FÜR DIE ORGANISIERUNG DER

SOZIALREVOLUTIONÄREN DEBATTE!

-zur Anti-Repressionsveranstaltung im Cafe Klatsch, Wiesbaden-

Der Begriff der Repression ist keine politische Kategorie und entzieht sich einer klaren Bestimmung, er dient nicht der Beschreibung der Verhältnisse im Klassenkampf. Repression ist ein Begriff aus der Technik, der nur aussagt, daß irgendetwas auf etwas anderes Druck ausübt. Die Verwendung des technischen Begriffs "Repression" der nur dazu dienen kann, Quantitäten auszudrücken, hat schwerwiegende politische Konsequenzen, wenn er dazu benutzt wird, das Verhältnis zwischen gesellsch. Klassen, also ein qualitatives, darzustellen. So stellt man dann die "Zunahme der Repression" fest, d.h. ihre Ausdehnung, ohne dadurch das grundsätzliche Verhältnis ... zu begreifen (RZ)

Wir sind mit anderen der Meinung, daß die bundesweiten Durchsuchungen und Verhaftungen vom 18.12.1987 (Köln, HH usw.) in erster Linie präventiv und frühzeitig wichtige Inhalte und Diskussionen zu den Themen Gentechnologie, Bevölkerungspolitik, Flüchtlings- und Sozialpolitik stören und kriminalisieren sollten. Im letzten Jahr hat sich zunehmend Bewußtsein dafür entwickelt, daß die einzelnen Arbeitsansätze - die oft voneinander isoliert, verschiedene Instrumente imperialistischer Arbeits- und Sozialpolitik zum Ausgangspunkt hatten - zusammengeführt werden müssen, um die Teilbereichhaftigkeit autonomer Politik zu überwinden und gemeinsame politische Begrifflichkeiten und Positionen zu entwickeln.

Der beste Schutz vor Repression ist die konsequente Weitertreibung dieser Diskussion, ihre politische Zuspitzung und Verbreiterung! Die Maßnahmen der BAW waren Katalysator für dieses Bewußtsein und damit wird ihre Aktion zum Bumerang.

D.h. für uns, daß wir uns weniger mit der polizeilichen Repression, dem Bullenapparat, sondern vielmehr mit den schon erwähnten Instrumentarien imperialistischer Sozial- und Arbeitspolitik beschäftigen wollen, von denen die Klasse weltweit (repressiv!) betroffen ist.

D.h. genau die programatischen Entwicklungen innerhalb einer autonomen und sozialrevolutionären Strategiedebatte zu forcieren, die torpediert werden sollen.

Unser Anliegen: eine Sensibilität dafür zu entwickeln, daß z.B. IWF - Programme in den drei Kontinenten, Bevölkerungspolitik dort und humangenetische Auslese und Züchtung hier, Hunger/Vertreibung und Flüchtlingspolitik dort und Verschärfung des "Asylrechts" hier, die brutale Vernutzung von Frauen weltweit und

internationale Arbeitsteilung, nichts als Durchsetzungsformen und Hebel einer Weltsozialpolitik sind, die den kapitalistischen Zwang zur Arbeit und Kontrolle der Bevölkerungsmassen sicherstellen sollen.

In der Kombination von rassistischer Ideologie, einer Bevölkerungs- politik der Auslese und Ausmerze, einer Wirtschafts- und Sozial- politik der Verarmung und Aussonderung von Alten- und Eingeschrän- kten..., stellt sich brennend die Frage nach der Kontinuität dieses menschenverachtenden Herrschaftskonzeptes, daß offensichtlich in der Tradition der nationalsozialistischen "Neuen Ordnung" Mehr- wertabschöpfung und Entwicklung in der Metropole gekoppelt hat mit der Vertreibung und Vernichtung in den 3 Kontinenten.

Brief von Ulla Penselin

Liebe FreundInnen,

meine politischen Aktivitäten der letzten Jahre habe ich — wie viele wissen — auf das Thema Bevölkerungspolitik konzentriert. Das bedeutet für mich Widerstand gegen eine Politik der Herrschenden, die Menschen mit den verschiedensten Methoden je nach wirtschaftlichem Bedarf und politischer Opportunität hin und her verschiebt, sie in die geforderten (Leistungs-)Normen zwingt oder vernichtet:

Auslese der für's System brauchbaren, Ausmerze der unbrauchbaren und Wi- derstand leistenden Menschen — die Anwendung des Kosten-Nutzen-Prinzips auf den Menschen. Neben die traditionellen Mittel der Bevölkerungskontrolle wie Abtreibungsverbot/Zwang zur Abtreibung, Gesundheitswesen, Familienide- ologie, Frauenbild und -mord treten zunehmend Instrumente, die die Selektion schon vor der Geburt ermöglichen sollen: vorgeburtliche Diagnostik, Humange- netik, Reproduktionsmedizin, Gentechnologie (wobei gerade letztere noch sehr viel mehr Aspekte hat — wie z.B. Forschung zur bakteriologischen Kriegsfüh- rung, Nahrungsmittelpolitik, Business).

Daß sich diese Instrumente der Bevölkerungspolitik in erster Linie an oder viel- mehr gegen Frauen richten, liegt in der Natur. Den Widerstand aber alleine mit der Forderung nach Selbstbestimmung über unsere Körper und als Angriff auf eine männliche Medizin zu leisten, greift zu kurz. Wohin solch ein eingeschränk- ter (metropolenbornter) Selbstbestimmungsbegriff führt, das zeigt sich inzwi- schen allerorten, wenn Frauen anfangen, z.B. an Gesetzen zur Leihmutterchaft, zu Laborsicherheit oder dergleichen mitzubasteln oder nach Argumenten suchen, ob frau nicht doch hier oder vielleicht dort von „technischen Fortschritt“ profi- tieren könnte. Solch ein Denken behauptet eine Freiheit der Wahl, die für die meisten Menschen nicht existiert. Sobald aber Gentechnologie, Humangenetik usw. als Instrumente der imperialistischen und patriarchalen Ausbeutungs- und Unterdrückungsmaschinerie begriffen werden und das Ziel das Leben aller Men- schen in Freiheit ist, gibt es auch zu allen Aspekten der Bevölkerungspolitik keine Wenn's und Aber's, keine Partizipation, sondern nur konsequenten Widerstand. Genau wie an anderen Themen z.B. Frauenarbeit, Sexismus, §218, Vergewaltig- ung, Frauenhandel muß es gelingen, die Diskussionen und praktischen Ansät- ze, die es an vielen Ecken und Enden gibt, zu verknüpfen und in eine revolutionä- re, internationale, feministische Politik umzusetzen, die ihre Kraft und Stärke aus der Vielfalt ihrer Aktionen bezieht.

Ihr seht, ich kann Euch aus dem Knast heraus keine theoretischen Weisheiten ver- mitteln, die nicht schon diskutiert worden wären, eine ganz praktische und ganz alte Weisheit allerdings doch:

Solidarität ist eine Waffe!!!

Es ist eine überwältigende und kraftgebende Erfahrung, das so konkret bis hier in den Knast herein zu spüren!

Kraft und Liebe für alle, die überall in der Welt drinnen und draußen leiden und kämpfen und Dank an alle bekannten und unbekannten FreundInnen für ih- re Solidarität und tatkräftige Unterstützung!

Sozialpolitik hat neben der Arbeitspolitik des Staates (als Aktions- ebene des Kapitals) die Funktion auf der Reproduktionsseite des gesellschaftlichen Lebens einzuwirken, die Unterwerfung unter den Arbeitszwang zu sichern, und die Leistungsfähigkeit und -bereit- schaft der Klasse herzustellen.

SOZIALPOLITISCHER DATENANGRIFF UND STAATLICHE

REPRESSION

Die Sozialverdatung ermöglicht dem Staat eine genaue Erfassung des Arbeitsverhaltens im Produktionsprozess(z.B. Beschäftigungs- dauer, Krankheitsverhalten und Fehlzeiten ect.)

Um den Datenangriff auf einzelne zu garantieren, begann ab 1964 die Vergabe der Versicherungsnummer und Betriebsnummer (2000 Daten pro Person Standard). Die 1972 eingeführte Daten- erfassungsverordnung/Datenübermittlungsverordnung (DEVO/DÜVO) verpflichtet alle Stellen auf die Verwendung maschinenlesbarer Belege und schafften dadurch einen einheitlichen Datenfluß zwischen Betrieben, Krankenkassen, Rentenversicherung und Bundes- anstalt für Arbeit. Der Aufbau der Sozialdatenbank sicherte eine größere Transparenz der Sozialversicherungsträgers und des Arbeitsmarktes. Sie liefert Material über persönliche, medizinische und wirtschaftliche Daten, welche ständig auf aktuellstem stand gehalten werden. Zuträger sind die Sozial- versicherungen, Arbeitsamt, Krankenkassen und Versorgungs- und Gewerbeaufsichtsämter. Durch diesen Datenaustausch wird das Sozialverhalten in seinen gesellschaftlichen Dimensionen simulierbar und kann entsprechend präventiv eingekreist werden.

Um das Sozialdatengebäude noch zu erweitern, plant die Bundes- regierung die Einführung eines Sozialversicherungsausweises mit der Versicherungsnummer als Nummerncode. Dadurch wird es sowohl den großen Sozialleistungsträgern, als auch Wohngeld- stellen, Sozial- und Jugendämter und Gerichten ermöglicht sich untereinander sensible Dateien über Krankheit, Arbeitsverhalten und Berufsunfähigkeit weiterzureichen. Auch bei Polizei und Staatsschutz ist es übliche Praxis auf die Datenbestände der Versicherungsträger zurückzugreifen als auf die weniger aus- sagekräftigeren Daten der Meldebehörden. Das bedeutet, daß bereits sämtliche Lebensbereiche datentechnisch durchdrungen und dem Arbeitgeber die Möglichkeit gegeben ist Informationen über Arbeits- und Sozialverhalten abzurufen. Über solche Identifi- zierungssysteme wie z.B. das Personalinformationssystem(PIS) oder Werksausweise wird der/die ArbeiterIN im Produktions- prozess integriert und nach seiner/ihrer Verwertbarkeit einge- setzt. Der Mensch als Träger der Ware Arbeitskraft wird somit ein kalkulierbarer Faktor des Kapitals. Bei der Auswahl von Arbeitskräften findet eine klare Selektion statt. In diesem Rahmen werden auch vermehrt Arbeitsmedizinische Vorsorgeunter- suchungen durchgeführt z.B. in Form von Blut- und Urintests, in denen die Untersuchung der Erbanlage eine wachsende Rolle spielt. Mit Hilfe der jeweiligen Ergebnisse kann die Arbeits- kraft am kostengünstigsten eingesetzt werden, d.h. diejenigen auszusondern, die aufgrund gesundheitlicher Anfälligkeiten z.B. gegenüber krebserregenden Chemikalien im späteren Krank- heitsfall hohe Kosten sowohl für den Arbeitgeber als auch Krankenkassen verursachen würden. Entlassungen bzw. erst gar keine Einstellung, Diskriminierung von bestimmten Menschen- gruppen aufgrund besonderer Merkmale und Gefährdungen sowie

die Privatisierung und Individualisierung von Berufsbedingten Krankheiten wären die entsprechenden kostendämpfenden Maßnahmen. Die Verantwortung der gesundheitlichen Schäden wird dem Einzelnen übertragen. Die Beitragssätze in der Sozialversicherung werden erhöht, die Leistungen minimiert. Aufgrund der bestehenden Lohnabhängigkeit ist es dadurch möglich, Existenzgrundlagen zu bestimmen und zu zerstören.

Die geplante Einrichtung eines Zentralcomputers bei den Krankenkassen, in dem alle Behandlungsdaten erfasst und sogenannte "Leistungskonten" erstellt werden, bilden einen weiteren Baustein im Zuge der fortschreitenden Totalerfassung der Bevölkerung. Zusätzlich soll bei den Kassen ein Medizinischer Dienst eingerichtet werden, der u.a. Krankengeschichte aufsuchen und kontrollieren kann. Damit wird ein neues Aussonderungsinstrument geschaffen, das an die NS-Leistungs- und Arbeitsmedizin anknüpft und die Krankenstände gegen Null treiben soll.

SANIERUNG DER STAATSKASSE UND SENKUNG DER "SOZIALEN LASTEN"

- * Neben den Umstrukturierungen im Produktionsbereich werden durch sozialrechtliche Änderungen ganz wesentlich die Sozialgelder gesenkt und Sozialleistungen teilweise durch Privatisierung ersetzt oder als unbezahlte Arbeit wieder in die Familien - als Mehrarbeit der Frauen - verlagert. Die Staatskassen eignen sich durch gigantische Umverteilungen den Sozialfonds (Sozialanteile der Löhne) der Klasse an; der Staat saniert also seinen Haushalt, in dem er seine sozialstaatlichen Kosten abwälzt auf die Krankenkassen, die Rentenversicherung, die Bundesanstalt für Arbeit, und damit letztendlich über Beitragssteigerungen die Versicherten belastet, was nichts anderes als systematischen indirekten Lohnraub bedeutet. Der "Sozialstaat" ist eine Umverteilungsagentur; dieser Transfer vom Sozialfonds in die Kapitalbildung der Konzerne ist eine Dauererscheinung klassischer Sozialpolitik.
- * Zweitens, die "sozialen Lasten" werden durch einen Ausgrenzungsprozeß von Menschen reduziert, der in der Systematik und Kälte seiner Kosten-Nutzen-Analyse an die Menschenökonomie der NS-Technokraten erinnert. Stichworte dazu sind die Demontage der Krankenversicherung, d.h. Leistungskürzungen und drastische Eigenbeteiligungen (Kostendämpfungsgesetze), das Herausfallen der Arbeitslosen aus der Arbeitslosenversicherung und der gleichzeitige Abbau der Sozialhilfe, das Subsidiaritätsprinzip in der Sozialhilfe, die soziale und finanzielle Vernichtung des Existenzrechts der Alten, Schwerbehinderten, der Psychiatrisierten. Die soziale Euthanasie an Alten, Verarmten, Kranken, wird ideologisch programmiert und begleitet von einer Öffentlichkeitskampagne der Schuldzuweisungen an die Kranken, Eingeschränkten und Alten als Parasiten des Sozialstaats selbst; auf die ideologischen Kampfbegriffe wie Leistungsmissbrauch, Kostenexplosion, Eigenverantwortlichkeit, Rentenkrise, Alterslastquote, Überalterung, Krise des Sozialstaats und die brutalisierten Kosten-Nutzen-Analysen folgt in diesem Denkmuster die Diskussion der Sterbehilfe, der Weiteren Ausgrenzung in Sterbeeinrichtungen, aber auch die Forcierung der Eugenik und Humangenetik.

Gegenüber den zwangsweise vertriebenen Flüchtlingen, die hier in der Metropole versuchen ihren Anspruch auf Leben durchzusetzen hat der BRD-Sozialstaat ein Instrumentarium an Sondermaßnahmen entwickelt, daß gleichzeitig sozialpolitisches Experiment wie Drohung und Spaltung gegenüber anderen Teilen der Klasse ist. Kürzung der Sozialhilfe, Lagerhaltung, Umverteilung, Lebensmittelgutscheine, Sondergerichtsbarkeit, Abschiebung und rassistische Angriffe sind zu sozialpolitischen Herrschaftstechniken geworden, die die Metropole von der weltweiten Armut abschotten sollen.

AIDS ALS WAFFE

Die staatlichen Zwangsmaßnahmen im Kontext Aids finden ihre ideologische Zielsetzung

- im Schutz der "Volksgesundheit"
 - im Schutz der "Gesunden" vor den "Kranken"
- Auf den verschiedenen Ebenen der Administration werden neue Organe und Einrichtungen geschaffen, z.B. Arbeitsgemeinschaft des BMJFFG, Nationaler Aids-Beirat, Bildung von ämterübergreifender Kommissionen auf kommunaler Ebene.
- Die staatliche AIDS - Prävention und Ausdifferenzierungen durch AIDS-Statistiken (anonyme Meldepflicht), epidemiologische Auswertung, AIDS - Register, sozialepidemiologische Erhebungen, Erfahrungsberichte der Gesundheitsämter und Beratungsstellen usw. setzt die Unterbindung bzw. Minimierung der Übertragungssituation durch die Bestimmung der Risiko - und Hochrisikogruppen voraus.
- Es folgt eine Bestrafung, Psychiatrisierung oder Internierung für sog. Unbelehrbare. Aus Opfern werden Täter gemacht anstelle Ausstiegshilfen für z.B. Prostituierte zu schaffen, die sowohl finanziell wie inhaltlich adäquat wäre.
- Neben der drohenden Internierung erfolgen als sozialpolitische Zwangsmaßnahmen
- * unfreiwillige Tests, Isolation und Sonderbehandlung im Knast
 - * die Instrumentalisierung von AIDS zur Legitimation und Organisation des alltäglichen Rassismus, z.B. unfreiwillige Testung von StudentInnen und PraktikantInnen aus Ländern der sog. dritten Welt und zur Grenzschießung gegenüber Flüchtlingen
 - * unfreiwillige Tests durch Ämter, Kliniken und Betriebe, diese bereiten einen antisozialen Gebrauch von AIDS im Sinne einer Selbstverschuldung und der daraus folgenden Ausgrenzung vor.
 - * der Abbau von elementaren Rechten, z.B. Einschränkungen des Versicherungsschutzes, der Sozialleistungen, sowie das Prinzip des Selbstverschuldens im Krankheitsfall.
 - * Forschungsvorhaben, bes. Sozialwissenschaftliche, die nicht garantieren, daß Daten vor dem staatlichen Zugriff geschützt sind und die Verwendung von Forschungsergebnissen zur Komplettierung von Begründungszusammenhängen zur Ausgrenzung, Sonderbehandlung und Destabilisierung der von AIDS betroffenen Szenen.
 - * staatliche Präventionspolitik, die AIDS
 - zur Stabilisierung bürgerlicher Moralmaßstäbe
 - zur Reorganisation der patriarchalischen Kleinfamilie als Ort unbezahlter weiblicher Reproduktionsarbeit gebraucht und
 - als weitere Zurichtung des Sexuellen für eine umfassende Unterwerfung und Einbindung in den Arbeitsprozeß und die Zurichtung des Lebendigen auf Verwertung.

Kontakt z.B. über:
Krasse Zeiten c/o Umweltladen Herderstr. 35, 62 Wiesbaden



INTERNATIONALISMUS

Im September 88 findet in Berlin der Gipfel der internationalen Widerstandsbewegung statt. Dazu wird eine internationale Debatte geführt, die sich mit der Weltsozialkonfliktualität auseinandersetzt und in eine Kampagne zu einem neuen Internationalismus und gegen den IWF mündet.

Die Konzeption geht von folgenden Ausgangspunkten aus:

I.1. Da stehen ganz oben die weltweit beachteten Kämpfe in Südafrika, den Philippinen und Südkorea, die Riots und Hungerrevolten in Haiti, Tunesien, Marokko, Ägypten und Somalia, die Landbesetzungen in Brasilien, Mexiko, Bangladesh und den Philippinen, der Zyklus weltweiter StudentInnenunruhen in Frankreich, Spanien, China und Korea, die Kämpfe und Kriege im Libanon und auf Sri Lanka.
I.2. Wir müssen uns vor Augen führen, daß das Subjekt dieser Kämpfe, wie auch eines ganz alltäglichen Widerstandes (häufig) Frauen sind. Sie tragen eine große Rolle für "neue soziale Bewegungen", viele, wenn

nicht die meisten, Ansätze einer Organisation bzw. Infrastruktur von unten werden von Frauen organisiert. Meist sind sie es, deren Kämpfe und Widerstandsformen nicht begrenzt

sind, sondern einen umfassenden Widerstand ausdrücken, einen gegen Patriarchat und Imperialismus.

II. Auf der anderen Seite steht eine imperialistische Strategie, die weltweit 1/2 Milliarde Menschen vertrieben hat, deren einer Teil in Lagern und Slums ein ständig gefährdetes Dasein führt, deren anderer Teil in Hungermärschen und Hungerlagern schlicht dem Tode ausgesetzt ist, der Vernichtung preisgegeben wird. In weiten Teilen Afrikas, wie auch Brasiliens und den Lagern des Libanons und den Städten Sri Lankas findet ein Völkermord unermesslicher Dimension statt, während beispielsweise in Teilen SE Asiens die Landflüchtigen noch eingebaut werden in einen Verwertungs- und Akkumulationszyklus. Insgesamt liegen jedoch, betrach-



tet mensch sich Süd und Mittelamerika, Vertreibung, Entwicklung und Vernichtung nicht bei einander.

III. Ein zentraler Bestandteil und Ansatz der derzeitigen Strategie der Weltbewegung/IWF ist der verstärkte Zugriff auf die Frauen weltweit. In der offiziellen Version verschiedener entwicklungspolitischer Modelle soll ihre Einbindung in den Weltmarkt ausgedehnt werden. Einerseits werden sie zunehmend - dies ist nicht neu - den sozial- und bevölkerungspolitischen Absichten (gen)technologisch unterworfen, andererseits verschärft sich der Angriff des Weltkapitals auf die Frau, die Arbeitskraft der Frau als ganze weltweit.

IV. Weiter bahnt sich ein Weltmarktprozess an, der u.a. Brasilien, Argentinien, Philippinen und Südkorea umfaßt, aber entgegen allen Hoffnungen den dort lebenden Menschen keine Verbesserung ihrer Lage gebracht hat, sondern sich nur eine neue, bürgerliche Basis für das ewig alte Geschäft des Kapitalismus verschafft.

V. Besonders spektakulär ist der Börsenkrach am internationalen Weltfinanzmarkt und die weltweite Schuldenkrise, beides ist Inhalt linker Verständnisdiskussionen. Während die Schuldenkrise eine ungeheuren Kap-

italtransfer von der 3. Welt in die Metropolen bedeutet und die Massenverarmung von 4/5 der Weltbevölkerung besetzt ist der Börsenkrach gleichbedeutend mit mehr oder minder großen Einbrüchen in den Weltmarkt, deren Folgen weitere sozialpolitische Sparoperationen und steigende Massenarbeitslosigkeit hier sein werden. Beides sind zwei Seiten der Welt- (Finanz) Krise.

VI. In vielen Regionen sind die Menschen konfrontiert mit Todeschwärmen, low-intensity-wars und Massenvernichtungskriegen wie am Golf. Aufstandsbekämpfung, Krieg Massenvernichtung und Entwicklungsmodelle liegen häufig dicht beieinander. Um zu einem strukturellen Verständnis der Gesamtheit weltweiter imperialistischer Strategie zu kommen, müssen wir die genannten, bisherigen weitgehend einzeln betrachteten Konflikte, zu einer Darstellung der derzeitigen Weltlage zusammenfassen und auseinanderheraus erklären und begreifen. Angesichts unserer Ohnmacht gegenüber den Dimensionen globaler Prozesse reicht es nicht mehr, in Einzelaspekten zu verharren, vielmehr ist ein ant imperialistisches Neuverständnis vonnöten, um uns unserer internationalen Bezüge zu versichern.

Unsere zentralen Fragen in aller Kürze, sind die nach:

- Klasse und Klassenbegriff
- Frauen und Patriarchat
- den Flüchtlingsbewegungen
- einem Neuverständnis sozialer Bewegungen und den sehr breiten und verschiedenen Widerstands- bzw. Verweigerungsformen
- dem Verhältnis von politischer Organisation zu sozialen Bewegungen, nach einer Imperialismusanalyse zwischen den Eckdaten
- Weltsozial- und Bevölkerungspolitik
- Entwicklung und Modernisierung
- Geld, Schuldenkrise
- low-intensity-wars
- strategischen Sektoren des Kapitals

nach dem Brennpunkten der Weltklassenkämpfe

- unseren Bezügen
- unserer Praxis, Solidaritätsarbeit, praktischer Internationalismus

Am Ende steht der Versuch, aus den einzelnen Fragen, Diskussionen und Diskursen ein Neuverständnis des Anti-Imperialismus und internationalen Zusammenhanges und eine linke Praxis, die diesem Imperialismus entspricht, zu entwickeln.

Strat. von Ulla Puschkin

Ich höre, ihr wollt wissen, wie es mir geht. Ich habe mich selten so wenig einsam, so zusammengehörig mit euch gefühlt, wie jetzt. Ich weiß nicht, wie es ohne euch wäre - im Moment kann ich sagen, es geht mir gut (wie heißt es doch, den Umständen entsprechend).

Ich kriege viel mit. Mit all der Post ist schon ein ganzer Ordner gefüllt, immer mal wieder kommen Leute an die Mauer, rufen, singen. In der TAZ finde ich Grüße, Ankündigungen zu Veranstaltungen und Demos (allerdings wenig Infos um das ganze drumherum). LeserInnen schreiben Brief, Gedichte. Das alles zusammen ist, persönliche und politische Ermutigung. Geschichten aus dem Alltag und das Wissen, daß es draußen (und erst recht!?) an den Inhalten weitergeht, gibt mir Kraft, macht Mut - ist einfach toll!

"Solidarität ist eine Waffe" ist kein Propagandaspruch, sondern heißt Leben - unser Leben - auch im Knast.

Gleichzeitig auch Realität der Isolationshaft - wenn sie meinen Kopf auch nicht besetzt hält. 23 Stunden am Tag in 26,22 m³ (steht draußen an der Zellentür). Raus nur bei Besuch, zum Dusch (alleine) und für die Stunde Hofgang pro Tag (alleine). Jeder Wortwechsel mit irgendeiner Gefangenen soll verhindert werden. Gelegenheit dazu gibt es wenig: vielleicht auf dem Flur wenn ich irgendwo hingebraucht werde oder beim Hofgang vorm Haus wenn eine am Fenster ist. Dann drohen der vorzeitige Abbruch der sog. Freistunde und infolgedessen Disziplinarstrafen, wie z.B. Sperrung des Hofgangs für eine Zeit. Das alles ist erstmal unangenehm von Inhalten, egal ob "Guten Morgen", "Wie heißt du?", "Hast du die Demo gestern gehört?", "Welches Buch liest du gerade?" oder "Das wollen sie doch gerade, bezwecken, daß wir uns ducken". Selbst solche Bruchstücke, weit entfernt von Gesprächen, haben hier eine immense Bedeutung für uns!

Das verordnete Schweigen durchbrechen, nicht mundtot sein. Um diese Bedeutung wissen sie auch! Zur Zeit komme ich zum Hofgang nicht mehr auf den Platz vorm Haus (immerhin ein bißchen Rasen mit nem Plattenweg drumherum, Möglichkeit zu Laufen und eben die Fenster), sondern etwas weiter weg auf einem kurzen Stück Kopfsteinstraße, zwischen Toren, auf einer Seite ca. 5 Meter hohe Mauern, an der anderen Seite Hauswand, eine Schlucht. In der Zelle laufen geht nicht, wenig

einmal am Tag den Kreislauf ankurbeln. Auf diesem Plätzchen ist alles voll mit Taubenscheiße, weil die Typen dort Brotreste und ähnliches aus dem Fenster schmeißen (ich versuch die Tauben zu beschwören, daß die Bewacherin auch mal was auf den Kopf kriegt). Und in der Begründung für diesen Ortswechsel kommt dann klar zum Ausdruck, daß es nicht nur abstrakt darum geht, unseren Mund zu verschließen, sondern besonders auch den Kontakt zu den anderen § 129a Gefangenen: hier ist es Barbara Ernst, zu verhindern.

Dieses Abschneiden von jedweder gewohnten und lebensnotwendigen Auseinandersetzung wird mit den verschiedensten Mitteln, natürlich auch in Bezug auf die Kontrolle nach draußen, durchgezogen. Besuche von FreundInnen sind überwacht und mit Trennscheibe.

Anwaltsbesuche auch durch die Scheibe, die Rost wird verschleppt (Postwege bis 14 Tage), Briefkontrolle (auch Anwaltspost), ständige Beschlüsse vom BGH über Nichtaushändigung von Post (z.B. Flugblätter und Zeitungsartikeln), da wird dann ungehemmt aus einer Broschüre rausgerissen. Im Moment werden dauernd Kopien nicht ausgehändigt, (unabhängig vom Inhalt, z.B. Liedtexte, damit ich mal einen Text zu Ende weiß und vor mich hin singen kann). Das wäre z.B. eine massive Behinderung bei der Versorgung mit Material für eine längerfristige thematische Arbeit, denn es steht eben nicht alles wissenschaftliches in Büchern, von denen ich jeweils 20 auf der Zelle haben kann.

Es gibt so viele Grenzziehungen, und ständig stößt du auf neue. Ein täglicher Kampf dagegen an, und gleichzeitig der Zwang, damit umgehen zu lernen. Du mußt z.B., einfach akzeptieren, daß du so gut wie nichts bekommst, ohne nen schriftlichen Antrag (höchstens das Antragsformular), aber diesen Antrag dann auch schreiben und nicht locker lassen, da könnte wohl jeder Gefangene Romane drüber schreiben.

Und das heißt für euch auch: die Grenzen immer wieder ausprobieren, sich nicht selber begrenzen (neue Luftballons habe ich mit der Post gekriegt und meine Querflöte bekomme ich auch, das hätte ich beinahe nicht beantragt, das wird so wie so nichts...)

Eine Haftbedingung ist noch zu erwähnen: eine beabsichtigte "Isolation von mir selbst": keine eigene Kleidung.

Was noch? Es fehlen tausend Kleinigkeiten, die den Knastalltag bestimmen, die sich - manchmal - unversehens zu einem Berg auftürmen, wenn ich gerade denke, auf halbwegs sicherem Terrain zu sein.

Das treibt manchmal die Tränen in die Augen - ausgeliefert sein - Wut, aber keine Entmutigung.

Seid alle ganz lieb begrüßt und laßt auch ihr euch nicht beirren

STATTBAU - NACHSCHLAG

heilige Tagelagerung. Und der Aufschrei kommt auch immer aus der gleichen Ecke: AL, TAZ & Konsorten und das zeigt uns, daß die Aktion auch getroffen hat! Das ist gut so!

Wir sahen unsere Aktion vor allem im Zusammenhang mit dem nicht öffentlichen Treffen in der Urbanstraße.

Das Treffen in der Urbanstr. hatte den Zweck, die Kräfte aus Kreuzberg an einen Tisch zu kriegen, die Interesse daran haben, daß sich solche Ereignisse wie der 1. Mai nicht wiederholen. Dem steht unser Interesse entgegen, weil wir den 1. Mai mit all seinen Widersprüchen, als einen, wenn auch kleinen, Ansatz begreifen, dass sich Teile der Klasse von unten organisieren können. Das es möglich ist, sich zusammen das zu nehmen, was uns sowieso gehört. Und während sich die Integrationsstrategen mit Bundestagsabgeordneten in der Urbanstr. von Bullen bewachen ließen und über uns "Sozialfälle" quatschten und uns zu ihrer Verhandlungsmasse machten, sind die "Problemkinder" bei Stattdbau vorbeigegangen, um zu zeigen, daß wir unsere eigenen InteressenvertreterInnen sind!

Bezeichnend ist, daß in allen Erklärungen von Stattdbau und anderen nur immer von Franziska Eichstädt die Rede ist, und daß sie nie Mitarbeiterin des Deutschen Instituts für Urbanistik (DIFU) war. Nie ist die Rede von den Geburtshelfern von Stattdbau, Papenfuß und Sötje, weil scheinbar klar ist, daß es sowieso Schweine sind!! Das hartnäckige Leugnen F. Eichstädt ihrer Mitarbeit bei DIFU und die Leichtgläubigkeit von vielen, zeigt uns auch einen Fehler unserer Erklärung: Wir wissen nicht, was für einen Arbeitsvertrag sie bei DIFU hatte und glauben ihr auch gerne, daß sie dort nicht fest eingestellt war. Mitarbeit heißt aber mitarbeiten, und dies ist wiederum für jede/n nachprüfbar (z.B. in der AGB). 1978 arbeitete F. Eichstädt zusammen mit H.G.

Claussen an einer Studie für das DIFU, mit dem Titel: "Städtisch Wohnungs- und Verkehrsplanung. Untersuchungen zur Planungsintegration am Beispiel der Städte Bochum, Darmstadt, Wiesbaden." Planungsintegration steht hier für die sozialtechnische Aufspürung von "weichendem Verhalten", und deren Überführung in ein Konzept neuer sanfter Herrschaftssicherung.

In den folgenden Jahren bildet nun diese Aufstandsbekämpfungsfor-schung den zentralen Zusammenhang der Arbeit F. Eichstädt. Diese Arbeit von ihr ist nun keinesfalls ihr "Hobby", sondern integral Bestandteil der Counterforschung des DIFU. Die Konzepte des DIFU sind dabei keineswegs nur Sandkastenspiele, sondern werden auf höchster Planungsebene unterstützt und gefördert. Die Studie F. Eichstädt bekommt ihre Brisanz dadurch, daß sie als Vorarbeit zu einem Projekt des DIFU zu verstehen ist, das diese

durchführten: "Erneuerung innerstädtischer Problem-
gebiete. Ein Dreiländervergleich: BRD, GB, USA. ". Das DIFU hatte die
Projektleitung für die BRD. Ausgangspunkt war, daß trotz unterschied-
licher nationaler Entwicklung viele Großstädte der westlichen Industria-
nationen ähnliche Probleme aufwiesen. In ihrer Terminologie nannte
sie dies "Verfall" und, mensch beachte, "Krise der Städte".

Ein wichtiges Ergebnis für die BRD war folgendes: "Wohnraum- und
Wohnumfeldverbesserung in innerstädtischen Altbauquartieren unter der
Beteiligung der dortigen Bewohner (Selbsthilfeaspekt)".

So ist auch die Teilnahme des DIFU an dem EKA-Symposium "Städtebau
und Kriminalität" vom 11.12. - 13.12.1978 in Wiesbaden kein Zufall.
Ein gewisser K.-O. Kein stellte dort in einem Referat "Stadt, Wohnung
und Gewalt" das vom BKA im Schlußwort loblich erwähnte Projekt des
DIFU dar: "Das Deutsche Institut für Urbanistik, an dem ich arbeite
und für das ich hier spreche, hat die Durchführung einer V o r -
s t u d i e beschlossen, in der die Problematik eines Zusammenhangs
zwischen städtischer Ausstattung und dem Auftreten von Gewalt erklärt
werden soll."

Für uns jedenfalls ist klar: F. Eichstätt, Sötje und Papenfuß sind
erfahrene Strategen des Klassenkampfes von oben.

Stattbau ist dabei nicht die neue Zentrale des Bösen, sondern Teil
einer Strategie, die bewußt oder unbewußt von den MitarbeiterInnen
getragen wird. Nach dem Woher und dem Warum wird nicht gefragt, sondern
nur auf dessen positive Seite verwiesen: Schöneres Wohnen in unserem
Kiez. Wir haben an sich nichts gegen renovierte Buden und einen warmen
Arsch im Winter; doch für welchen Preis? StadtplanerInnen haben kein
selbstloses HelferInnen-Syndrom, deren "gutgemeintes" Engagement ist
die Antwort auf Kämpfe. Diese Kämpfe um mehr Geld ohne Arbeit eskalie-
ren weltweit: New York, Großbritannien, Italien, BRD, Westberlin, etc.
Da ihnen ausschließlich mit Mitteln der Repression nicht beizukommen
ist, werden Befriedungsmodelle, die auf Integration und Spaltung ba-
sieren, entwickelt. Überspitzt formuliert ist das DIFU die Theorien-
schmiede für die praktische Umsetzung a la Stattbau. Gegen die Viel-
schichtigkeit der Häuserbewegung wurde Beziehungsarbeit als Spaltungs-
instrumentarium gesetzt. Ihr "persönliches Engagement" brach die ver-
krusteten zentralistischen Verwaltungsstrukturen auf, die sich als
unfähig erwiesen, mit der Breite der Bewegung umzugehen. Die Stadtpla-
nerInnen gingen in die Viertel, bauten Beziehungen zu den Bewohnern
auf, und die daraus entstehenden Abhängigkeiten garantierten ein rei-
bungsloseres Umsetzen ihrer Pläne. Die Feinde tauchten in dem Gewusel
der direkten BürgerInnenbeteiligung unter.

Ziel war und ist die Umwandlung gesellschaftlicher Widersprüche und
Kämpfe in sozial handhabbare Probleme. In diesem pragmatischen Refor-
mismus stecken zwei Momente: Die materielle Situation der Betroffenen

wird verbessert, doch dies für den Preis der Herrschaftssicherung
durch deren Einbindung. Wir wollen keine Glorifizierung der Armut.
Die Alternativen heißen nicht, Armut oder "behutsame Stadterneuerung",
sondern Selbstorganisation gegen ihre Integrationsversuche.
Integration bedeutet den Widerstand der Betroffenen, deren Kreativität
verwaltungsgerecht und kapitalkonform zurechtzustutzen. Dazu sind
Strategen wie Sötje, Papenfuß und Co. notwendig, aber auch deren Hel-
fershelfer: ehemalige BesetzerInnen, die als Teil der Gruppe die Ar-
beitsmoral überwachen und neue Alternativen durchsetzen: schufteten oder
ausziehen aus den Häusern oder die laut TAZ 9 (in Worten naun!) Mark
als sagenhaften Stundenlohn hochjubeln. Das inzwischen normaler Bau-
helferlohn gezahlt wird, ist, wenn überhaupt, nur der lohndrückenden
Funktion der Selbsthilfe zu verdanken.

Der Erfolg linker StadtplanerInnen kam auch deshalb zustande, weil
die vorhandene Identifikation mit den Häusern aufgegriffen wurde. Wir
hatten etwas zu verlieren. Geparat mit dem Kiezmythos entstand die Be-
wegung "unser Kiez, unser Haus muß schöner werden". Dafür wurde die
Selbstaussbeutung und die Kontrolle durch genossIn VorarbeiterIn und
Stattbauleute als "notwendig" in Kauf genommen.

Doch völlig glatt verlaufen die Prozesse auch nicht. Wieso gäbe es
sonst derartig viel klammheimliche Freude in den Häusern, kontrovers
verlaufende Diskussionen zum Anschlag in der Erneuerungskommission und
die Einschwürungsrituale auf die nicht vorhandene Einheit durch Statt-
bau?? Und wir unterstützen diesen Kurs noch immer durch unsere Kiez-
borniertheit, übernehmen die regional begrenzte Sichtweise und ver-
lieren darüber hinaus den Blick für gesellschaftliche Realitäten. Ein-
ige von uns wollen "Verantwortung übernehmen", politisch ernst genommen
werden - V o n W e m ? !

Wir haben mehr zu verlieren als "unsere Häuser" und kleine Läden.

W I R W I S S E N N I C H T , W A S D I E D A M E N U N D
H E R R E N V O N S T A T T B A U E M P F E H L E N ,
W I R E M P F E H L E N

S O Z I A L E R E V O L U T I O N ! ! !

DIE GHOST

Strategen des Klassenkampfes von oben

Bekennerschreiben zum Stattdau-Anschlag: »Aufgabe von Stattdau war von Anfang an Spaltung«

Am 20.1. '88 traf sich der Bundestagsausschuß für Jugend und Familie im Nachbar-schaftsladen Urbanstraße mit Vertretern der sog. Kreuzberger Sozialhilfeträger und Interessengruppen, um sich über die Folgen des 1. Mai zu informieren. Dieses Treffen war nicht-öffentlich. Nach dem 1. Mai und den nachfolgenden Kämpfen warben hier die »alternativen Projektvertreter« für ihre Vermittlerrolle zwischen »Kiez«-Bewohnern und Staat. Sie verlangten weitere finanzielle und politische Unterstützung. Anwesend waren unter anderem auch Vertreter von Stattdau, »dem alternativen« Sanierungsträger Kreuzbergs.

Wir dachten uns, wenn Stattdau zum Bundestagsausschuß geht, gehen wir zu ihnen.

Warum gerade Stattdau, wo das doch so nette Menschen aus dem Kiez sind, die uns bei so manchen Alltagsproblemen unterstützen und dabei noch den Kiez verschönern? Bekanntlich hängt die Entstehung von Stattdau mit dem Ende des Häuserkampfes zusammen. Die Spaltung der Bewegung in Verhandler und Nicht-Verhandler war der Einstieg für Stattdau (damals Netzbau).

Indem sie innerhalb der Bewegung die Spaltung zum Bruch mit vertieften, boten sie

sich dem Senat als ideales Instrument an, um das im Häuserkampf entstandene Machtvakuum aufzufüllen. Damit hatte der Senat seinen Fuß in der Tür der Bewegung.

Die Aufgabe von Stattdau war von Anfang an Spaltung, Aufstandsbekämpfung und Rekultivierung von Arbeit.

Von besonderer Bedeutung ist das Projekt »Besetzereck« (O. 198); mit Hilfe des »Sozialhilfeszwangsarbeitsparagrafen« werden Arbeitsplätze geschaffen, die a) die Bewohner von der Straße holen; b) sie zur Billigarbeit zwingen und c) die Sanierungskosten des Hauses für den Senat extrem verringern.

Dies geschieht alles unter dem Deckmantel, die Jugendlichen aus ihrer »no future«-Haltung rauszuholen, hat aber letztendlich den Sinn, Profite aus den scheinbar »Unproduktiven« zu ziehen. Doch nicht nur ehemals besetzte Häuser »betreut« Stattdau. In sog. »normalen« Mietshäusern heißt die Verarschung »Mietermispache« — Frage: »Welches Mülltonnerl hätten's denn gern?«

Die Erfahrungen und Methoden von Stattdau erweisen sich nach dem 1. Mai als nutzbringende Instrumente, um den aufgebrochenen Widerstand zu kanalisieren (Beispiel: Projekt 501, Beschäftigungstherapie für sog. »drop outs«).

Die neuen Leute von Stattdau erweisen sich beim näheren Hinschauen dann auch als erfahrene Strategen des Klassenkampfes von oben. Beispiel: Franziska Eichstätt-Bohlig war vor ihrer Geschäftsführerzeit bei Stattdau Mitarbeiterin des Deutschen Instituts für Urbanistik, der entscheidenden Planungsinstanz des BRD-Städtebaus. Peter Sötje, LiSt (Leben im Stadtteil)-Vorstand; Aufsichtsrat von Stattdau: Am 1. Mai 1974 wurde ihm von einer RZ der Wagen abgepackt, weil er als Weddinger Baustadtrat verantwortlich für den Abriss des Jugendzentrums »Putte« war. Danach wurde er Leiter der Senatskanzlei, der Koordinationsstelle zwischen alliierten Geheimdiensten und dem Senat. Reiner Papenfuß ist Nachfolger von Sötje in der Senatskanzlei und Mitglied des Aufsichtsrats von Stattdau in der evangelischen Kirche. Dem ungestörten Treiben in ihrer Zentrale in der Naunynstraße haben wir einen kurzen, aber umso heftigeren Besuch beschert. Dabei ging einiges zu Bruch. Überrascht waren wir von der von einem Stattdau-Heinz betätigten Alarmanlage, die unserem lustigen Treiben ein frühzeitiges Ende setzte. Wir hoffen, daß dadurch ihre Arbeit sabotiert wurde und dies nicht symbolisch verstanden wird.

Die Ghostwriter

Das von der Sozialverwaltung angeleitete Projekt 501 ist ein Programm für Jugendliche bis 25 Jahre, für die angeblich »keine anderen Förderungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen«. Der Name 501 kommt daher, daß 501 Jugendlichen eine 1-3jährige Arbeit verschafft werden soll. Weitere Bedingung ist, daß sie in 35 gemeldet sein müssen. Bereits im März soll eine Pilotphase mit 50 Teilnehmern beginnen. Alles in allem sollen bei voller Auslastung 15 Mio DM jährlich fließen. Die Arbeits- und Sozialstrategen verkaufen ihr Projekt mit Sprüchen wie: »Den Vorstellungen der Jugendlichen über ihren Arbeitsplatz möglichst entgegenzukommen.« Sie denken vor allem an Tätigkeiten in Klein- und Mittelbetrieben, Verbänden und jetzt kommts, auch in Selbsthilfe- und Alternativprojekten, sowie Inis. Also weg von der Straße, rein in die Maloche. Ähnlich vorsichtig wie in Drogentherapien sollen die Jugendlichen freiwillig an die Arbeit herangeführt werden.

Mit ihren Worten, z.B. Staatssekretär Müller-Steineck: »Das Programm 501 wendet sich an »drop-outs«; also einen Personenkreis, bei dem die üblichen Arbeitsmarkt- und politischen Instrumente nicht greifen.« Außerdem hob er den Modellcharakter des Projekts hervor. Wenn das hier funktioniert, soll es BRD-weit angewendet werden.



Arbeitskampf bei einem Bergbauzulieferer -

Muckenhaupt in Hattingen

(Am 7. Februar machte die VSP in Rheinhausen eine Veranstaltung "mit Stahlarbeitern aus Belgien, Frankreich, Dortmund und Duisburg". Insgesamt war es wenig lohnend: die Arbeiter aus Frankreich entpuppten sich als Funktionäre der CFDT und der sozialistischen Partei Belgiens, die übrigen Anwesenden gehörten größtenteils zur VSP und agitierten sich gegenseitig mit ihrer Vergesellschaftungsforderung, wobei sie ständig die gute "Papierlage" bei den Gewerkschaften bemühten und sich auf IGM-Janßen beriefen. Ansonsten versuchten sich die BSAler mit dem unverzichtbaren Moneta anzulegen usw. Das einzig Interessante fanden wir den Bericht der Betriebsrätin eines kleinen Bergbau-Zulieferbetriebes aus Hattingen, die ohne große politische Floskeln von ihrem Kampf gegen die Stilllegung des Betriebes berichtete.)

Die Firma Muckenhaupt hatte etwa 300 Beschäftigte, eine "kleine Bude" bei der es um Arbeitsplätze mit knapp 2000 netto ging. Die Firma ist eine Tochter von Klöckner-Becorit, bei der es im Dezember auch um Arbeitsplatzabbau ging (s. Rheinhausen-Berichterstattung). Muckenhaupt stand im September kurz vor dem Konkurs und vor allem die Banken machten Druck, indem sie die Konten sperrten und neue Kredite verweigerten. Zeitweise ging das soweit, daß der Belegschaft keine Löhne - oder verspätet - ausgezahlt wurden. Die Belegschaft besuchte daraufhin die Gesellschafterversammlung und richtete ein eigenes Notkonto ein. Da die Lieferanten vor dem drohenden Konkurs noch ihre Materialien aus der Firma holen wollten, wurde eine 14-tägige Bewachung der Firmentreue organisiert und die Plünderung des Betriebs verhindert. Damit war zumindestens eine materielle Voraussetzung geschaffen worden, um noch eine Verhinderung des Konkurses zu versuchen. Da der Druck zur Schließung des Betriebes vor allem von den Banken kam, machte die Belegschaft spektakuläre Aktionen vor und in verschiedenen Banken. Bei der Deutschen Bank in Essen diskutierten sie mit der Personalrätin und den Beschäftigten, wobei es auch für diese interessant gewesen sei, mal mitzukriegen, was für Schweinereien mit ihrem "sauberen Geld" gemacht werden. Bei einer Bank hätten sie angeblich für 80.000 Mark Teppichboden ruiniert, erzählte die Betriebsrätin verschmitzt - das würde ihnen noch heute vorgehalten. Durch den ganzen Wirbel - sie beteiligten sich auch sofort an den Straßenblockaden der Belegschaft von Klöckner-Becorit in Castrop-Rauxel - und vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen in Hattingen um das Stahlwerk, sprang schließlich das Land ein, und übernahm eine Zwei-Millionen-Bürgschaft. Der Konkurs konnte so in einen Vergleich mit den Schuldnern umgewandelt werden, insgesamt 77 Leute wurden Entlassen, aber schließlich zu besseren Bedingungen als ursprünglich vorgesehen.

Die Betriebsrätin wies auf den Zusammenhang zur gesamten Bergbaukrise hin. Vor allem würde an diesem Beispiel auch klar, daß mit dem Wegfall von Arbeitsplätzen bei Kohle und Stahl auch eine Menge von Kleinbetrieben betroffen sind, in denen die ArbeiterInnen zu sehr viel schlechteren Bedingungen rausfliegen, da sie nicht der Montanbestimmung unterliegen und oft nicht so kampfstark sind. Dazu brachte sie noch ein konkretes Beispiel, wo ein Bergbaubetrieb dies strategisch eingesetzt hatte: er verkaufte eine Abteilung, die geschlossen werden sollte, an eine Firma außerhalb des Montanbereichs. Nach einem Jahr, nachdem die Sozialplanpflicht ausgelaufen war, wurde der Betrieb dann sang- und klanglos dicht gemacht. Die "Kämpfe" zunächst in Hattingen und jetzt in Rheinhausen seien für sie ein wichtiger Hintergrund gewesen, um auch in ihrer "kleinen Bude" den Kampf aufnehmen zu können, daher wärs für sie klar, daß sie sich auch den Aktionen zu Rheinhausen beteiligen.

(So weit mein lückenhaftes Gedächtnis; vielleicht können wir darüber noch mal genauer berichten.)

DER WINTER DER SCHWEDISCHEN UNZUFRIEDENHEIT (The Winter of Sweden's Discontent - Business Week 15.2.88) Ein Streik lähmt die schwedischen Schlüsselexporte

Mit einer Bevölkerung von nur 8 Millionen Menschen erreichte Schweden beim Lebensstandard einen der ersten Plätze in der Welt, indem es in aller Ruhe enorme Gütermengen exportierte. Dank eines halben Jahrhunderts Arbeitsfriedens erreichten die industriellen Exporte letztes Jahr die unglaubliche Höhe von 50 Mrd. Dollar. Schwedische Firmen wie Volvo, Saab-Scania, Electrolux, L.M. Ericsson und ASEA Brown Boveri sind in ihren Sektoren Riesen geworden. Aber es beginnen sich Brüche in den schwedischen Firmen abzuzeichnen. Was am 19. Januar als harmloses Kräftemessen zwischen Angestellten und Industrie begann, verwandelte sich in dreiwöchigen Streik und Aussperrung und legte die schwedischen Exporte lahm. Die Konzerne waren nicht nur in Schweden selbst zur Einstellung der Produktion gezwungen, sondern quer durch Europa mußten Firmen pausieren, die von Zulieferteilen aus der Heimat abhängig sind. "Schweden hatte den Ruf, Liefertermine pünktlich einzuhalten, weil es keine Arbeitskonflikte gab," sagt ein Direktor der ASEA. "Damit ist es nun vorbei."

Allein Volvo mußte Produktionsverluste von 44 Mill. Dollar pro Tag hinnehmen. Ein Volvo-Direktor jammert: "Wir werden unsere Exportverluste nicht vor dem 1. Februar wieder reingeholt haben." Insgesamt kostete der Streik von 42 500 Beschäftigten der schwedischen Industrie 1 Mrd. Dollar in den ersten zwei Wochen. Dieser Schaden vergrößerte sich rapide, als die Unternehmer mit der Aussperrung von 50 000 Büroangestellten und der Beurlaubung weiterer Arbeiter in bestreikten Betrieben konterten.

Verlorene Partner. Auf den ersten Blick scheint das Thema des Konflikts diese Verbissenheit nicht verdient zu haben. Die Gewerkschaften verlangen insgesamt eine Erhöhung der Löhne und Zulagen um 7%, womit sie gerade etwas über der Inflationsrate von 5% liegen würden. Die Industrie bietet nur 4% an. In besseren Zeiten wäre es schnell zu einem Kompromiß gekommen.

Aber aufgrund der Dollarschwäche und den bereits hohen Arbeitskosten in Schweden gehen die Exporte zurück. Schwedens Handelsbilanz (current account) geriet 1987 in die roten Zahlen und wird 1988 auf 2,4 Mrd. Dollar anwachsen. Um ihre Wettbewerbsfähigkeit insbesondere mit Westdeutschland zu erhalten, müssen Regierung und Industrie bei den Arbeitskosten den Deckel draufhalten. Der Wirtschaftswissenschaftler Bo Wänghammar erklärt: "Es geht einfach darum: wir dürfen keine höheren Gehaltserhöhungen als unsere Konkurrenten haben."

Die Gewerkschaftsmitglieder sind ihrerseits wütend darüber, daß sie von ihrem langjährigen Verbündeten, dem Premierminister Ingvar Carlsson, verlassen wurden. Die Gewerkschaften sind das Rückgrat der Unterstützung für Carlssons Sozialdemokratische Partei, die traditionell die Industrie dazu drängte, auf die Forderungen der Arbeiter einzugehen. Obwohl es sogar ein Wahljahr ist, "verhält sich die Regierung nicht in einer linksgerichteten Manier," sagt Jenny Tora, eine Chemikerin bei James Capel & Co. "Daran zeigt sich, wie wichtig es der Regierung ist, die Arbeitskosten niedrig zu halten."

Im nächsten Monat ist die Situation für eine noch größere Auseinandersetzung reif, wenn die Regierung mit ihren eigenen Arbeitern verhandelt. Wenn die Industrie die Front nicht bei 4% halten kann - so ist die Sorge -, dann wird es der Regierung auch nicht gelingen. Es ist klar, daß auf den Sozialkontrakt, der zwischen schwedischen Unternehmern, Regierung und Arbeitern bestand, noch mehr Ärger zukommt.

krimaltango

meine herrn, die lage ist ernst!!!

der pöbel ist faul, feiert krank
und will mehr geld
ich lass es nicht zu
daß die aktie fällt !

wir sagen einfach
der betrieb macht dicht
das treibt dem pöbel
die angst ins gesicht

sie werden jammern
und protestieren
aus angst
ihren arbeitsplatz zu verlieren

der pöbelprotest
wird nicht aus den fugen geraten
mich hat ja schließlich
die gewerkschaft beraten

so werden diese lumpenhaufen
wie lämmer
durch die strassen laufen
unterschriften
sammeln gehn
bei kälte vor unseren villen stehn

nun werden wir
sie wissen lassen
das wir vielleicht
die schließung fallenlassen !

dann machen wir
mit unseren gewerkschaftsfreunden
einen druff
und führen sie in den luxuspuff

bei concnac,
krimsekt, rotem wein
werden wir schnell einig sein

heraus kommt
eine gute summe
denn der pöbel ist der dumme
wir machen den betrieb
nicht dicht
bei drei jahren lohnverzicht !

ja, der pöbel
dieser dumme haufen
ist der arbeit nachgelaufen
und hat eines nicht bedacht
es ist nur ihre arbeit
die uns so mächtig macht

der betriebsrat

hier sitze ich
seit einer stunde
in der kampfbetonten tarifvertragsrunde

mein blick entschlossen,
wild und keck
die linke hand zur faust geschlossen
die rechte im knabbergeback

ja, so ein proletarier
wie ich
der läßt die kumpels nicht im stich
der springt dann
über seinen roten schatten
und wühlt sich durch die kalten platten

schenkel vom frosch
rebhuhn und wachteln
ein schneller griff in die pralinenschachteln
davor und dahinter
trüffelsalat
das ist mein kampf mit dem aufsichtsrat !

so hart und schwer
können tarifrunden sein
ich schenk mir noch nen concnac ein

achja, meine unterschrift
auf dem neuen tarifvertrag
die steht schon drunter
seit jahr und tag

ich muß jetzt gehn
liebe genossen
doch kämpf ich weiter
unverdrossen
als betriebsrat oder als vertrauensmann
es kommt auf eure stimme an !

vom klassenstreit
werd ich nicht lassen
erst kommt ernst breit und dann die massen
hoch die tassen !